

Akademie Solidarische Ökonomie

*Eine andere Wirtschaft
ist möglich!*

Richtungsentwurf
einer
Solidarischen Ökonomie

Redaktion Bernd Winkelmann
in Zusammenarbeit mit
Harald Bender, Norbert Bernholt, Dietmar Poetzsch

Korrekturstand (NB)2. September 2011

Kontakt: Akademie Solidarische Ökonomie www.akademie-solidarische-oekonomie.de
Geschäftsführer Norbert Bernholt,
Am Butterberg 16, 21335 Lüneburg Tel. 04131-7217450, e-mail: nbernholt@t-online.de;

Inhalt

Einleitung

Worum es geht – Was dieser Richtungsentwurf aufzeigen will

I. Ursachen der Krise

1. Ursachen der Zivilisationskrise unserer Zeit
 - 1.1. Die Grundparadoxien unserer Kulturepoche
 - 1.2. Zentrale Ursachen der kapitalistischen Fehlentwicklung
 - (1) Prinzipien und Zielsetzungen kapitalistischer Wirtschaftsweise
 - (2) Ordnungs- und Strukturfehler kapitalistischer Wirtschaftsweise
 - (3) Mythen, Ideologien und Irrtümer

Erster Exkurs: Akkumulation und Wachstumszwang

II. Grundlagen und Prämissen

2. Grundanliegen, Paradigmenwechsel und methodischer Ansatz einer Solidarischen Ökonomie

Zweiter Exkurs: Zur Vielfalt alternativer Ökonomie

3. Ethische Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie
 - 3.1. Menschenbild und Lebensverständnis
 - 3.2. Der Mensch als Sozialwesen – die sozialetische Bestimmung des Menschen
 - 3.3. Gemeinwohl und Demokratie

Dritter Exkurs: Zur Produktivität des Kapitals

4. Ökonomische Prämissen einer lebensdienlichen Ökonomie
 - 4.1. Vorbemerkungen
 - 4.2. Zur wertegeleiteten Wirtschaft zurückkehren
 - 4.3. Statt Wachstumsökonomie Gleichgewichtsökonomie
 - 4.4. Abschöpfungs- und Bereicherungsmechanismen überwinden
 - 4.5. Entschleunigung und ganzheitliche Wertschöpfung
 - 4.6. Beteiligungsökonomie statt Ausgrenzungsökonomie
 - 4.7. Kooperative Marktwirtschaft statt Konkurrenzwirtschaft
 - 4.8. Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft
 - 4.9. Primat der Ökologie
 - 4.10 Primat der Politik
 - 4.11. Erneuerte Verfassungsordnung

III. Exemplarische Handlungsfelder

5. Exemplarische Handlungsfelder einer Solidarischen Ökonomie
 - 5.1. Vorbemerkungen
 - 5.2. Neue Eigentumsordnung
 - 5.3. Neue Finanzordnung
 - 5.4. Partizipatorische Unternehmensverfassung und genossenschaftliche Wirtschaftsweise
 - 5.5. Neue Arbeitskultur
 - 5.6. Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem
 - 5.7. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem
 - 5.8. Ökologische Kreislaufwirtschaft
 - 5.9. Ökosoziale Globalisierung und Regionalisierung

IV. Schlussbemerkungen

V. Literaturauswahl

Einleitung

Worum es geht – Was dieser Richtungsentwurf aufzeigen will

Die nicht enden wollende Kette von elementaren Krisen (Hungerkrise, Umweltkrise, Finanzkrise, Weltwirtschaftskrise etc.) stößt uns unweigerlich auf eine Kernfrage: Wird unser Wirtschaftssystem der Grundaufgabe des Wirtschaftens, dem Austausch von Gütern und Dienstleistungen zum Nutzen und Vorteil **aller** Beteiligten, überhaupt gerecht?

Nach unserer Überzeugung zeigen die Erfahrungen der letzten Jahrhunderte, dass ein Wirtschaftssystem, das „Streben nach Eigennutz“ zum Motor und Leitbild allen Handelns macht, keineswegs zum größtmöglichen Wohlstand für alle, führt, sondern vielmehr die Mehrheit der Menschen in Armut und Elend treibt, ganze Volkswirtschaften an die Grenzen des Ruins führt und die Lösung der Umweltkrise unmöglich macht.

Wir sind der Auffassung, dass die oben erwähnten grundlegenden Krisen weder mit moralischen Appellen an Manager, mit Auffangmaßnahmen des Staates, noch mit Reparaturen am alten System zu beheben sind. Vielmehr müssen die systemischen Ursachen untersucht und von Grund auf andere Maximen und Modelle des Wirtschaftens entwickelt werden.

Das wird nur gelingen, wenn die **Tabufragen** der bestehenden Wirtschaftsweise breit und offen diskutiert werden. Dies sind Fragen nach der legitimen Aneignung von Reichtum, nach der Rolle des Marktes und der Unabdingbarkeit ständigen Wachstums, nach der Gemeinwohlfunktion des Wirtschaftens, nach einem lebensdienlichen Finanz- und Geldsystem und nicht zuletzt nach den Folgen unserer Wirtschaftsweise auf weltweite Zerstörungs- und Ausbeutungsprozesse.

Wir suchen nach Antworten, indem wir Prämissen, Systemansätze und Modelle einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise zusammentragen und daraus eine Ökonomie skizzieren, in der nicht Profitmaximierung und Bereicherung im Kampf aller gegen alle, sondern Solidarität zum Leitmotiv des Wirtschaftens und der Gesellschaft wird.

Wir widersprechen der These, dass es keine Alternative zur kapitalistischen Marktwirtschaft gäbe, denn überall auf der Welt werden bereits Ansätze einer solidarischen Ökonomie praktiziert. Ausgehend von diesen Erfahrungen und neueren, nicht nur ökonomischen Erkenntnissen, möchten wir mit unseren Texten und Aktivitäten ein Stück dazu beitragen, sowohl Alternativen zu formulieren als auch Wege ihrer praktischen Realisierbarkeit aufzuzeigen.

Ausgangspunkt unserer Überlegungen ist somit die Frage, welche Wirtschaft wir wollen. Wir formulieren zunächst die Ziele um dann nach einer geeigneten Umsetzung (die Frage des Wirtschaftssystems) und nach Wegen zur Zielerreichung (die Frage der Transformation) zu suchen. Wir wollen Entwürfe und Modelle einer **Realutopie** vorstellen: „*Utopia*“, wörtlich der Ort, an dem noch keiner war, zu dem wir aber hinmüssen, um nicht im Alten zu ersticken.

Wir können und wollen kein fertiges Konzept bieten, in dem alle Details einer Solidarischen Ökonomie als neues Wirtschaftssystem geregelt sind, denn diese müssen aus den neuen Prinzipien eigendynamisch erwachsen. Aber wir wollen mit unserem **Entwurf** eine gesellschaftliche Diskussion in Gang setzen, die ökonomische und politische Umsetzungsformen in neuer Perspektive diskutiert.

Ausgangsthese:

Die Erfahrungen der letzten Jahrhunderte zeigen: ein Wirtschaftssystem, das „Streben nach Eigennutz“ zum Motor und Leitbild allen Handelns macht, führt eben nicht zum größtmöglichen Wohlstand für alle, sondern treibt die Mehrheit der Menschen in Armut und Elend, führt ganze Volkswirtschaften an die Grenzen des Ruins und macht die Lösung der Umweltkrise unmöglich.

Zur Gliederung dieses Richtungsentwurfs:

Im vorliegenden Entwurf¹ gehen wir **folgende Schritte**: Zunächst fragen wir nach den tieferen Ursachen unserer zivilisatorischen Krise. Im zweiten Schritt geht es um die Beschreibung eines notwendigen und grundlegenden Paradigmenwechsels einer Solidarischen Ökonomie. Im dritten Schritt beschreiben wir die wichtigsten Handlungsfelder eines systemischen Umbaus unserer Wirtschaftsweise. Und schließlich fragen wir nach möglichen Transformationsschritten und Strategien auf dem Weg zu einer nachhaltigen, gemeinwohlorientierten demokratischen Solidarwirtschaft.

Dabei sind wir uns der Tatsache bewusst, dass echte Transformationen immer historische Prozesse sind, die niemals nur aus planerischen und willentlichen Entscheidungen resultieren. Sie erfordern die Wirkkraft sozialer Bewegungen und einschneidender Ereignisse, die die Deutungsgewohnheiten sprengen und Raum geben für wirklich Neues.

I. Ursachen der Krise

1. Ursachen der Zivilisationskrise unserer Zeit

„Das kapitalistische Wirtschaftssystem ist den staatlichen und sozialen Lebensinteressen des deutschen Volkes nicht gerecht geworden. Nach dem furchtbaren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Zusammenbruch als Folge einer verbrecherischen Machtpolitik kann nur eine Neuordnung von Grund aus erfolgen. Inhalt und Ziel dieser sozialen und wirtschaftlichen Neuordnung kann nicht mehr das kapitalistische Gewinn- und Machtstreben, sondern nur das Wohlergehen unseres Volkes sein.“

(Aus dem Ahlener Programm der CDU von 1947)

1.1. Die Grundparadoxien unserer Kulturepoche

Die Menschheit steht heute vor einer **Grundparadoxie**:

- Einerseits erleben wir enorme Steigerungen des Produktionspotentials, des Geld- und Sachvermögens, der wissenschaftlichen und ökologischen Erkenntnisse sowie der technischen Möglichkeiten – und zwar in einem Tempo und in einer Höhe, wie es das in der bisherigen Menschheitsgeschichte noch nie gegeben hat.
- Andererseits erfahren wir keine Lösung, sondern die Zuspitzung gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Grundprobleme wie Armut und Hunger, Fremd- und Selbstaussbeutung im Arbeitsprozess, Umweltzerstörung, soziale Spannungen, kriegerische Konflikte u. a. m.
- Gleichzeitig wächst national wie international die Schere zwischen Arm und Reich, werden Menschen zunehmend aus Arbeit und ertragreichem Lohn, aus sozialer, kultureller und entwicklungsfähiger Teilhabe ausgegrenzt.

Diese Widersprüche verschärfen sich durch weitere sich gegenseitig verstärkende Faktoren:

- Anhaltendes Bevölkerungswachstum in den meisten wenig entwickelten Ländern
- Rasche Klima- und Umweltveränderungen mit zunehmenden Naturkatastrophen
- Exponentielles Wirtschaftswachstum in vielen Schwellen- und Entwicklungsländern mit entsprechenden sozialen Polarisierungen, Ressourcen- und Umweltbelastungen
- Verknappung der Erdölreserven²

¹ Der vorgelegte Text ist eine **Zusammenfassung** umfangreicher Arbeiten, die in zahlreichen ausgeführten „Handlungsfeldern“ einer Solidarischen Ökonomie erarbeitet wurden und werden. Darum wird hier vieles nur in Konturen gezeichnet und zum genaueren Verstehen auf die ausführlichen „Handlungsfeldern“ auf der Homepage (www.akademie-solidarische-oekonomie.de) oder im Ausdruck verwiesen.

² Aufgrund der exponentiell steigenden Preise ist ein Zusammenbruch der auf Erdöl basierenden Energieversorgung in 10-20 Jahren zu erwarten. (vgl. Meadows, 2009)

- Die Erschöpfung weiterer natürlicher Ressourcen (Peak Everything) und Nahrungsmittelverknappung
- Zunehmender Kampf der Industrie- und Schwellenländer um das vorhandene Land („Land Grabbing“) und um die knapper werdenden Rohstoffe

Schon der erste unbefangene Blick auf diese Tatsachen lässt erkennen:

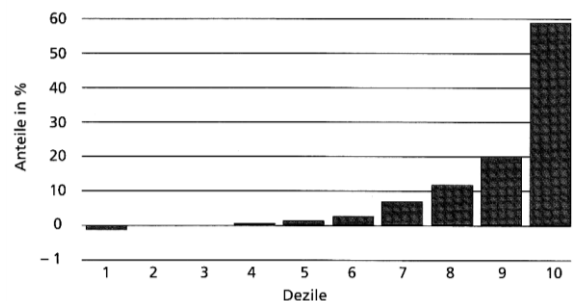
- Die Menschheit steht heute in einer **Zivilisationskrise**, die ihre Existenz bedroht
- Die Art unseres Wirtschaftens ist wesentliche Ursache dieser Krise
- Es kann bei der Bewältigung der Krise nicht um die Schaffung von noch mehr Wachstum und Reichtum gehen, sondern um einen grundlegend anderen Umgang mit Ressourcen und Vermögen und um eine fundamentale Umorientierung zu einer „nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise“³

Notwendige Umkehrung

Bei der Bewältigung der Krise kann es nicht um die Schaffung von noch mehr Wachstum und Reichtum gehen, sondern um einen grundlegend anderen Umgang mit Ressourcen und Vermögen und um eine fundamentale Umorientierung zu einer „nachhaltigen Wirtschafts- und Lebensweise.“

Exemplarische Daten:⁴

- Das Netto-Geldvermögen ist in D bis 2008 jährlich \varnothing um 7 % gewachsen, liegt bei ca. 8,1 Bio. €. Das reichste Zehntel besitzt fast 60 % des Nettogeldvermögens. Die ärmeren 50 % verfügen über knapp 4 % des Gesamtvermögens - dies in zunehmender Scherenentwicklung.
- Das Welt-Bruttosozialprodukt ist seit 1991 um über das Zweifache gestiegen.
- Das reichste Fünftel verfügt über 83 %, das ärmste Fünftel über 17 % des Welteinkommens – ebenfalls mit zunehmender Scherenentwicklung.
- Im Jahr 2010 sterben immer noch mehr als 20.000 Kinder pro Tag an den Folgen des Hungers.
- Die Arbeitsproduktivität stieg in D von 1960 bis 2000 um das Vierfache, das BIP um das Zehnfache. Die Arbeitszeit ist von 1885 bis 1985 von ca. 70 WStd. auf 40-35 WStd. gesunken; seitdem steigt sie auf 40-45 WStd. und schließt etwa 20 % der Erwerbsfähigen aus nachhaltige reguläre Erwerbsarbeit aus.
- Der Umweltverbrauch (ökologischer Fußabdruck) liegt gegenwärtig weltweit mit 20-30 % über dem ökologisch vertretbaren Maß, in D bei dem Vierfachen, in den USA bei dem Zehnfachen der ökologischen Tragfähigkeit. Wenn das Ziel, den Erdtemperaturanstieg nicht über 2 Grad gehen zu lassen, erreicht werden soll, dürfte der CO₂-pro-Kopf-Ausstoß bis 2050 weltweit nicht über 2 t gehen; in D. liegt er bei 11 t, in den USA bei 20 t.
- Eine von Al Gore veranlasste Studie besagt, dass in den USA bei einer Investition in Dimension des US-Apolloprogramms (Mondraumflug) in den 60ziger Jahren in 10-20 Jahren ein Umstieg auf 100 % regenerativer Energie möglich wäre. Seine Programmwürfe wurden abgelehnt.



Will man die gegenwärtige fatale Entwicklung korrigieren, stellt sich zunächst die Frage nach den **Ursachen**. Wir möchten an dieser Stelle drei zentrale Ursachen aufzeigen.

³ „Nachhaltige Wirtschafts- und Lebensweise“ ist die Formel, auf die sich die Konferenz der Vereinten Nationen über Umwelt und Entwicklung (United Nations Conference on Environment and Development – UNCED) 1992 in Rio geeinigt hatte.

⁴ Daten aus: Armuts- Reichtumsbericht der Bundesregierung Deutschland 2004 und 2008; - Jahrbuch Gerechtigkeit „Armes reiches Deutschland“ 2005; - Statistisches Bundesamt und Deutsche Bundesbank: Ergebnisse der Gesamtwirtschaftlichen Finanzierungsrechnung für Deutschland 1991 bis 2008; - Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 45/2008; - Weltsozialbericht 2005; - Studie des Worldwatch Institut Washington 2010: „Transforming Cultures: From Consumerism to Sustainability“; - Meadows, Dennis: „Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Signale zum Kurswechsel“, 2009; - BUND und Brot für die Welt: „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.“ Studie des Wuppertal Instituts, 2008

1.2 Zentrale Ursachen der Fehlentwicklungen des Kapitalismus

(1) Die Prinzipien und Zielsetzungen kapitalistischer Wirtschaftsweise

Kapitalismus ist nicht gleich Marktwirtschaft. Marktwirtschaft ist der Austausch von Waren und Dienstleistungen im Wechselspiel von Angebot und Nachfrage. Das Geld dient als Tauschmittel. Kapitalistisch wird die Marktwirtschaft erst durch die Dominanz zweier Prinzipien:

1. durch das **kapitalwirtschaftliche Prinzip**,
d.h. durch die Mehrung des Kapitals als Sinn des Wirtschaftens
2. durch das **Privatisierungsprinzip**,
d.h. durch das Streben, die Ergebnisse möglichst jeder Wertschöpfung zu privatisieren

Zusammengenommen erwächst aus diesen beiden Prämissen das Hauptmerkmal kapitalistischer Wirtschaftsweise: die **Akkumulation des gesellschaftlich geschaffenen Mehrwertes in Privatverfügung**.

Damit wird der ursprüngliche Sinn des Wirtschaftens auf den Kopf gestellt: Nicht die ausreichende Bereitstellung sinnvoller Güter, Dienstleistungen und Arbeitsplätze und die Förderung des Gemeinwohls ist Ziel und Zweck des Wirtschaftens, sondern die Konzentration eines möglichst hohen Anteils an Reichtum bzw. Kapitals in privater Hand. Konkret: die Gewinn- und Renditenmaximierung ist dominierender Zweck kapitalistischer Wirtschaftsweise.

Dies führt dazu, dass solches Kapital nicht der Bedürfnisbefriedigung der Menschen dient, sondern die wirtschaftlichen Anstrengungen und Leistungen der Menschen in einer paradoxen Umkehrung in den Dienst der Vermehrung des Kapitals gestellt werden. Die ursprüngliche Funktion wirtschaftlichen Kapitals, nämlich die verbesserte und verstetigte Befriedigung von Bedürfnissen zu befördern, hat dabei allenfalls noch nachgeordnete Bedeutung.

Anders ausgedrückt muss „aus Geld mehr Geld werden“. Dabei ist das Geld nicht mehr nur Medium für den Austausch von Waren und Arbeit gegen andere Ware bzw. Arbeitsleistungen ($W - G - W'$), sondern Waren und Arbeitsleistungen sind nur noch Medium und Mittel einer Geldmehrung ($G - W - G'$), die zugleich unter dem Rendite- und Konkurrenzdruck der privaten Organisationsform steht.

Die konsequente Umsetzung dieser Prinzipien hat geradezu zwangsläufig die Umsetzung weiterer Prinzipien zur Folge:

- Das **Verwertungsprinzip**:
Alles muss zur Geldvermehrung verwertet werden, „muss sich rechnen“: Natur, Mensch, Kunst und Kultur, Sport, Religion... Aus dem Verwertungsprinzip folgt eine durchgreifende Ökonomisierung und Monetarisierung des Lebens.
- Das **Konkurrenzprinzip**:
Wirtschaften findet im Gegeneinander statt, im gegenseitigen Übervorteilen, im Verdrängen und Ausschalten möglicher Konkurrenz.
- Das **Profitmaximierungsprinzip**:
Der höhere Profit schlägt die Konkurrenz. Deshalb müssen alle kapitalwirtschaftlichen Akteure maximale Profite anstreben und realisieren.
- Das **Wachstumsprinzip**:
Renditedruck, Konkurrenzwettkampf und Zinserwirtschaftung erzwingen permanentes Wachstum.
- Das **Externalisierungsprinzip**:
Das Abschieben von Risiken und sozialen und ökologischen Folgekosten auf die Allgemeinheit sichert komparative Vorteile im Wettbewerb.
- Das **Deregulierungsprinzip**:
Das weitgehende Hinausdrängen staatlicher Regelungen und die Behauptung des „freien Spiels ökonomischer Kräfte“.

(2) Ordnungs- und Strukturfehler kapitalistischer Wirtschaftsweise

Die benannten Prinzipien führen zu den folgenden, im Kapitalismus immer wieder auftauchenden Mechanismen.

- Abschöpfungsmechanismen:
Die Wirtschaftssubjekte sind bestrebt, wo immer sie aktiv werden, Gewinne für sich abzuschöpfen. Dieses Verhalten wird von der Gesellschaft als natürlich und normal angesehen.
- Bereicherungsmechanismen:
Die möglichst hohe materielle Bereicherung wird gesellschaftlich als notwendige Grundlage des Glücks interpretiert.
- Verdrängungsmechanismen:
Da weder hohe Gewinne noch Reichtum in paradiesischer Fülle von den Bäumen fallen, müssen andere Wirtschaftssubjekte verdrängt werden, will man Reichtum und ein hohes Einkommen auch für sich persönlich realisieren.
- Externalisierungsmechanismen:
Hohes Einkommen und Reichtum entsteht nicht von alleine. Man benötigt dazu Ressourcen aus der Natur oder die Hilfe anderer Wirtschaftssubjekte. Das heißt, es entstehen Kosten. In kapitalistischer Sichtweise gilt es als äußerst geschickt, wenn es gelingt, diese Kosten jemand anders oder der Allgemeinheit aufzubürden, die Vorteile bzw. die Gewinne aber selber einzustreichen.

Diese Mechanismen finden sich in den unterschiedlichsten Bereichen (Teilsystemen) der Wirtschaft wieder und tragen so in der Summe der Teilsysteme entscheidend zu den gravierenden Fehlentwicklungen unserer Wirtschaftsweise bei.

Typische Teilsysteme, in denen diese Mechanismen wirken, sind:

- Das **Finanzwesen**, das mit spekulativem Geldhandel (neue „Finanzprodukte“), abschöpfenden Kapitalmarktfunktionen und mit leistungslosen Gewinnen im Zinswesen die Akkumulation von Geld bei den Kapitaleignern beschleunigt und von der „Realwirtschaft“ frei stellt.
- Die **Eigentumsordnung**, die erstens die Aneignung und **Akkumulation** des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes in alleiniger Privatverfügung der Kapitaleigner und zweitens das Eigentum an Grund und Boden, zum privaten – statt öffentlichen! – Produktionsfaktor macht.
- **Markt- und Bilanzregeln**, die ein **Abschieben der sozialen und ökologischen Kosten** (Externalisierung) auf den Staat bzw. Steuerzahler und auf die kommenden Generationen ermöglichen („Privatisieren der Gewinne, Sozialisieren der Risiken und Verluste“).
- Ein „**Entlohnungssystem**“, das Spitzenlöhne weit über jedes Leistungsvermögen möglich macht (das 50 bis 500-fache der Durchschnittslöhne).
- Ein **Steuer- und Sozialsystem**, das die Unternehmens- und Kapitaleinkommen ebenso entlastet wie die der Besserverdienenden, die Einkommen des Großteils der Lohnabhängigen hingegen zunehmend belastet und den solidarischen, paritätischen Ansatz des Bismarckschen Sozialsystems zunehmend aufgibt („Kopfpauschale“ u. a.).⁵
- Eine **Unternehmensverfassung**, in der unethisches Handeln, Verdrängung vom Markt, Zerstörung und feindliche Übernahme von anderen (zumeist kleineren) Betrieben zum System gehören.
- Die **Liberalisierung und neoliberale Deregulierung der Märkte**, die die reichen Länder gegenüber Entwicklungsländern bevorteilt (Agrarexportsubventionen, einseitiger Protektionismus u. a.) und Teile der Weltbevölkerung in die Verelendung führt.

⁵ Des Weiteren wird der enorme Umweltverbrauch im aktuellen Steuersystem völlig unzureichend berücksichtigt.

In der Realität erleben wir fortwährend, wie die hier genannten Teilsysteme den lebensfeindlichen Zielen und Prinzipien der heutigen Wirtschaftsweise dienen und damit entscheidend zu den zerstörerischen Entwicklungen beitragen, mit denen wir uns dringlichst auseinandersetzen müssen.

Wir behaupten nicht, dass die ganze Wirtschaft mit diesen Praktiken und Mechanismen agiert. Ein einfaches Schwarz-Weiß-Denken wird der Realität nicht gerecht. Es gibt Unternehmer und Manager, die aus ethischen Gründen in ihrem ökonomischen Handeln sehr wohl die Gemeinschaft und die Anliegen der Mitarbeiter im Auge haben⁶. Indes sind diesem individualetischen Engagement aufgrund der „anethischen“ Natur der „Eigengesetzlichkeiten“ des kapitalistischen Marktes (Max Weber) enge Grenzen gesetzt: Das konkurrenzgetriebene Prinzip des „Wachsen oder Weichen“ sorgt in aller Regel dafür, dass solch verantwortliches Handeln auf die „guten Zeiten“ bzw. prosperierende „Nischenmärkte“ beschränkt bleibt.

Die auf Konkurrenz und Egoismus basierenden Funktionsprinzipien mögen auch durchaus dazu beigetragen haben, die immer wieder angeführte hohe Leistungsfähigkeit des marktwirtschaftlichen Kapitalismus zu fördern, sie verursachen jedoch ebenso die destruktive Kraft dieses Systems. Der Kapitalismus ist blind in Bezug auf soziale, ökologische und ethische Aspekte des Wirtschaftens. Er ist damit nicht in der Lage, den enormen globalen Herausforderungen unseres Jahrhunderts in einer angemessenen und konstruktiven Weise gerecht zu werden. Die kapitalistischen Antriebe forcieren zwar einzelwirtschaftliche Innovationen, zerstören aber gleichzeitig vielfältige Potentiale, Ressourcen und Gemeingutrechtümer. Damit führen sie immer wieder zu den oben genannten Grundparadoxien und Zivilisationskrisen.

Selbst liberale Ökonomen und Wissenschaftler wie Franz Josef Radermacher sprechen von der dem Kapitalismus innewohnenden Tendenz der „Brasilianisierung“, d.h. einer Spaltung der Gesellschaft, in der das reichste Zehntel fast 60 % des Nettovermögens besitzt. Die ärmeren 50 % verfügen dagegen nur über knapp 4 % des Gesamtvermögens.⁷ 30 % der Bevölkerung verfügt über gar kein Vermögen bzw. ein negatives Vermögen.

(3) Mythen, Ideologien und Irrtümer

Es fragt sich, warum sich die kapitalistische Wirtschaftsweise trotz der auf der Hand liegenden Schwächen bislang behaupten konnte. Eine mögliche Begründung hierfür ist unseres Erachtens in den tief eingewurzelten Glaubenssätzen, Ideologien, Mythen und Halbwahrheiten, die von den Profiteuren dieser Wirtschaftsweise äußerst geschickt propagiert werden, zu suchen. Zentrale Mythen sind aus unserer Sicht:

- **Eigennutz und Konkurrenz** führen wie von einer „*unsichtbaren Hand geleitet*“ zum Wohlstand aller (Adam Smith 18. Jahrhundert).
- Der **Markt** löst in sich und automatisch sich selbst stabilisierend alle wirtschaftlichen Fragen in höchstmöglicher Effektivität.
- **Grobe Fehlsteuerungen** durch den Markt können durch **staatliche Korrekturen** dauerhaft vermieden werden und so zu einem **stabilen System** führen.

Systemfehler

Die Systemfehler des Kapitalismus liegt darin, dass die Wirtschaft, die eigentlich dem Wohl aller (Mensch und Natur) dienen soll, mit den privat-kapitalwirtschaftlichen Prinzipien, den kapitalistischen Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen und den auf Eigennutz, Marktgläubigkeit und Reichtumsmehrung ausgerichteten Ideologien und Mythen vornehmlich der Geldvermehrung in den Händen weniger dient und darin eine verheerend zerstörerische Wirkung hat.

⁶ Dokumentiert z.B. in Joachim Galuska „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln“ 2004

⁷ Franz Josef Radermacher „Globalisierung gestalten“ S. 32ff.

- Die **Liberalisierung des Marktes**, der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft und seine „Verschlankung“ bringen die beste wirtschaftliche Entwicklung („Selbsteilende Kräfte des Marktes“).
- **Freier Welthandel und freier Kapitalverkehr** führen automatisch zum Vorteil für alle Beteiligten.
- Die **Privatisierung und Kommerzialisierung** aller Güter des Lebens bewirken höchste Effizienz und größten Wohlstand.
- **Kapitalanhäufung und Reichtum** in der Hand weniger zieht die unteren Bevölkerungsschichten mit nach oben („Pferdeapfeltheorie“ von M. Thatcher).
- Ständiges **Wachstum** der Wirtschaft ist möglich und erfolgreiches Wirtschaften ist nur im ständigen Wachstum möglich.
- Die **Entwicklung und Erfassung des Wohlstands** kann durch die Messgröße des **BIP**, also durch den Material-, Energie- und Geldumsatz, mangels geeigneter alternativer Messgrößen in angemessener Weise festgestellt werden.
- **Kapitalismus, Demokratie** und Freiheit bedingen einander und können nur im Miteinander gedeihen.

Vor allem dem Zusammenspiel von Eigennutz, Konkurrenz und Markt wird eine geradezu gottähnliche Bedeutung zugeschrieben („die unsichtbare Hand“). Wer an diesem Zusammenspiel zweifelt, wird heute zwar nicht mehr der Inquisition unterworfen, aber öffentlich als naiv und inkompetent gebrandmarkt. Eine Auflehnung gegen die vermeintlichen ökonomischen Sachzwänge ruft mit Sicherheit ein ganzes Heer kapitalistisch marktwirtschaftlich orientierter Gralshüter auf den Plan, die die öffentliche Verdammnis zelebrieren. Wer die Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft nicht verstehe, habe in dieser Sache keine Rede-recht. Dies ist pure Ideologie, wobei tückischerweise diese Ideologien den Charakter von Halbwahrheiten haben, d.h. sie gaukeln etwas vor, was nur bei sehr einseitiger Sicht der Dinge wahr zu sein scheint. Sowohl die einfache Logik als auch die Empirie zeigen eine andere Gesetzmäßigkeit des freien Marktes: Bei einem nur geringen Anfangsunterschied zwischen dem Stärkeren und Schwächeren führt dies im Fortgang unaufhaltsam zur Bevorzugung des Stärkeren - und zwar um so mehr, je stärker der Vorteil durch die Kapitalform entpersönlicht wird und als anonyme Kraft weiter für den Stärkeren wirken kann, dessen Stärke sich alsbald potenziert.

Hinter den o.g. Irrtümern und Ideologien steht ein alter „**materialistischer Grundirrtum**“, mit dem sich die Menschheit schon immer auseinandersetzen musste, nämlich die Meinung, Leben und Glück seien im Haben und Immer-mehr-Haben, im Erobern und Unterwerfen zu finden.

Die Weisheiten der Menschheit, die Bibel, die Religionen und Philosophien haben stets gewusst, dass dies eine zerstörerische Verkennung des Lebens ist. Das Verheerende der kapitalistischen Ideologien und Praktiken ist, dass sie diesen Grundirrtum zum System, zum Leitprinzip menschlichen Lebens machen.⁸

Dem entspricht auch die Tatsache, dass durch die neoliberale Wirtschaftsweise und ihre Ideologien latent oder auch ganz direkt das **sozialdarwinistische Menschenbild** und **Lebensverständnis** postuliert und propagiert werden: Der Mensch sei ein auf Egoismus, materielle Bereicherung, Neid, Konkurrenz, Aggressivität hin angelegtes Wesen. Nur im Ausleben dieser Gaben könne er überleben. Die Gaben von Solidarität, Teilen und Verzicht, Nächstenliebe, Verantwortung, spiritueller Sinnggebung werden abgewertet und im besten Fall ins rein Private abgeschoben.

Kapitalistisches Lebensverständnis

Kern der kapitalistischen Geisteshaltung ist ihre materialistische Weltanschauung und ihr sozialdarwinistisches Menschenbild: Leben und Glück sei im materiellen Haben und immer Mehrhaben zu finden; der Mensch sei ein auf Egoismus, Bereicherung und Gegeneinander angelegtes Wesen; die Wirtschaft habe dem zu entsprechen.

Die Kombination dieses Menschenbildes mit der oben beschriebenen Wirtschafts-ideologie führt dazu, dass der Egoismus und das Streben nach Reichtum, das Austricksen und Übervorteilen des anderen, Konkurrenzdenken, Ellbogenmentalität, Aggression und Gewalt auf allen Ebenen des Lebens und der Gesellschaft zum selbstverständlichen Leitbild

⁸ Grundlegend dargestellt durch Erich Fromm in „Haben oder Sein“

und Lebensstil erhoben werden. Deutlich wird dies im herrschenden Mainstream, in Medien und Werbung, im „Kampf um Arbeitsplätze“, in der Unterhaltungsindustrie, in der Kindererziehung usw.

Solange dieses Menschenbild und Lebensverständnis dominant bleiben und propagiert werden, ist eine von Egoismus, Konkurrenz und Verantwortungslosigkeit für das Allgemeinwohl und für das Ökosystem gekennzeichnete Wirtschaftsweise zwingend. Insofern sind Menschenbild und Lebensverständnis Schlüsselfragen für die Ermöglichung einer lebensdienlichen Ökonomie und einer zukunftsfähigen Zivilisation.

Erster Exkurs: Akkumulation und Wachstumszwang

Wachstum ist ein wesentliches Merkmal der Evolution und findet sich überall in Natur und Gesellschaft. Auch in der Ökonomie spielt Wachstum eine zentrale Rolle und gehört im Rahmen der heutigen Strukturen zu den grundlegenden Zielgrößen der Unternehmen und der Volkswirtschaft. Von besonderem Interesse ist deshalb die Frage, ob und unter welchen Voraussetzungen Wirtschaft ohne Wachstum möglich ist.

Es gibt eine Reihe von Gründen, welche die Wirtschaft zum Wachstum drängen oder zwingen: Die Konkurrenz am Markt und der Versuch, die Gewinnmargen durch Auslastung und Ausweitungen der Produktion bei Erschießung und Durchdringung der Märkte zu erhöhen, sind unmittelbar einleuchtende Motive jedes Unternehmens. Der tiefere Grund liegt dabei im Grundprinzip des kapitalwirtschaftlichen Systems: Kapitalismus zielt ökonomisch auf die Akkumulation von Mehrwerts; aus Kapital soll mehr Kapital werden. Und dieser Drang erfährt seinem Prinzip nach keine Begrenzung. Im Gegenteil: Je unbegrenzter das Akkumulationsprinzip wirkt und je höher die Akkumulationsrate ist, desto erfolgreicher ist in der Logik dieses Handlungssystems der jeweilige Akteur. Kapitalismus *ist* insofern Wachstum. Doch nicht nur der Wunsch der Eigner oder Sachwalter des Kapitals führt in fortwährendes Wachstum. Ihm steht in der Gesellschaft und auf der Seite der Märkte und Abnehmer ein Ruf nach „immer mehr!“ gegenüber. Dieser Drang zur bedingungslosen Steigerung materieller Ansprüche treibt das Wirtschaftswachstum ebenso an wie die Merkmale des Akkumulationsprinzips. Über die Ökonomie hinaus weist Wirtschaftswachstum eine *kulturelle Dimension* auf.

Niemand wird bestreiten: Fortwährendes Wachstum ist in einer endlichen Umgebung nicht möglich. Natürliches Wachstum kommt zum Stillstand, sobald es an seine Grenzen stößt. Wie in der Natur sind auch dem Wirtschaftswachstum Grenzen gesetzt. Die erste Begrenzung besteht in der *Sättigung der Märkte*, die unter den Bedingungen der Nationalökonomie immer wieder zur Wachstumsabschwächung geführt hat. Infolge der Globalisierung kann heute diese Wachstums-Begrenzung (noch) umgangen werden, indem die Industrieländer bei gesättigtem Binnenmarkt sich anderswo in wachsenden Märkten engagieren.

Die zweite Begrenzung stellt das *Ökosystem* dar. Wirtschaftswachstum war bisher stets mit steigendem Stoffdurchsatz verbunden, und das hat zu immer mehr Ressourcenverbrauch und Schadstoffbelastung geführt. Folglich richten sich alle Anstrengungen auf umweltverträglichere technische Prozesse (*Konsistenz*) und auf die Steigerung des Wirkungsgrades (*Effizienz*). Die Forderung einer Effizienzsteigerung um Faktor 10 bis zum Jahr 2050 ist deshalb allgemein anerkannt. Diese allerdings mausert sich zum Faktor 27, wenn man von nur 2% weiterem Wirtschaftswachstum ausgeht. Derart hohe Steigerungsraten lassen sich nicht sicherstellen – zumal der sog. *Reboundeffekt* immer wieder Effizienzgewinne durch quantitative Zunahme kompensiert (z.B. effektivere Flugzeugtriebwerke, dafür aber mehr Flugverkehr).

Bisher ist es – trotz technischer Innovation – nicht gelungen, die von der Ökologie vorgegebenen Wachstumsgrenzen zu respektieren. Im Gegenteil: die menschlichen Ansprüche an das Ökosystem liegen heute im weltweiten Durchschnitt 20% zu hoch, in den USA gar 8fach und in Europa 4fach über dem maximal verträglichen Maß! Das ähnelt einem Baum, der 8mal so hoch gewachsen ist, wie seine Statik zulässt. Wir müssen unseren Stoffdurchsatz schnellstmöglich wieder unter das kritische Maß zurückführen, d.h. in den Industrieländern um ein Vielfaches absenken. Dies lässt sich derzeit nur durch einen Rückgang

industrieller Aktivität sicherstellen, d.h. durch das Gegenteil von Wirtschaftswachstum: durch Schrumpfung von Teilen der Wirtschaft.

Somit liegt ein Teil der Lösung auch im *Suffizienz*-Gedanken: Weniger ist mehr. Dieser Gedanke kann uns weg von der „Kultur des immer mehr!“ führen: hin zu einer „Kultur des Genug“. Die Anforderungen dieses Kulturwandels an den Einzelnen sind offensichtlich. Welche Wahrscheinlichkeit man dem damit verbundenen Mentalitätswandel auch zumesen mag – ein Rückgang materieller Bedürfnisse wäre auf der Konsumentenseite wenigstens *denkbar*.

Auf der Produzentenseite indessen ist ein solcher Rückgang *im Prinzip ausgeschlossen*, solange die Bedingungen des kapitalgesteuerten Konkurrenzsystems herrschen und die Schrumpfung eine Vorform des wirtschaftlichen Untergangs ist.

Von grundlegender Bedeutung für den Wachstumszwang in einer kapitalistischen Ökonomie ist der Zins. Dieser führt zu einem *automatischen Kapitalwachstum*. Guthaben liegen nicht einfach auf der Bank, sondern werden als Kredit weitergegeben oder in vielfältigen Formen „angelegt“, um Zins zu erbringen. Der dabei gewonnene Buchwert⁹ (der Zins- oder Kapitalgewinn) wird wiederum kapitalisiert, d.h. aus dem *Mehr* an Guthaben wird wieder ein *Mehr* an Guthaben, Krediten – usw. . Es wächst also zunächst nur ein *Buchwert* auf dem Konto. Erst spätere, hieraus finanzierte Arbeit, macht einen realen Wert daraus.¹⁰ So geht das Wachstum der Buchwerte in Kapitalzinssystemen dem Wachstum der „realen“ Wirtschaft voraus bzw. erzeugt den Zwang, auf der Seite der Realwirtschaft „nachzuziehen“.

In der Praxis muss die Wirtschaft ständig *neue Kredite* aufzunehmen, um unter Marktdruck den Kapitaldienst aus Zins und Tilgung leisten zu können. Das aber ist nur möglich, wenn das kreditfinanzierte Unternehmen - und auf aggregierter Ebene die immer stärker kreditfinanzierte Wirtschaft als Ganzes – permanent wächst.¹¹

Aus Sicht der Unternehmen lässt sich der durch den Zins verursachte „Wachstumszwang“, gut nachvollziehen: Mit einem Fremdkapitalanteil von zumeist über 80% finanzieren heute die Unternehmen ihre Produktion von morgen. Die fälligen Zinsen und Renditen sind oft in ähnlicher Größenordnung wie die Kreditsummen selbst, d.h. die Unternehmen müssen in den kommenden Jahren das Doppelte des geliehenen Geldes zurückzahlen. Dies ist nur möglich, wenn sie ihr Geschäft ausweiten – also wachsen. Dazu werden sie wiederum Kredite nutzen: Es entsteht eine Kredit- und Wachstumsspirale. Wirtschaftswachstum ist demnach unverzichtbar, solange Marktkonkurrenten aus ihrer Tätigkeit Kreditzinsen oder Kapitalrenditen entrichten müssen, also einen Anteil „nach draussen“ geben, den sie durch Produktivitätssteigerung oder neue Kredite wieder „reinholen“ müssen.

Kapitalismus ohne Wachstum „fällt um wie ein Fahrrad, das nicht mehr rollt“. Die Wachstums-Orientierung erweist sich nicht als bloße Fehlorientierung von Politikern und Wirtschaftsverbänden, die es zu korrigieren gälte. *Wirtschaftswachstum ist vielmehr eine unabdingbare Voraussetzung für das Funktionieren des kapitalistischen Systems!* Da aber zugleich klar ist, dass die uns bedrängenden ökologischen Probleme bei weiterem Wirtschaftswachstum unlösbar bleiben, zeigt sich hier das Dilemma in seiner ganzen Tragweite: Das kapitalistische System wird den dringlichen Aufgaben nicht gerecht, vor denen die Gesellschaft heute steht.

⁹ Der Zins ist noch kein „Mehrwert“, denn „Mehrwert“ wird in Marx' politischer Ökonomie auf den Wertüberschuss der Arbeit gegenüber ihren Gestehungskosten bezogen. Der Zins ist insofern zunächst nur ein „Buchwert“, da er ohne Arbeitsleitung entsteht (weil das Geld eben nicht „arbeitet“).

¹⁰ Heute wird vielfach die attraktivere Variante gewählt, in dem das Buchgeld in Finanzpapiere investiert wird, die keinen Bezug mehr zur Realwirtschaft aufweisen.

¹¹ Ob die Finanzierung dabei dem „Fremdkapital“ der Kreditbank einen Zins abwerfen muss oder dem „Eigenkapital“ der Aktionäre die Dividende, ändert für den Grundsachverhalt des wachstumsinduzierenden Zinsdrucks (als Kredit- oder Kapitalzins) nichts.

II. Grundlagen und Prämissen

2. Grundanliegen, Paradigmenwechsel und methodischer Ansatz einer Solidarischen Ökonomie

Eine Solidarische Ökonomie will das Wirtschaften des Menschen wieder zu seinem eigentlichen lebensdienlichen Sinn bringen. Dazu muss sie die vorherrschende Wirtschaftsweise gewissermaßen „wieder vom Kopf auf die Füße stellen.“ Sozial und ökologisch motivierte Reformen der kapitalwirtschaftlichen Prinzipien, wie sie in vielen Ansätzen postuliert werden, verringern im günstigsten Fall für einige Zeit die zerstörerischen Kräfte der kapitalistischen Wirtschaft, sie setzen sie jedoch nicht außer Kraft und führen somit auch nicht zu einer Überwindung des Systems.

Denn nicht die Mehrung und Akkumulation des Kapitals in der Hand weniger sind Sinn, Ziel und Zweck allen Wirtschaftens, sondern die Bereitstellung von nützlichen Produkten, Dienstleistungen und sinnvollen Arbeitsplätzen in gerechter Teilhabe aller, in Förderung des Gemeinwohls und in ökologischer Verträglichkeit.

Wirtschaften muss deshalb in einem umfassenden Verständnis dem Gebot der sozialen und ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit folgen. Wirtschaften darf aus sozialer Perspektive das Wohlergehen eines Teils der Menschen nur insofern fördern, dass es gleichzeitig das Wohl vieler anderer Menschen und das Wohl kommender Generationen erhält.

Nachhaltigkeitsgebot

Wirtschaften muss in einem umfassenden Verständnis dem Gebot der sozialen und ökologischen und ökonomischen Nachhaltigkeit folgen

Wirtschaften darf aus ökologischer Perspektive die Natur und die Erde nur in einem solchen Maße belasten, dass eine Regeneration immer wieder möglich ist, und den nachfolgenden Generationen keine verminderte Chancen der Befriedigung ihrer eigenen Bedürfnisse hinterlassen werden¹². Auch aus ökonomischer Perspektive darf nachhaltiges Wirtschaften die Grundlagen kommenden Wirtschaftens nicht zerstören oder hemmen (z. B. durch überschießendes Wachstum oder den Einsatz langfristiger Investitionsmittel für kurze, konkurrenzgetriebene Wachstumsperioden).

Die leitenden Paradigmen des nachhaltigen Wirtschaftens liegen nicht mehr in der eigenützigen Bereicherung und im Konkurrenzdenken, sondern werden auf der Grundlage von Kooperation und Solidarität bestimmt. Soll dies gelingen, müssen grundlegende Veränderungsprozesse auf mehreren Ebenen begonnen werden. Auf der mentalen Ebene sind die oben benannten Ideologien, Mythen und Irrtümer der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch die Rückbesinnung auf Leitvorstellungen eines gelingenden Lebens und eines lebensdienlichen Wirtschaftens zu überwinden. (Kapitel 4). Gleichzeitig müssen grundlegende systemische und strukturelle Änderungen in Angriff genommen werden. In den oben beschriebenen Subsystemen der kapitalistischen Wirtschaftsweise sind Strukturen und Regelwerke einer kooperativen, solidarischen und ökologisch nachhaltigen Wirtschaft sukzessive einzuführen.

(siehe hierzu ausführlich Kapitel 6).

Methodisch setzen wir bei der Suche nach alternativen Ansätzen immer wieder bei den **elementaren Vollzügen des Wirtschaftens** an. Das heißt, wir steigen „unten“ ein, z. B. mit der Frage nach der ursprünglichen lebensdienlichen Funktion des Geldes, nach einer legitimen Eigentumsaneignung, nach einer wirklich leistungsgerechten Entlohnung usw.. Von den elementaren Prämissen her versuchen wir einen grundlegend neuen Aufbau wirtschaftlicher Strukturen und Regeln zu skizzieren. Kontinuierliche Leitfragen sind dabei immer die Fragen nach dem Gemeinwohl und der ökologischen Nachhaltigkeit.

¹² Im Brundland-Bericht der WCED von 1987 wird „nachhaltige Entwicklung“ definiert als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, dass künftige Generationen ihre eigenen Bedürfnisse nicht mehr befriedigen können“ (zitiert nach M. Hauff, Nachhaltige Entwicklung, Oldenburg, 2009, S. 7).

Zweiter Exkurs: Zur Vielfalt alternativer Ansätze

Es gibt eine große Vielfalt alternativer Ökonomieansätze, die von vergleichbaren Überlegungen wie den in diesem Text vorgestellten ausgehen. Bislang haben diese unterschiedlichen Ansätze noch keine gemeinsame Stimme gefunden. Wir verwenden in diesem Text bewusst die Namen verschiedener Ansätze, weil wir uns keinem Ansatz eindeutig zuordnen können und wollen. Die für uns inhaltlich nächsten Ansätze seien an dieser Stelle kurz vorgestellt:

„**Lebensdienliche Wirtschaftsweise**“ oder „Wirtschaft im Dienst des Lebens“ – so von Kairos Europa entwickelt und in progressiven kirchlichen Aufbrüchen bekannt. Dieser Ansatz betont besonders die zivilisatorisch und ökologisch lebensdienliche Funktion des neuen Wirtschaftens¹³.

- „**Gemeinwohl-Ökonomie**“ – so besonders durch Christian Felber in Österreich als Bewegung in Gang gesetzt. Dieser Ansatz betont den Gemeinwohlcharakter gegenüber den Kapitalmehrungsinteressen der Kapitaleigner¹⁴.
- „**Solidarische Ökonomie**“ - mit der besonderen Betonung des Kooperations- und Solidaritätsprinzips in der Wirtschaft vor dem Konkurrenzprinzip. „Solidarische Ökonomie“ wird in zwei Varianten entwickelt: Einmal im engeren Sinne praktischer Projektarbeit wie Entwicklung genossenschaftlicher Arbeitsweise, Übernahme von Betrieben in Belegschaftshand u.a.m. Zum anderen verstehen wir Solidarische Ökonomie im weiteren Sinne als Arbeit am systemischen Neuentwurf einer lebensdienlichen Wirtschaftsweise, die nicht mehr auf der Erzielung leistungsloser Kapitaleinkommen basiert.

Unsere Initiative verwendet in den Texten und in dem Namen den Begriff „Solidarische Ökonomie“. Sie bezieht sich damit explizit auf eine umfassende Interpretation des Begriffs, der den systemischen Neuentwurf in den Mittelpunkt stellt, was unserer Ansicht nach die Projektarbeit zwingend mit einschließt. Darüber hinaus beziehen wir den Begriff „solidarisch“ sowohl auf das menschliche Zusammenleben als auch auf das Zusammenleben mit der Natur.

Alle Ökonomieentwürfe, die sich alternativ zur kapitalistischen Wirtschaftsweise verstehen, müssen sich an folgenden **Kriterien** und **Zielen** messen lassen:

- Entschlossene Förderung des Kooperationsprinzips vor dem Konkurrenzprinzip
- Absage an die Selbstbezüglichkeit des Geldes und an die damit verbundene Erzielung leistungsloser Kapitaleinkommen
- Hineinnahme aller in den ökonomischen Prozess von Arbeit, Produktion, Einkommen, Konsumtion, Steuer- und Sozialsystem (aktive Solidarität)
- Demokratische Mitbestimmung und Kontrolle wirtschaftlicher Abläufe
- Entwicklung einer sozialen, existenzsichernden Grundsicherung aller, unabhängig von der Leistungsfähigkeit des Menschen
- Primat des Gemeinwohls vor ökonomischen Partikularinteressen
- Solidarisch-partnerschaftliche Beziehungen zwischen allen Völkern der Erde,
- Primat ökologischer Nachhaltigkeit

3. Ethische Grundlagen einer lebensdienlichen Ökonomie

Das Wiedergewinnen einer lebensdienlichen Ökonomie bedarf einer Rückbesinnung auf die **grundlegenden Bestimmungen menschlichen Lebens**. Diese sehen wir vor allem

- (1) im Lebensverständnis des Menschen
- (2) in seiner Disposition als Gemeinschaftswesen

¹³ Dokumentiert in den vielen Arbeitshilfen und Textheften Kairos Europa e.V., Heidelberg;
www.kairoseuropa.de.

¹⁴ Felber: „Gemeinwohlökonomie“, bes. S. 24ff.

(3) in seiner Demokratiefähigkeit.¹⁵

3.1 Menschenbild und Lebensverständnis

Grundlegend für alle humanistischen Leitvorstellungen ist ein **ganzheitliche Menschenbild** und Lebensverständnis, das wir an die Stelle des sozialdarwinistischen neoliberalen Menschenbildes setzen. Es besagt:

Dem Menschen sind sowohl egoistische Anlagen gegeben wie das Streben nach Selbstbehauptung und persönlicher Bereicherung, aber auch altruistische Bedürfnisse und Gaben der Solidarität, der Verantwortung, des sinnvollen Verzichts, der Nächstenliebe und der spirituellen Sinnsuche.

Beide Anlagen sind lebensnotwendig, müssen aber in ein Verhältnis zueinander gebracht werden, in welchem die solidarischen und gemeinschaftsförderlichen Gaben die selbstbezogenen Bestrebungen eingrenzen und tragen.

Nicht nur die biblischen Überlieferungen und alte Weisheiten der Menschheit, auch neuere neurobiologische und sozialpsychologische Forschungen weisen nach, dass gelingendes Leben nicht im Ausleben von Egoismen und in Kampf und Konkurrenz stattfinden kann. Vielmehr sind *„Kooperation, Zugewandtheit, Empathie, Vertrauen und Wertschätzung Kern aller lebensförderlichen Motivation in biologischen, sozialen und auch wirtschaftlichen Systemen“*.¹⁶

Darüber hinaus widerlegt die moderne **„Glücksforschung“** den materialistischen Grundirrtum und die Behauptung neoliberaler Ideologien, dass der Mensch im Immer-Mehr-Haben, im sich steigenden Konsum und höheren Geldeinkommen Glück und Zufriedenheit findet.

Nach Erreichen eines guten mittleren Einkommensniveaus steigt die Zufriedenheit mit wachsendem Einkommen nicht mehr. Vielmehr sind gelingende Beziehungen, Liebe, Vertrauen, eine intakte Natur und soziale Stabilität und das Einbringen individueller Fähigkeiten wesentlich entscheidender für Lebenszufriedenheit der Einzelnen und der Gemeinschaften.¹⁷

Allerdings sind für die Entwicklung dieser Erfahrung und der zwischenmenschlichen und sozialen Gaben des Menschen die Stimulanzen aus seiner Umwelt, dem Elternhaus, der Bildung, aus Kultur und Wirtschaft prägend. Darum gehört es zur Grundlagenarbeit aller alternativen Ökonomiebewegungen, sich für die Überwindung des auf Neid, Kampf und Konkurrenz gerichteten

Ganzheitliches Menschenbild

Dem Menschen sind sowohl egoistische Anlagen gegeben wie das Streben nach Selbstbehauptung und persönlicher Bereicherung, aber auch altruistische Bedürfnisse und Gaben der Solidarität, der Verantwortung, des sinnvollen Verzichts, der Nächstenliebe und der spirituellen Sinnsuche.

Die stärksten Glückserfahrungen und lebensförderliche Motivationen erfährt der Mensch in gegenseitiger Empathie, in Wertschätzung und Kooperation.



¹⁵ Grundlegend für den folgenden Abschnitt sind die ausgeführten Bausteine „Leitvorstellungen, Menschenbild und Prämissen einer Solidarischen Ökonomie“ und „Theologische Leitvorstellungen einer Solidarischen Ökonomie“

¹⁶ So zu finden bei Gerald Hüther, Joachim Bauer, Christian Felber. Siehe z.B. Joachim Bauer, Prinzip Menschlichkeit – Warum wir von Natur aus kooperieren, 2006, S. 34ff.

¹⁷ Studie zur Glücksforschung 2010; veröffentlicht in TAZ 25.6. 2010; verschiedene „Happiness Studies“

Mainstream in der Gesellschaft einzusetzen, eine ganzheitliche Werterfahrung und solidarische Denken auf allen Ebenen zu fördern.

3.2. Der Mensch als Sozialwesen - die sozialetische Bestimmung des Menschen

Der Mensch existiert von seiner Evolution her in einem Spannungsfeld zwischen Einzelwesen und Gemeinschaftswesen. D. h. der Mensch kann weder als Individuum noch als Gattung isoliert ohne andere oder im generellen Gegeneinander überleben, sondern nur als Sozialwesen und in einer sich Regeln gebenden Sozietät.

Dieser einfache und scheinbar selbstverständliche Satz stellt das herrschende Denken und erst recht den Ansatz der herrschenden Ökonomie auf den Kopf. Nicht allein das isolierte Individuum und gelebter Egoismus machen den Menschen lebensfähig, sondern auch erfahrene Beziehung, Gemeinschaft und Empathie. Descartes abgewandelt hieße das: „*Ich nehme teil, also bin ich*“. Weiter gedacht bedeutet das, die Gemeinschaft wird nicht von Individuen geschaffen, sondern erst in erfahrener Gemeinschaft kommt das Individuum zur Welt.

Hier liegt die **sozialetische Wertebestimmung des Menschen**. Sie hat genauer gesehen einen dreifachen Grund: Einmal in der **Empathiefähigkeit** des Menschen:

das Leid, die Not des anderen rührt sein Herz und führt zum solidarischen Handeln.¹⁸ Darüber hinaus braucht es die **begriffene Zweckmäßigkeit des Guten** für das Individuum wie für die Gemeinschaft. Unübertroffen spricht es die „Goldene Regel“ der Bibel und vieler Religionen aus: „*Was du willst, das dir die Leute Gutes tun, das tue ihnen auch*“ - dies aus der Erfahrung, dass es mir erst dann nachhaltig gut geht, wenn es damit auch dem anderen und der Gemeinschaft gut geht, und in der Erfahrung, dass aus der Zweckmäßigkeit des gegenseitig Guten Eigenwohlinteressen und Gemeinwohlinteressen am ehesten in Einklang gebracht werden können. Aus dieser Erfahrung entwickelten sich seit Beginn menschlicher Zivilisation **ethisch und sozial leitende Regeln** für das Miteinander der Menschen - von den Zehn Geboten über den Kantschen kategorischen Imperativ: „*Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde*“¹⁹ bis zur Gesetzgebung eines modernen Staates.

Zum Dritten liegt die sozialetische Bestimmung des Menschen in ethischen **Wertsetzungen aus dem Unabdingbaren**: Die spirituelle Erfahrung von Werten und Wahrheiten, der Antrieb zum Gutsein, zur Liebe, zur Wahrheitssuche und Sinnfindung, die das jeweils Zweckmäßige überschreiten.²⁰ Diese unabdingbaren spirituall-ethischen Antriebe gibt es in religiöser, wie auch in säkularer Form, so geschichtlich geworden in den „Propheten“, Religionsstiftern, Freiheitskämpfern und ethischen Pionieren der Menschheit und erkennbar in Schlüsselsätze wie bei Immanuel Kant „*Der gestirnte Himmel über mir und das moralische Gesetz in mir*“, bei Albert Schweitzer in der „*Ehrfurcht vor dem Leben*“, in der modernen Theologie „*Gott als das Woher meines Umgetriebenseins*“²¹ oder bei Michail Gorbatschow: „*Die mahnende Stimme des Gewissens*“ und das „*Muss des Lebens lehren uns*“²².

Hier liegt auch das **Besondere der biblischen Spiritualität**. Sie lässt den Menschen drei wesentliche Wertsetzungen erfahren. Das Erste, Grundlegende: Sein Leben wird vor allen Leistungen und trotz allen Versagens von einer bedingungslosen Liebe getragen. Das macht ihn frei gegenüber allen selbstgesetzten und fremdgesetzten Zwängen der Welt. Das Zweite: Die Weltgeschichte verliert sich nicht im Sinnlosen und Gegeneinander des Lebens, sondern geht auf Gerechtigkeit, Frieden und Geschwisterlichkeit allen Lebens zu (Schalomverheißung im Alten Testament, Reich-Gottes-Ansage Jesu). Das Dritte: Der Mensch ist von Gott in diesen „heilsgeschichtlichen“ Prozess hineingenommen und findet in dieser Teilhabe Sinn und Aufgabe für sein Leben.

¹⁸ Klassische Texte hierfür die Erzählung vom „Barmherzigen Samariter“, Lukas 10,30ff.

¹⁹ Kant, Akademie-Ausgabe Bd. IV, 421

²⁰ Vgl. zum Ganzen die Spannung und Zusammengehörigkeit von „Verantwortungsethik“ und „Gesinnungsethik“

²¹ z.B. bei Herbert Braun in den 60ziger Jahres des vorigen Jahrhundert.

²² M. Gorbatschow „Perestroika“ S.27, 183, 334

Im Ganzen kann gesehen werden, dass für die ethische Entwicklung der Menschheit unabdingbare Werterfahrungen und Wertsetzungen gegeben werden und notwendig sind. Die Zweckmäßigkeit des gegenseitigen Gutseins allein konnte z.B. die Sklaverei oder Leibeigenschaft innerhalb bestimmter gesellschaftlicher Vorgaben nicht überwinden. Nötig waren und sind immer wieder spirituelle ethische Inspirationen und Antriebe, die über das jeweils Opportune hinausgehen, oft im Widerstand zum Bisherigen stehen, aber gerade so das Humanum und die Geschichte emanzipierend weiterentwickeln. Dass sich daraus neue ethische Paradigmen entwickeln können, zeigt sich z. B. in der Proklamation der Menschenrechte durch die Vereinten Nationen, die jedem Menschen die gleiche Menschenwürde unabhängig von Nationalität, Religion, Rasse, sozialer Herkunft, Leistung und Gesundheit zusprechen, wie es das in früheren Kulturen so nicht gab.

Unübersehbar lehrt uns allerdings auch die Geschichte, dass alle diese Errungenschaften immer wieder Angriffen und Unterwanderungen unterliegen, sie müssen ständig neu verteidigt werden. Menschen sind als soziales und gesellschaftliches Wesen auch zu Krieg, Massenmord und Ausbeutung fähig. Entscheidend ist, eine Kultur zu schaffen, die die Empfänglichkeit für die benannte sozialetische Wertebestimmung fördert und Rahmenbedingungen menschlichen Zusammenlebens zu entwickeln, in denen zerstörerische Eigenschaften systematisch bestraft und begrenzt werden und lebensdienliche Eigenschaften gefördert und belohnt werden. Dieser Anspruch lässt sich nur in einem permanenten gesellschaftlichen Meinungsbildungsprozess umsetzen.

3.3 Gemeinwohl und Demokratie

In einer lebensfähigen Gesellschaft müssen Gemeinwohl und Privatwohl immer wieder in Einklang gebracht werden.

Das Primat des Gemeinwohls über das Privatwohl ist in Diktaturen häufig missbraucht worden. Damit dem gewehrt werden kann, sind **Demokratie** und **Rechtsstaatlichkeit** unerlässliche Voraussetzungen für ein möglichst synergetisches Zusammenspiel von Gemeinwohl und Privatwohl. Hierfür sind **Öffentlichkeit** und **demokratische Kontrolle** von besonderer Wichtigkeit und müssen immer wieder er-

Die sozialetische Bestimmung des Menschen

Der Mensch kann nur als Gemeinschaftswesen leben. Erst durch seine sozialetische Bestimmung und Begabung ist der Mensch in der Lage, dem Gemeinwesen die notwendigen lebensdienliche Regeln zu geben und in ihnen zu leben.

Die Regeln eines Gemeinwesens sind immer wieder im Ringen um partizipatorische Demokratie und Rechtsstaatlichkeit zu erkämpfen.

werden.

Gegen den Verschleiß und Basisverlust der parlamentarischen Demokratie (Funktionärsdemokratie) sollten als zweites Standbein lebendiger Demokratie die Möglichkeiten einer **partizipatorischen Demokratie** (Beteiligungsdemokratie) wesentlich stärker ausgebaut werden, z. B. durch Volksbegehren und Volksentscheide, durch Partizipation in der Arbeitswelt und nicht zuletzt durch Förderung und politische Integration von Bürgerbewegungen, Bürgerinitiativen, zivilgesellschaftlichen Initiativen u. ä. – dies auch, um der Usurpation der Politik durch Wirtschaft oder andere Sonderinteressen entgegenzuwirken.²³

Dritter Exkurs: Zur Produktivität des Kapitals

Die Kritik der Kapitalwirtschaft, ihrer falschen Prämissen, Fehlentwicklungen und destruktiven systemischen Mechanismen würde an der empirischen Realität vorbei gehen, wenn nicht auch die produktive Kraft des Kapitals und die historischen Errungenschaften des kapitalwirtschaftlichen Prinzips in Rechnung gezogen würden.

Kapital stellt historisch eine spezifisch „moderne“ Form der Mobilisierung von Arbeit dar. Es repräsentiert ein System der Mobilisierung gesellschaftlicher Produktivkräfte, das seit den Tagen der „industriellen Revolution“ ein beispielloses Potential der Entfaltung techni-

²³ Ausführlich im entstehenden Baustein „Partizipatorische Demokratie“

scher, sozialer und politischer Innovationen entfaltet hat. Die umwälzende Kraft des Kapitals und die ungeheure Steigerung volkswirtschaftlicher Wertschöpfung war schon in Karl Marx' „Kritik der politischen Ökonomie“ Ausgangspunkt der Analyse einer alle ständischen und feudalen Strukturen ersetzenden bürgerlichen Gesellschaft.

Worauf beruht nun jene ungeheure Kraft, die heute im globalen Maßstab wirkt und unter drohendem Verzehr weltweiter natürlicher Ressourcen bis in die letzten Winkel der Erde hinein reicht?

Zur Beantwortung dieser Frage ist eine Unterscheidung von zwei Grundformen des Kapitals nötig:

- a) Das aus vergangener Arbeit gewonnene und als „Mehrwert“ *abgeschöpfte* Kapital, das der Bereicherung des Unternehmers bzw. der Anteilseigner oder der Finanzierung neuer Investitionen aus Mitteln des Unternehmens dient (der „klassische Gegenstand der marx'schen Analyse) und
- b) das „*geschöpfte*“ Kapital, das der kreditförmigen Finanzierung von Investitionen dient und kein Eigenkapital sondern Fremdkapital darstellt.

Schon die marxistische Analyse mit ihrem „Gesetz“ des tendenziellen Falls der Profitraten hatte gezeigt, dass das ungeheure Wachstum und die exponentiellen Steigerungen der Arbeitsproduktivität durch permanente Rationalisierungsinvestitionen nur für eine begrenzte Zeit durch eine fortwährende Ausbeutung geleisteter Arbeit möglich ist.

Die volkswirtschaftlich wie auch global umwälzende Kraft des Kapitals beruht heute im wesentlichen auf der stetig an Bedeutung gewinnenden zweiten Form: Auf dem erst in der Zukunft möglicherweise erzeugten Mehrwert des zur Verfügung gestellten Finanzkapitals.

Dies ist u.E. der Kern der permanenten „Kapitalrevolution“: In Form des Finanzkapitals steht eine prinzipiell permanent verfügbare Vorfinanzierung künftiger zu leistender Arbeit zu Verfügung. Zum Zeitpunkt x wird eine Summe bereit gestellt, die für ein aktuelles Projekt ausgegeben werden kann und die sich erst im Abschreibungszeitraum durch Wertschöpfung – also Arbeit - amortisieren muss. Die Abschreibungszeiträume können dabei *auf Jahrzehnte* kalkuliert sein. So muss die jeweils nächste Stufe der Produktionsausweitung und Rationalisierung nicht aus laufender Produktion vom Lohn und „abgespart“ werden, der Lohn kann im Gegenteil schon an der durch die Investition erst erwarteten Produktivität orientiert sein.

Hierin liegt die Attraktivität des heutigen Finanzkapitals und dessen Kraft zur Mobilisierung von Arbeit, Intelligenz, Erfindungsgeist und Innovation. Es ist die „sofortige Vergütung“, die für die kreative Leistung der Innovation kapitalförmig vorfinanziert wird.

Aus der Perspektive vieler abhängig Beschäftigten ist das System dort, wo solches „vorfinanziertes“ Wachstum stattfindet, durchaus attraktiv: Der Lohn/ das Gehalt wird bis zur Erschöpfung der neuen Mittel ausbezahlt, ohne dass es eine Gewähr gibt, dass die „Rechnung“ dereinst wirklich aufgeht. Die Beschäftigten sind vom akuten Risiko freigestellt und werden gleichwohl viel dafür tun, durch persönlichen Einsatz zur Bewahrheitung der Geschäftspläne beizutragen, um ihren Arbeitsplatz, der von neuen Erfolgen des Unternehmens abhängt, auch künftig behalten zu können.

Eine schöne, fast schon perfekte Welt, so scheint es. Doch für *jede* solcher Finanzierungen – ob durch künftig eintretende Erfolge amortisiert oder nicht – wird „die Rechnung“ mit Zins- und Zinseszins aufgemacht. Und wo sie ein einzelner Unternehmer nicht zahlen kann, zahlt letztlich die Allgemeinheit bzw. die Gesamtheit der Wirtschaftssubjekte. Wie solche aus falschen oder gar jeder realen Grundlage entbehrenden Prognosen entstammenden Verluste „sozialisiert“ werden, zeigen die akuten Finanzkrisen nur all zu deutlich. Der Tatsache, dass diese Krisen vielfach durch eine weitere Spielart dieses Systems, nämlich die finanzmarktinterne Gewinnprognose, deren Realisierung vorfinanziert wurde,

verursacht werden, soll an dieser Stelle nicht weiter nachgegangen werden.²⁴ Sie sollte nicht darüber hinweg täuschen, dass auch der Zusammenbruch „systemrelevanter“ Realindustrien, dieselben Mechanismen des Ausfalls von Krediten und der Letzthaftung des Staates zur Folge hätten.

Was sind nach dieser Analyse nun die „produktiven Aspekte und Mechanismen“ des kapitalwirtschaftlichen Systems, die beim Versuch der Überwindung seiner destruktiven Tendenzen bewahrenswert sind?

Die Arbeitsmobilisierung durch Kapital kann zu einer menschenverachtenden Ausbeutung der Beschäftigten führen, sie kann für die Beteiligten aber auch ein *großes* Maß an Handlungsfreiheit und Chancen persönlicher Entfaltung mit sich bringen. Dies ist abhängig davon in welcher Branche, zu welchem Zweck, welche Form von Kapital (privates oder öffentliches) von welcher Art von Unternehmen (privat, genossenschaftlich, öffentlich-rechtlich) investiert wird.

Wenn das kapitalwirtschaftliche Prinzip *nicht* mit den handlungsleitenden Kriterien der Realisierung und Privatisierung von Gewinnen gleichgesetzt wird, sondern als Organisationsprinzip von Zukunftsinvestitionen im öffentlichen Interesse dienen kann, ergibt sich zumindest eine Chance, seine produktiven von seinen destruktiven Kräften sukzessive abzulösen und die *Zweckbestimmung dieses Prinzips zu transformieren*.

Neue, nachhaltigkeitsorientierte Bilanzregeln für Unternehmen, das Prinzip der Fremdfinanzierung durch „öffentliches Kapital“, eine Aussetzung des Kreditzinses und die Bindung von Kapitalgewinnen an reale Wertschöpfungen (ohne Anrechte auf nominelle Kapitalrenditen), sind Transformationsschritte, die in diesem Sinne (vgl. unten) vorgeschlagen werden.

4. **Ökonomische Prämissen und Systemansätze einer lebensdienlichen Ökonomie**

4.1. **Vorbemerkungen**

Aus den Leitvorstellungen und ethischen Grundlagen für eine lebensdienliche Ökonomie ergeben sich ökonomische Prämissen. Sie beschreiben die konkreten **Zielvorstellungen**, die Paradigmen und Systemansätze einer Solidarischen Ökonomie. Diese Zielvorstellungen mögen aus der aktuellen Perspektive manchem als utopisch erscheinen. Dennoch möchten wir im Folgenden begründen, weshalb wir uns im gesellschaftlichen Diskurs für die Realisierung dieser Ziele einsetzen wollen.

In diesem Kapitel wird, bildlich gesprochen, die Latte festgelegt, an der wir uns zu messen haben. Inwieweit es uns gelingt, diesen Ansprüchen auch durch konkrete praxisnahe Konzeptionen gerecht zu werden, mag der Leser oder die Leserin in Kapitel 6 kritisch prüfen, in dem es um den konkreten systemischen Umbau der Strukturen und Regelwerke gehen wird.

Letztendlich können wir mit diesen Vorschlägen nur die ersten Schritte und die Richtung einer Veränderung skizzieren. Die meisten Veränderungen wird es dann erst durch die im Prozess sich ergebenden Resultate geben. Wir beschreiben somit den Start eines sich dann ständig korrigierenden und verbessernden Prozesses.

Zunächst geht es aber in diesem 4. Abschnitt um nichts weniger als den **Entwurf einer neuen ökonomisch-gesellschaftlichen Werteordnung**.

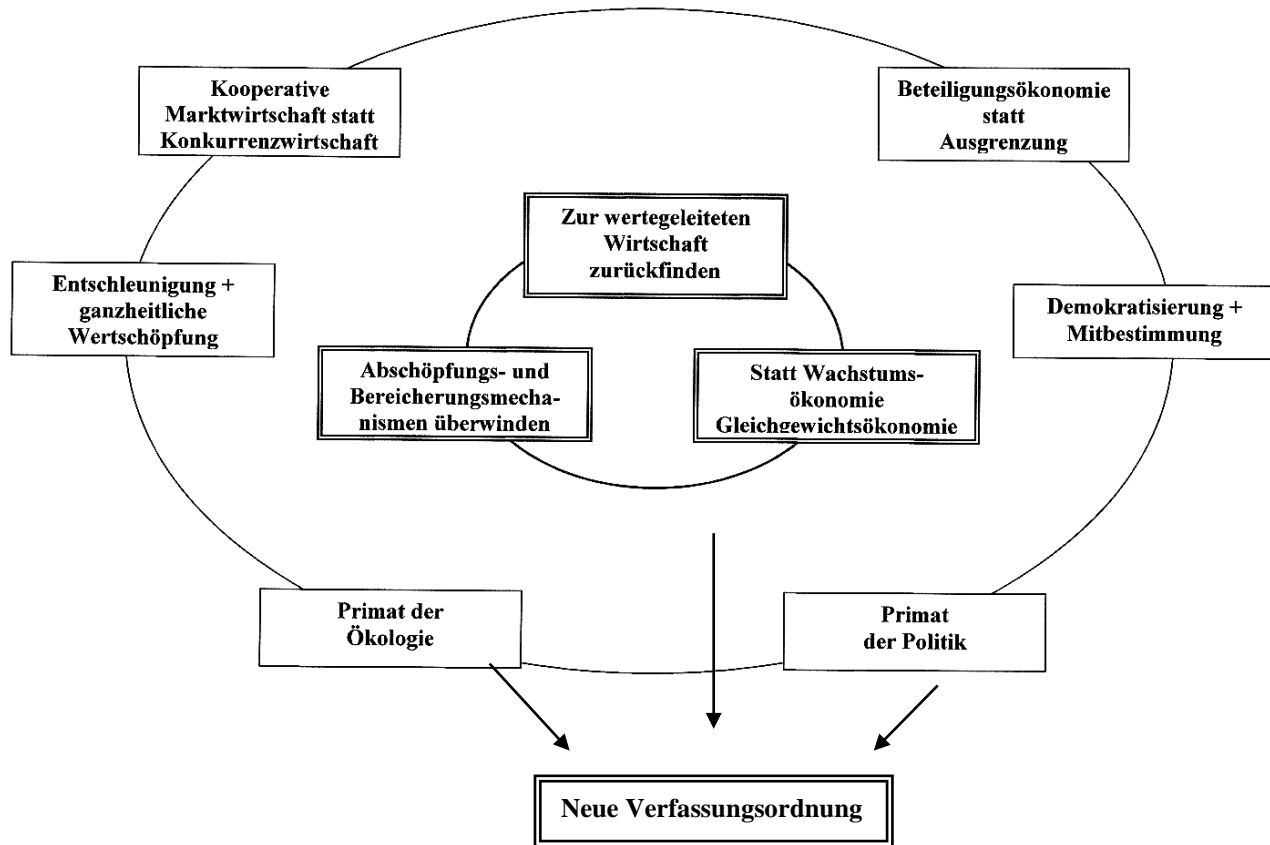
Dieser Ordnung seien zunächst drei Prämissen vorangestellt:

1. Anerkennung der Menschenwürde und der Grundrechte eines jeden Menschen

²⁴ Siehe hierzu weiter unten das Kapitel zur Finanzordnung

2. Anerkennung des Leitprinzips der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit
3. Anerkennung des Vorrangs des Gemeinwohls vor allen ökonomischen Sonderinteressen

Die folgende Grafik vermittelt einen Überblick über die drei grundlegenden veränderten Zielvorstellungen (innerer Kreis), und den daraus folgenden und weiterführenden (äußerer Kreis).



4.2. Schaffung einer wertegeleiteten Wirtschaft

Die neoliberale kapitalistische Wirtschaftsethik macht den Markt und den damit verbundenen Konkurrenzkampf zum Maß aller Dinge. Der Markt sei das einzig geeignete Instrument zur Herstellung einer allgemein akzeptierten Gerechtigkeit, da jeder die Chance habe, sich hier zu bewähren. Die Umsetzung von Werten, wie Fürsorge für die Mitarbeiter, Förderung des Gemeinwohls, Erhaltung einer gesunden Umwelt etc. wird in der neoliberalen Theorie den evolutionären Kräften des Marktprozesses überlassen soweit diese die Marktchancen von Unternehmen verbessern. Ethische Ansprüche des Staates, der Gewerkschaften, der Kirchen, sozialer Verbände und anderer zivilgesellschaftlicher Kräfte werden als unzulässige Störungen des Marktes angesehen und als „ideologisch“ gebrandmarkt und abgelehnt. Diese aus unserer Sicht zynische und menschenverachtende Sichtweise lehnen wir ab. Wenn aber - wie jüngst in der Finanzkrise - der Markt offensichtlich versagt, wird der Staat zu Hilfe gerufen, um den Steuerzahler in Haft zu nehmen für unverantwortliche Risiken, die Finanzmarktakteure eingegangen sind um Extraprofit zu machen. Zur Externalisierung entsprechender Kosten überlässt man diesen Institutionen gern korrigierende soziale oder umweltschützende Aufgaben. Die Unternehmen werden so gleichsam von ihrer gesamtgesellschaftlichen ethischen Verantwortung entlastet.

Wertegeleitete Wirtschaft
 Eine Gesellschaftsordnung, die den größten Teil des Lebens, den die Wirtschaft ausmacht, aus ethischen und sozialen Verantwortungen ausklammert, muss in zerstörerische Entwicklungen führen und Menschen und Kultur psychisch und sozial krank werden lassen.
 Darum ist die Rückkehr zu einer wertegeleiteten Wirtschaft dringendstes Gebot.

Eine Gesellschaftsordnung, in der der größte Teil des gesellschaftlichen Lebens, nämlich die Wirtschaft, derart aus ethischen und sozialen Verantwortungen ausgeklammert ist, muss zu den oben benannten Widersprüchen und zerstörerischen Entwicklungen führen und Menschen auch psychisch und sozial krank werden lassen. Darum ist es die erste Prämisse einer lebensdienlichen Ökonomie, wieder zu einer wertegeleiteten Wirtschaft zurückzukehren.

Wir stellen folgende grundlegenden Forderungen an eine lebensdienliche Ökonomie:

- Die Geltung der Menschenwürde und der Menschenrechte, wie sie in der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Europäischen Menschenrechtskonvention und dem Grundgesetz der Bundesrepublik proklamiert werden, sind auch in der Wirtschaft und in den wirtschaftlichen Strukturen durchzusetzen.
- Unternehmer und Unternehmen tragen nicht in erster Linie die Verantwortung für die Erzielung möglichst hoher Gewinne sondern vielmehr für das Wohlergehen der Beschäftigten und des Gemeinwesens sowie für die Erhaltung der natürlichen Ressourcen. Neben ökonomischen und fachlichen sind ebenso sozialetische und ökologische Prämissen und Qualifizierungen in die Unternehmensführung einzubringen.
- Das gesamte ökonomisch-soziale Gefüge ist so zu organisieren, dass die sozialen Grundrechte auf Arbeit, Wohnung, Bildung, ausreichende Nahrung und medizinische Versorgung tatsächlich gewährleistet sind.

4.3. Statt Wachstumsökonomie Gleichgewichtsökonomie

Die zwanghaft auf Wachstum orientierte Wirtschaftsökonomie muss in eine **Gleichgewichtsökonomie** überführt werden. In einer Gleichgewichtsökonomie gibt es ständige wirtschaftliche Entwicklungen, die aber nicht zwanghaft zum fortwährenden (quantitativen) Wachstum führen, sondern sich immer wieder in ein ökologisch und sozial verträgliches Maß flexibel einpendeln.

Dazu gehören:

- Generell ein rasches Absenken (Schrumpfen) des Ressourcenverbrauchs und des Energiedurchsatzes in Richtung eines global nachhaltigen Maßes
- Umstieg vom quantitativen Wachstum zur qualitativen Entwicklung
- Ein natürliches und flexibles Wachstum in Bereichen, in denen und so lange Wachstumsfelder öko- und sozialverträglich offen sind (z. B. neue Produkte in offenen/bedürftigen Märkten, verträgliches Wachstum in Entwicklungsländern)
- Ein enges Zusammenspiel von Konsistenz (Umweltverträglichkeit), Effizienz (hoher Wirkungsgrad) und Suffizienz („*Mit weniger besser leben*“)²⁵

4.4. Abschöpfungs- und Bereicherungsmechanismen überwinden

Da die Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise die Hauptkräfte der Ungerechtigkeit und Zerstörungen sind, sollten sie auf allen Ebenen überwunden werden.

Dazu gehören vor allem:

- Die Überwindung der Akkumulation des Mehrwertes in alleiniger Verfügung der Kapitaleigner
- Eine leistungsgerechte Gewinnbeteiligung aller am Unternehmen Beteiligten
- Ein Finanzsystem und eine Eigentumsordnung, die leistungslose Abschöpfung nicht mehr möglich machen
- Gesetze und Regeln, die die ökologischen und sozialen Folgekosten im Produktionsprozess und in der Wirtschaftsrechnung berücksichtigen (internalisieren)
- Eine (Welt)Handelsordnung, die ein Übervorteilen des Schwächeren nicht ermöglicht und auf ausgeglichene Handelsbilanzen abzielt

²⁵ Siehe Baustein „Wirtschaftswachstum“

4.5. Entschleunigung und ganzheitliche Wertschöpfung

Seit etwa 250 Jahren vollzieht sich die wissenschaftliche, technische und ökonomische Entwicklung der Menschheit in einem nie da gewesenen, sich ständig beschleunigenden, explosiven Tempo. Eine der gravierendsten Triebfedern dieser Entwicklung ist das kapitalistische Wirtschaftsprinzip und seine Ideologie mit dem Diktat von ständiger Wohlstandssteigerung, Konkurrenz und Wachstumswettlauf.²⁶ Sowohl die Logik wie auch die empirischen Wahrnehmungen zeigen, dass diese „Stichflammenentwicklung“²⁷ nicht endlos verlängert werden kann, sondern kollabieren wird – dies nicht nur aus ökologischen Gründen des begrenzten Erdraumes, sondern auch aus psychischen, ethischen, sozialen und geistigen Gründen: Der Mensch kann weder emotional noch in seiner persönlichen Lebensgestaltung, noch im Wahrnehmen von Verantwortung diesem Tempo und der sich potenzierenden Fülle nachkommen. Nicht Stillstand oder Rückwärtsentwicklung ist geboten, sondern eine **Entschleunigung auf allen Ebenen**: Auf der technischen Ebene, in der Informationsanhäufung, in der Wohlstandsentwicklung. Weg von dem „*Immer schneller, immer höher, immer mehr*“ hin zu einem deutlich verlangsamten, verträglichen Maß und zu einer verstärkt qualitativen Entwicklung des Lebens.

Dabei ist besonderer Wert auf die **ganzheitliche Wertschöpfung** zu legen: Weniger nur materielle Wertschöpfung, dafür mehr geistige, seelische, emotionale, kulturelle, soziale, zwischenmenschliche Wertschöpfung und Wertebildung. Es gibt eine große latente Sehnsucht der Menschen danach, die aus ihrer Latenz befreit und aktiviert werden muss. Dies geht wiederum nur durch Entschleunigung und durch Schaffen entsprechender Freiräume (vgl. Glücksforschung S.14).

Dem Vorwurf, dass eine Solidarische Ökonomie weniger effizient arbeite, ist positiv entgegenzuhalten: Sie will im Tempo langsamer und in der Menge sparsamer produzieren, um Freiräume für menschliche Beziehungen, Muße und Selbstbesinnung, für kooperatives, kreatives, humaneres und naturverträglicheres Arbeiten und Leben zu ermöglichen.

Konkret gehören dazu:

- Überwindung des BIP als Bemessungsgrundlage des gesellschaftlichen Wohlergehens, dafür Einführung ganzheitlicher Indizes, die neben den ökonomischen Parametern auch ökologische und soziale Parameter, Gesundheitsentwicklung, Zeitwohlstand, kulturelle Entwicklung u. a. bemessen („Brutto-Sozialglück“, Human Development Index“, Gemeinwohlprodukt, u. ä.)
- Eine drastische Reduzierung der Regelarbeitszeit
- Eine Reduzierung des Überangebots von Waren
- Eine Fortentwicklung neuer Technologien, die sich primär an den Bedürfnissen der Menschen ausrichtet und nicht an den Renditeaussichten. Dieser Grundsatz kann in bestimmten Fällen zu einer erheblichen Beschleunigung in der Entwicklung neuer Technologien führen, er dürfte in den meisten Bereichen aber eher zu einer gravierenden Entschleunigung beitragen
- Förderung des Orientierungswissens, Rücknahme der Informationsüberflutung
- Bejahung eines geringeren materiellen Wohlstandes der Wohlhabenden („*Mit weniger besser leben*“)

4.6. Beteiligungsökonomie statt Ausgrenzungsökonomie

Die heutige Wirtschaftsweise ist ihren Grundprinzipien nach eine Ökonomie der Ausgrenzung: Das Verdrängen oder Vernichten des möglichen Konkurrenten, die Gewinnsteigerung durch Abbau von Arbeitsplätzen („Entlassungsproduktivität“), die Akkumulation des Mehrwertes in Verfügung der Kapitaleigner und die fehlende Berücksichtigung der ökolo-

²⁶ So z.B. Fritz Reheis in „Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus“, 2004

²⁷ Der Soziologe Meinhard Miegel umschreibt die frühere Entwicklung mit dem langsamen Aufleuchten von „Lichterketten“, die gegenwärtige Entwicklung mit einem Aufflammen einer „Stichflamme“, die in die Katastrophe führt, in Miegel „Exit. Wohlstand ohne Wachstum“, S.76ff.

gischen und sozialen Kosten der Allgemeinheit grenzen andere aus dem ökonomischen Prozess permanent aus.

Der **ökonomische Gesamtprozess** ist ein Zusammenwirken von sechs Faktoren: (1) der Inanspruchnahme kostenloser Vorleistungen der Natur

(2) der Arbeit des Menschen

(3) der darin ermöglichten Produktion

(4) der damit erzielten Einkommen

(5) der so möglichen Konsumtion

(6) der aktiven Beteiligung am Steuer- und Sozialsystem

Ein Grundprinzip Solidarischen Wirtschaftens ist zunächst die soziale Grundabsicherung aller Mitglieder der Gesellschaft, um ihnen zu ermöglichen sich entsprechend ihrer Möglichkeiten und Interessen am gesellschaftlichen Prozess zu beteiligen.

Zur Beteiligungsökonomie gehören:

- Beteiligung aller an dem gesamtgesellschaftlichen Wertschöpfungsprozess entsprechend ihrer Möglichkeiten und Interessen. Dies wird aus heutiger Sicht nur mit einer deutlichen Reduzierung der Regelarbeitszeit möglich sein.
- Wirksame Mitbestimmung aller am Unternehmen Beteiligten
- Leistungsgerechte Teilhabe aller an den Erträgen des Wirtschaftens
- Überwindung der Konkurrenzwirtschaft und des Wachstumswettlaufs

4.7. Statt Konkurrenzwirtschaft kooperative Marktwirtschaft

Die kapitalistische Wirtschaftsdeologie behauptet, dass der Markt nur in konkurrierendem Wettbewerb Leistungen und Effizienz hervorbringt. Konkurrenz kann zwar hohe Leistungen freisetzen, zugleich erzeugt sie Angst und engt damit Kreativität und Entfaltungsmöglichkeiten ein. Wie ausgeführt, zeigen neuere sozialpsychologische und neurobiologische Forschungen, dass gegenseitige Wertschätzung und Kooperation zu stärkerer Motivation und zu einer größeren Entfaltung der menschlichen Potentiale führen als Konkurrenz.²⁸ Darum sollen Arbeits- und Marktbedingungen geschaffen werden, in denen das Konkurrenzprinzip des Wirtschaftens durch eine kooperative Marktwirtschaft überwunden wird. Die Arbeitsbedingungen in den Betrieben sollen so gestaltet werden, dass hier vor allem das kooperative Zusammenwirken gepflegt wird. Dabei kann es durchaus auch Elemente eines fairen Wettbewerbs geben, aber eindeutig mit der Tendenz hin zur Kooperation und der Anteilhabe aller am Erfolg.

Der Markt mit seinem Wechselspiel von Angebot, Nachfrage und Preisen und seiner aktivierenden, regelnden und anregenden Wirkung bleibt erhalten. Doch widersprechen wir dem Irrglauben, dass freie Märkte automatisch vorteilhaft für alle sind. Dies leistet der Markt nur, wenn ihm sozialethische und ökologische Rahmenbedingungen gegeben werden, die Fairness und Chancengleichheit aller Marktteilnehmer schützen und Kooperation auch zwischen unterschiedlich starken Marktteilnehmern ermöglichen.²⁹

4.8. Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft

Die hoch entwickelten Staaten sind stolz auf ihre Demokratie und auf das Zusammenspiel von politischer Freiheit und Demokratie. Das sind kostbare Werte. Umso erstaunlicher ist es, dass Prinzipien und Regeln der Demokratie in dem größten Bereich öffentlichen Lebens, der Wirtschaft, weitgehend ausgeschlossen werden. Es gibt zwar einige in der Sozialen Marktwirtschaft erkämpfte demokratische Elemente in der Wirtschaft, z. B. die Tarifpartnerschaft, Mitarbeitervertretung durch Betriebsräte, bestimmte Mitbestimmungsgesetze u. ä.. Doch geraten diese im Zug der Neoliberalisierung der Wirtschaft immer mehr ins Hintertreffen und in den entscheidenden Fragen regieren fast ausschließlich die Kapitaleigner und ihre Manager unter weitgehendem Ausschluss demokratischen Mitwirkens aller Betei-

²⁸ Mit Nachdruck von Felber ausgeführt in „Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“, S.44 f.; 79 ff.

²⁹ Ausführliche Begründung und Darstellung dazu im Baustein „Markt und Wettbewerb“

lichten und der öffentlichen Kontrolle. Dies ist nicht nur ein Ausschalten von demokratischen Grundregeln in der Wirtschaft, sondern eine Unterhöhnung der gesamtgesellschaftlichen Demokratie. Denn unkontrolliertes Agieren großer Wirtschaftsmächte ignoriert nur allzu oft die demokratische Willensbildung des Volkes bzw. der Betroffenen (Beispiel: die Auseinandersetzung um den Atomenergieausstieg oder die Bankenrettung).

Es sollten Institutionen und Gesetze geschaffen werden, in denen eine paritätische Mitbestimmung aller an Unternehmen Beteiligten gesichert wird, in der leitende Funktionen in der Wirtschaft den demokratischen Wahlprinzipien unterstellt werden und eine öffentliche Kontrolle³⁰ der grundlegenden Wirtschaftsabläufe gesichert ist.

4.9. Primat der Ökologie

Das einzigartige Ökosystem unserer Erde ist Grundvoraussetzung allen Lebens, auch des menschlichen Lebens. Der Mensch kann nur eingebunden und in Übereinstimmung mit dem ökologischen Netzwerk der Erde leben und überleben. Die heute verheerend um sich greifende Gefährdung dieses Ökosystems hat einen Stand erreicht, der das weitere Leben auf der Erde in absehbarer Zukunft erheblich gefährdet. Nimmt man den ökologischen Fußabdruck als Messgröße, beansprucht jeder Deutsche mit einem durchschnittlichen Fußabdruck von 5,1 ha (USA 8,0 ha) bereits das Vielfache dessen, was die Erde ökologisch (1,8 ha) regenerieren kann³¹. Bleibt es trotz gegenwirkender Bemühungen bei der immer noch vorherrschenden Tendenz weiterer Umweltzerstörungen, könnte der Mensch von der Natur als „Parasit“ ausgestoßen werden; menschliches Leben auf der Erde wäre dann nur eine sehr kurze Episode in der Evolution des Lebens gewesen.³²

Der treibende Motor des naturzerstörenden Wirtschaftens liegt vor allem in den oben geschilderten Profitmehrunsprinzipien kapitalistischer Wirtschaftsweise und ihrer Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen. Darum gehört es zu den grundlegenden ökologischen Prämissen einer Solidarischen Ökonomie, diese so rasch wie möglich zu überwinden. Dazu muss das ökonomische Handeln national und international unabdingbar unter das **Primat ökologischer Nachhaltigkeit** gestellt werden. Menschliches Gemeinwohl schließt das Wohl aller Lebewesen und die Achtung der Integrität der natürlichen Ökosysteme mit ein.

4.10. Primat der Politik

Wie schon unter „Demokratie und Mitbestimmung in der Wirtschaft“ beschrieben, können große wirtschaftliche Machtzusammenschlüsse demokratische Willensbildung und deren Durchsetzung empfindlich stören und verhindern. Die üblichen Mittel hierfür sind Drohungen oder Versprechungen durch die Wirtschaft, ein mit allen Mitteln ausgestattetes Lobbyistentum bis hin zur gezielten Korruption.

Damit diese „Ohnmacht der Politik“ überwunden werden kann und es möglich wird, die Wirtschaft in den Dienst der Gesellschaft zu stellen, muss ein Primat der Politik und des Rechts gegenüber der Wirtschaft hergestellt und gesichert werden. Das heißt nicht die Installation eines Staatssozialismus und einer zentralistischen Planwirtschaft. Es heißt vielmehr, dass der demokratisch legitimierte Staat wieder in die Lage versetzt wird, Rahmenbedingungen und Regeln zu setzen, die ein effizientes Wirtschaften innerhalb der Bedingungen des Gemeinwohls, der sozialen Gerechtigkeit und der ökologischen Nachhaltigkeit ermöglichen. Hierzu sind auf den jeweiligen Ebenen Institutionen und öffentlich-rechtliche Einrichtungen zu schaffen, durch die es auch für die Wirtschaft möglich und sinnvoll wird, ihr Handeln an den Regeln umfassender Nachhaltigkeit und des Gemeinwohls zu orientieren. Das übergeordnete Erfordernis des „Primats der Politik“ muss deshalb mit kooperati-

³⁰ Red.Anm. „Aller“ ginge sicherlich zu weit.

³¹ Quelle: www.footprintnetwork.org/atlas

³² Vgl. Hoimar von Ditfurth in „So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen. Es ist soweit.“

ven Umsetzungsformen „vor Ort“ einher gehen, bei dem die Betroffenen gemeinsam Wege entwickeln, gesellschaftliche Vorgaben auch zum Wohl des Unternehmens umzusetzen.

4.11. Erneuerte Verfassungsordnung

Ziel ist es, die ökonomischen und ökologischen Prämissen einer lebensdienlichen Ökonomie in die Verfassungsordnung unseres Gemeinwesens einzustellen. Diese Notwendigkeit ergibt sich aus der Systematik unseres Rechtssystems, die jede Gesetzgebung an die Verfassung, insbesondere an den Grundrechtskatalog und die Staatsziele bindet. Deshalb sind neben den individuellen und politischen Grundrechten auch wirtschaftliche Grundrechte in der Verfassung als Staatsziele zu verankern - konkret das Nachhaltigkeitsgebot und das Gemeinwohlgebot der Wirtschaft sowie das demokratische Gestaltungs- und ökonomische Teilhaberecht aller.³³ Dieser Prozess könnte durch einen breiten öffentlichen Diskurs mit dem Ziel eines neuen „Gesellschaftsvertrages“ in Gang gesetzt werden.³⁴

III. Exemplarische Handlungsfelder

5. Exemplarische Handlungsfelder einer Solidarischen Ökonomie

5.1. Vorbemerkungen

Auf der Basis der dargelegten Leitvorstellungen und Prämissen sollen in diesem Abschnitt die wichtigsten Handlungsfelder einer solidarischen Ökonomie beleuchtet werden. Damit begeben wir uns auf die Ebene politischer Gestaltung und systemischer **Veränderungen**, also der Veränderungen von Strukturen, Regelwerken und Institutionen.

In diesem Text versuchen wir einen Überblick über mögliche Änderungsschritte zu geben, die zusammen genommen die Wirtschaft auf eine systemisch neue Basis stellen sollen. Um nicht in abstrakten Postulaten stecken zu bleiben, stellen wir dabei auch konkrete Neuregelungen dar. Wir verdeutlichen diese Neuregelungen anhand exemplarischer Zahlen und Umsetzungsbeispielen. Diese sind als Vorstellungshilfen für konkrete Realisierungsmöglichkeiten zu verstehen, deren Umsetzung in einem tatsächlichen Prozess des Umbaus und der Transformation natürlich von den Interessen und der Kreativität der handelnden politischen und gesellschaftlichen Gruppen abhängt.

Genauere Reflexionen sind in den ausführlicheren Texten zu den jeweiligen Handlungsfeldern auf der Homepage der Akademie oder im Einzelausdruck nachzulesen. Natürlich wäre es vermessen, in den einzelnen Handlungsfeldern ein detailliert ausgefeiltes Konzept vorstellen zu wollen. Wir können von der heutigen Ausgangslage her nur die ersten Schritte eines Prozesses aufzeigen und zur Diskussion stellen und darüber hinaus eine mögliche Richtung aufzeigen. All dieses muss so gut und gewissenhaft begründet sein, wie es der jetzige Wissens- und Erkenntnisstand erlaubt. Die tatsächliche Entwicklung muss sich dann aber als ein iterativer Prozess erweisen, dessen Ergebnis wir nicht kennen und der letztlich kein beschreibbares Ende im Sinne eines vorab festgelegten Ziel- oder Idealzustandes hat.³⁵

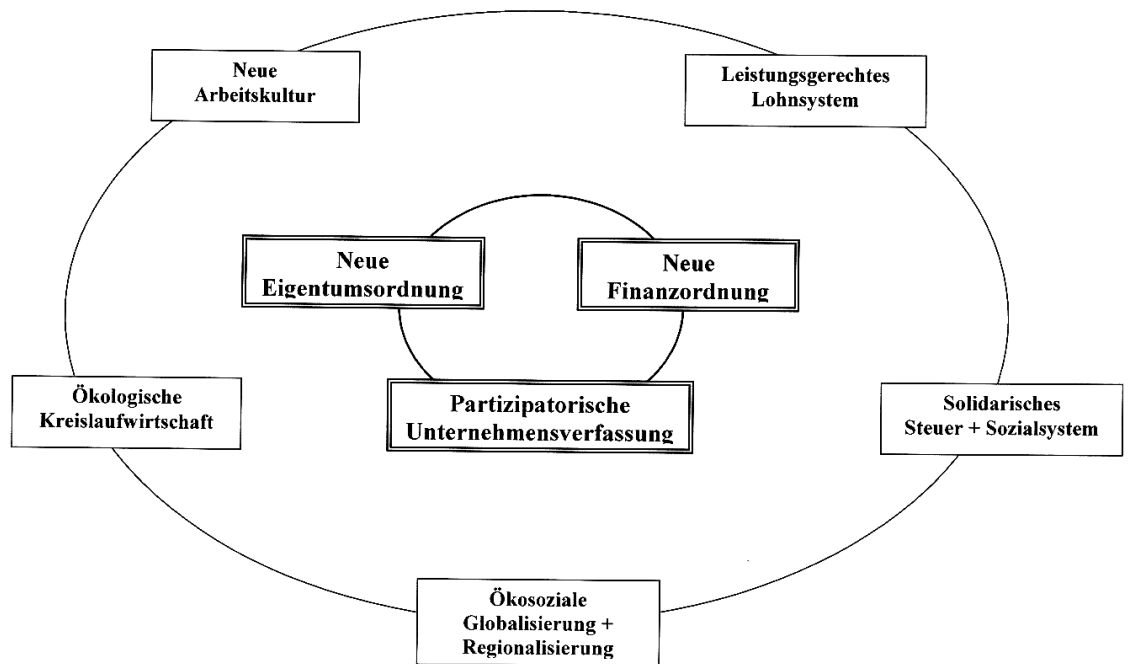
In der folgenden **Grafik** werden im inneren Kreis die drei grundlegenden Bausteine dargestellt: Eine neue Eigentumsordnung, eine neue Finanzordnung und eine partizipatorische Unternehmensverfassung. Sie haben für die Veränderung des ganzen Wirtschaftssystems

³³ Vgl. schon heute den Wortlaut der Bayrischen Verfassung in Art. 151: „Alle wirtschaftliche Tätigkeit dient dem Gemeinwohl.“

³⁴ Der von Jean-Jacques Rousseau 1762 geprägte Begriff des „Gesellschaftsvertrages“ wird in der Diskussion heute aufgenommen, um grundlegend Ziele, Rechte und Pflichten einer lebenswerten und zukunftsfähigen Gesellschaft neu zu definieren; vgl. Joschka Fischer: „Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution“ 1998

³⁵ Vgl. zur entsprechenden Konzeption des „offenen“ Prozesses den Abschnitt „ Transformationsstrategien“

eine Schlüsselfunktion: Sie bedingen einander und mit ihnen gewinnen die Bausteine, die auf dem äußeren Kreis benannt werden, erst ihre systemisch verändernde Wirkung. Die hier angeführten Bausteine beziehen sich zunächst auf ökonomische Teilsysteme, sie erheben nicht den Anspruch auf Vollständigkeit. In einem dritten äußeren Kreis wäre es durchaus sinnvoll, auch für gesellschaftliche Teilsysteme wie Bildung, Kultur, gewaltfreie Konfliktlösung, partizipatorische Demokratie etc. Bausteine hinzuzufügen. Diese gesellschaftlichen Bausteine beeinflussen natürlich auch die ökonomischen Teilsysteme.



In dem folgenden Abschnitt werden wir die einzelnen Bausteine kurz vorstellen, in dem wir zunächst die bestehenden Verhältnisse zu diesem Baustein beschreiben und analysieren. In einem zweiten Schritt skizzieren wir zu dem jeweiligen Baustein unsere Vorstellungen auf der Grundlage der oben vorgestellten Prämissen. Mit diesen Skizzen möchten wir Sie zur Diskussion einladen, ist dies doch der effektivste Weg, das kollektive Wissen aller Leserinnen und Leser zu nutzen und so zu fortwährend sich bessernden Ergebnissen zu gelangen.

5.2 Neue Eigentumsordnung

Analyse:

Nach § 903 BGB beinhaltet Eigentum das Herrschaftsrecht, die Verfügungsgewalt, über eine Sache, wobei nicht nur physikalische Güter sondern auch immaterielle Güter wie geistiges Eigentum, Patentrechte, Software, o.ä. als Sache bezeichnet werden. Grundsätzlich kann eine Sache einem Individuum, einer juristischen Person, einer Gruppe oder auch der Allgemeinheit gehören. Dies ist eine Frage der Eigentumsordnung, durch die letztlich geregelt wird, wer wann welches Gut benutzen oder verbrauchen darf. Die Gesellschaften bedürfen einer allgemein akzeptierten Eigentumsordnung zur Vermeidung sozialer Konflikte.³⁶ Dabei sind innerhalb einer Eigentumsordnung unterschiedliche Eigentums-

³⁶ Jenseits möglicher ethischer Überlegungen zur Eigentumsordnung ist zu bedenken, dass Gemeineigentum, in dem alle über alles entscheiden, zumindest in großen Gesellschaften einen erheblich

formen möglich. Wir wollen an dieser Stelle fünf grundlegende Formen des Eigentums unterscheiden:

- a) Allmende: Naturgüter wie Wiesen, Wälder, Seen usw. werden von Menschen, einer Menschengruppe gemeinsam genutzt und gepflegt. Die Gemeinschaft, die diese Güter nutzt ist auch der Eigentümer.
- b) Selbst erarbeitetes persönliches Eigentum: Die den Menschen umgebende Natur ist nicht sein Eigentum, aber in dem er mit eigener Arbeit erntet oder sich mit Mitteln der Natur ein Werkzeug herstellt usw., ist dieses Ergebnis seiner Arbeit „sein Eigentum“.
- c) Gemeinsam geschaffenes und genutztes Eigentum z.B. Brücken, Straße, Wehranlagen, größere Maschinen usw. sind öffentliches Eigentum.
- d) Verfügbares Eigentum: Eine Eigentumsform, in der ein Fürst, König, Priester o.ä. erhält das Recht erhält, über ursprünglich gemeinsames Eigentum (Land) oder gemeinsam geschaffenes Eigentum (Burgen, Schlösser) zu verfügen. Es wird ihm als sein „Eigentum“ zugesprochen. Aus dieser Form des Eigentums entstanden große Kulturleistungen, es ist aber gleichermaßen mit Sklavenarbeit und einer Vielzahl von Kriegen verbunden.
- e) „Privatisiertes“ Eigentum: Allgemeingut oder von anderen erarbeitetes Gut wird in privates Eigentum umgewandelt. Dies kann durch willkürlichen Rechtspruch, durch Gewalt oder Vorteilsnahme geschehen. („privare“ lateinisch „rauben“, z.B. Land, auch Menschen als Sklaven) Diese Form des Eigentumserlangung wurde wesentlich durch die Römer geprägt („*Ich erkläre, dass es mein ist!*“) und ist Praxis, wenn es bspw. um die Verfügungsgewalt über wertvolle Rohstoffe geht.

Es gibt keine ideale Form des Eigentums, die für jedes Gut gleichermaßen optimal ist. In den kapitalistisch organisierten Industriestaaten wird Privateigentum als Voraussetzung und notwendige Bedingung für die individuelle Freiheit gesehen³⁷. Zudem wird angenommen, dass Privateigentum die Eigentümer motiviert, mit ihren Gütern im besten Sinne wirtschaftlich umzugehen.

Dieser Betrachtung muss man entgegen halten, dass Eigentum in allen kapitalistisch organisierten Gesellschaften extrem ungleich verteilt ist. Dies verursacht nicht nur soziale Probleme, sondern es führt vor allem zu einer erheblichen Machtkonzentration. Eine, für eine moderne Industrienation, übliche Vermögensverteilung, wie die von Deutschland (s. S. 5) weist auf gravierende Einschränkungen der Freiheitsrechte der Mehrheit der Bevölkerung hin.

Güter können ebenso Eigentum einer Gruppe sein. Dies ist der Fall bei der klassischen Allmende, aber auch heute gibt es viele Formen des Gemeineigentums. In jeder Kapitalgesellschaft, in modernen Allmenden, in Genossenschaften, teilt sich eine Gruppe von Menschen Eigentum. Die Formen unterscheiden sich durch die demokratischen Verfahren zur Ausübung der mit dem Eigentum verbundenen Herrschaftsmacht.

Schließlich gibt es zahlreiche Bereiche, die allen Mitgliedern der Gesellschaft zustehen (wie Bildung, Gesundheit, Sicherheit). Die Güter zur Versorgung dieser Bereiche (Gemeingüter) sind sinnvollerweise Eigentum der Allgemeinheit bzw. des Staates.

In den meisten modernen republikanischen Staaten ist das Privateigentum zwar ein Grundrecht, es kann aber durch demokratische Beschlüsse in die Verteilung und das Herrschaftsrecht eingegriffen werden, wenn der Gesetzgeber der Auffassung ist, dass das Herrschaftsrecht die Interessen der Allgemeinheit in einem unzulässigen Maße benachteiligt.

höheren Zeitaufwand bei den notwendigen Informations- und Entscheidungsprozessen erfordert, als Privateigentum, in dem jeder für sich entscheiden kann.

³⁷ Die Legitimation hierzu kann sich auf viele geistige Väter von Aristoteles über Hegel bis zur katholischen Soziallehre berufen.

ligt (vgl. u.a. GG Art.14). Gemäß des zurzeit dominierenden neoliberalen Zeitgeists gibt es in den kapitalistischen Ländern die Tendenz, möglichst alle Güter zu privatisieren. Die spezifisch kapitalistische Problematik des Eigentums liegt in der vollkommenen Privatisierung möglichst aller Güter und der damit verbundenen Machtkonzentration sowie vor allem in dem Recht auf Mehrung des Eigentums. Das Eigentum an privaten Produktionsmitteln (Kapital, Grundstücke, etc.) berechtigt den Eigentümer zur Aneignung des Mehrwertes unabhängig von seiner persönlichen Arbeitsleistung. Der Kapitaleigner hat prinzipiell das Recht, den durch die Produktionsfaktoren Arbeit, Boden und Kapital geschaffenen Mehrwert zur Mehrung seines Eigentums zu verwenden. Dies widerspricht dem Ansatz einer solidarischen Ökonomie.

Vorschläge zur Neuordnung:

Eine solidarische Ökonomie beurteilt die Eigentumsformen (Privat, Kollektiv, Staat) in Bezug auf ihr Potential zum Nutzen des Allgemeinwohls. Die mit dem Privateigentum (auch an Produktionsmitteln) verbundenen Freiheitsrechte und auch die hohe Effizienz (s. Exkurs: Zur Produktivität des Kapitals) führen zu einer grundsätzlichen Bejahung des Privateigentums. Es müssen allerdings die an anderer Stelle genauer beschriebenen systemischen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die dazu führen, dass Privateigentum sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltig eingesetzt wird. Dies gilt in gleicher Weise für kollektives Eigentum und Staatseigentum.

Grundsätzlich können fünf neue Ordnungsstrukturen einer solidarisch gemeinwohlorientierten Wirtschaftsweise benannt werden:

1. **Die Akkumulation des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes in alleinige Privatverfügung der Kapitaleigner wird unterbunden.** Der Mehrwert eines Unternehmens wird nicht allein durch das eingebrachte Kapital des Unternehmers und dessen Eigenleistung geschaffen, sondern ebenso aus den Mitarbeiterleistungen und aus gesellschaftlichen Vorleistungen (Infrastrukturen, Technologien usw.). Diejenigen, die diesen Mehrwert erwirtschaften, sind in die Prozesse zur Verwendung einzubeziehen. Ein Teil des Mehrwerts wird in der Regel für Ersatz- oder Neuinvestitionen verwendet werden müssen. Bilanztechnisch mehrt sich durch den Mehrwert das Kapital, das aber nunmehr nicht ausschließlich Eigentum des Kapitaleigners, sondern Eigentum derjenigen wird, die es geschaffen haben.³⁸ Der Wertanteil des ursprünglich eingebrachten Kapitals sinkt dadurch im Laufe der Zeit und damit sinkt nicht nur das Recht auf die alleinige Aneignung des Gewinns, es wächst auch das Recht der Mitbestimmung und der Gewinnbeteiligung der anderen am Unternehmen Beteiligten. Dieser Sachverhalt soll anhand eines einfachen Beispiels verdeutlicht werden.

Stark vereinfachtes Beispiel für die Verwendung der erarbeiteten Wertschöpfung³⁹

Bilanz im Jahr 1			
Anlagevermögen	70 000,00	Eigenkapital	50 000,00
Umlaufvermögen	30 000,00	Fremdkapital	50 000,00
Summe	100 000,00	Summe	100 000,00

³⁸ Zur Umsetzbarkeit der Forderungen in diesem Abschnitt siehe das Kapitel „partizipatorische Unternehmensverfassung“

³⁹ Zur Erläuterung der verwendeten Begriffe in der Bilanz: Unter Anlagevermögen man bspw. die Gebäude, die Maschinen und den Fuhrpark zusammen. Mit dem Umlaufvermögen ist das Vermögen gemeint, das relativ schnell wieder in Geld umgewandelt werden kann. Hierzu gehören bspw. unfertige Erzeugnisse, ausstehende Forderungen oder das Bankguthaben.

Bilanz im Jahr 2

Anlagevermögen	80 000,00	Eigenkapital	50 000,00
Umlaufvermögen	40 000,00	Erwirtschaftetes Kapital	20 000,00
		Fremdkapital	50 000,00
Summe	120 000,00	Summe	120 000,00

Durch die betriebliche Tätigkeit ist in diesem Fall innerhalb eines Jahres das Vermögen um 20 000,00 Geldeinheiten gestiegen. In einer solidarischen Wirtschaft steht dieser Vermögenszuwachs nicht nur dem Eigenkapitalgeber (den Shareholdern) zu, sondern er wird entsprechend den Regelungen einer partizipatorischen Unternehmensverfassung aufgeteilt. Dieser Prozess führt auf längere Sicht zu einer „Verwässerung“ des ursprünglichen Eigenkapitalanteils und damit zu einem permanent kleiner werdenden Anteil der Eigentumsrechte zugunsten des Anteils der Mitarbeiter oder der Fremdkapitalgeber. Letzteres sind in einer solidarisch organisierten Ökonomie entweder die Zentralbanken oder demokratisch legitimierte Banken.⁴⁰

Die Tendenz zur steigenden Fremdfinanzierung gerade der großen Unternehmen ist ein durchaus gewolltes Merkmal solidarischer Ökonomie. Das Fremdkapital wird durch die Zentralbank zur Verfügung gestellt (=Zentralbankgeldschöpfung) und begründet damit einen Anspruch der Allgemeinheit, in die langfristigen Entscheidungsprozesse des Unternehmens mit einbezogen zu werden. (vgl. hierzu ausführlich das Kapitel zur partizipatorischen Unternehmensverfassung). Mit der steigenden Bedeutung der Fremdfinanzierung ist zu diskutieren, inwieweit es sinnvoll ist, auf die Tilgung der Zentralbankkredite zu verzichten, solange das Unternehmen den Kriterien einer sozialen, ökologischen und ökonomisch nachhaltigen Bilanzierung entspricht. Die entfristete Kreditvergabe wird somit an strenge Kriterien gebunden und das Unternehmen geht das Risiko der Rückzahlung ein, wenn es diesen Kriterien nicht mehr genügt. Durch diese Entfristung des öffentlichen Kredits wird das Fremdkapital dem Eigenkapital praktisch gleichgestellt. Es bleibt dem Unternehmen freigestellt, sich Kapital über neue Anteilseigner oder über die Zentralbank zu beschaffen, beide Varianten können sehr attraktiv sein. Vor allem befreit es die nachhaltig wirtschaftenden Unternehmen von der übermäßigen Abhängigkeit von privaten Kapitalgebern. Die Macht des Kapitalgebers wird durch die nahezu gleichwertige Alternative der öffentlichen Fremdfinanzierung wesentlich eingeschränkt.

2. **Privateigentum an Grund und Boden und allen natürlichen Ressourcen soll wieder in Gemeineigentum übergehen** (Rückeignung zu Gunsten der klassischen Allmende). Sie können durch öffentliche Träger in Pacht verliehen werden (z. B. Erbbaurecht) und können für Eigennutzung, genossenschaftlich bzw. zum Gemeinwohl genutzt werden.

Begründung: Natürliche Güter sind Gaben der Natur (Gottes) an alle Menschen; sie können nicht selbst geschaffen oder erarbeitet werden. Sie sind elementare Grundlage eines jeden Lebens und können darum nicht für kommerzielle Interessen Einzelner der Allgemeinheit entzogen („privatisiert“) werden.

3. **Die Bereiche der Öffentlichen Güter und der Daseinsvorsorge werden entkommerzialisiert, entprivatisiert und in die Trägerschaft öffentlicher Verantwortung gegeben (kommunale, staatliche oder genossenschaftlich gemeinnützige Träger).** Zu diesen Bereichen gehören: Wasser, Abwasser, Energie, Verkehr, Schule und Bildung, soziale und medizinische Versorgung, Versicherungswesen, Verwaltung, Polizei, Justiz, Finanz-

Neue Eigentumsordnung:

1. Grund und Boden ist Gemeineigentum
2. Öffentliche Güter der Daseinsvorsorge entkommerzialisiert und in Trägerschaft öffentlicher Verantwortung
3. Kapitalverwässerung führt zu geringerem Einfluss des Kapitals in Wirtschaftsräten

⁴⁰ Siehe hierzu die Ausführungen in dem Kapitel „Finanzordnung“

dienstleistungen (Banken), große Kulturgüter u. ä. (moderne Allmende).⁴¹
Begründung: Diese Güter dienen unmittelbar dem Gemeinwohl und haben der Grundsicherung des Lebens aller zu dienen; sie sind zu erschwinglichen Preisen einem jeden zur Verfügung zu stellen und werden darum dem Profitstreben der Privatwirtschaft entzogen.⁴²

Damit wird der Markt mit seinem freien Wechselspiel von Angebot, Nachfrage und Preisen in die Bereiche zurückverwiesen, in denen er seine wirtschaftlich belebende Funktion haben soll: Im Handel mit materiellen Gütern und Dienstleistungen, die über die Grundsicherung menschlichen Lebens hinausgehen.

4. **Geld ist öffentliches Eigentum.**

Das bedeutet, keine private oder juristische Person kann aus dem Besitz von Geld, Eigentumsrechte z.B. in Form von Zinsen ableiten.⁴³ Leistungslose Gewinne durch Abschöpfung anderer Leistung sind nicht möglich.

5. **Nutzungsbestimmtes Eigentumsrecht**

Schließlich stellt sich bei allen Formen des Eigentums die Frage nach der Dauer dieses Rechts und der damit verbundenen Verfügungsgewalt. Ist es nicht sinnvoll, das Verständnis eines „ewigen Eigentums“ zu Gunsten eines „Nutzungsbestimmten Eigentumsrechtes“ zu erneuern? Der ursprüngliche Eigentümer würde im Zeitverlauf seine Eigentumsrechte verlieren, wenn er sein Eigentum selbst nicht nutzt, bzw. selbst mit ihm nicht arbeitet, sondern dies andere Nutzer, Besitzer tun (Land, Immobilien u.ä.). Macht kann in einem demokratischen Staat nicht endlos verfügbar und vererbbar sein. Hier sind gesetzliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die nicht nur eine unkontrollierte Machtanhäufung, sondern auch eine Perpetuierung der Macht über Generationen verhindern. Privateigentum über einen bestimmten Freibetrag hinaus, das nicht selbst genutzt wird, kann in der Logik der solidarischen Ökonomie nicht vererbbar sein, es sei denn das Privateigentum wird selber genutzt (das selbst bewohnte Haus, das selbst geführte eigene Unternehmen, etc.)

5.3. **Neue Finanzordnung**⁴⁴

Analyse

Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist in den letzten Jahren durch ein Zurückdrängen der direkten Waren-Geld-Beziehung (W-G-W') zugunsten eines zunehmenden Handels Geld gegen Geld (G - G' - G'') gekennzeichnet. Geld vermehrt sich durch Geld, ohne einen Bezug zur realen Wertschöpfung zu haben. Diese Selbstbezüglichkeit des Geldes muss irgendwann zu einem Kollaps des ökonomischen Systems, in dem es um die Herstellung und Bereitstellung von Gütern und Dienstleistung geht, führen.

Der Handel von Geld gegen Geld beruht auf dem Prinzip der Verschuldung und der damit zu zahlenden Zinsen. Der Geldempfänger (Schuldner) begibt sich in eine Schuld gegenüber dem Geldgeber (Gläubiger) und zahlt hierfür den Preis in Form des Zinses. Bei der heute üblichen hohen Kreditfinanzierung der wirtschaftlichen Aktivitäten wird der Zins durch einen neuen Schuldvertrag (plus Zinsen) finanziert. Dies muss zu einem exponentiellen Anwachsen der Geldabgaben des Schuldners durch den Zinseszinsseffekt führen. Dramatisch wird dies vor dem Hintergrund der prinzipiell „ewigen“ Laufzeit der Zinsbelas-

⁴¹ Vgl. dazu bei Felber „Demokratische Allmende“ in „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 76ff.

⁴² Grundlegendes Ausführungen zu Gemeingüter bei Silke Helfrich: „Wem gehört die Welt“, 2009, S.24ff.

⁴³ Siehe hierzu die Ausführungen in dem Kapitel Finanzordnung

⁴⁴ Vgl. hierfür vor allem den ausgeführten Baustein „Das bestehende Geldsystem und der Finanzkapitalismus - Überlegungen zu einem Geldsystem für eine solidarische Ökonomie“

tung, wenn der Kredit nicht getilgt wird oder der Schuldner ihn nach zwischenzeitlichen Tilgungen wieder auf seine ursprüngliche Höhe bringt (Revalutierung).⁴⁵ Die Folge dieses Grundprinzips ist, dass die „Schere“ zwischen Schuldner und Gläubiger sich immer weiter öffnet und der Kreditgeber einen immer höheren Anteil an der Wertschöpfung des Kreditnehmers auf seine Konten buchen kann. Je nach Laufzeit und Zinshöhe kann dies auf ein Vielfaches des ursprünglichen Kredits anwachsen.⁴⁶

Bisher ist noch ein „realwirtschaftlicher“ Vorgang der Wertschöpfung impliziert, aus der die Zinsen „bedient“ werden. Doch schon hier zeigt sich, dass das Anwachsen der Buchwerte der Wertschöpfung permanent „vorausleilt“: Das Fremdkapital ist zum einen auf der Schuldnerseite sofort verfügbar. Auf der Gläubigerseite steht es zum anderen als kommende Einnahme in den Büchern, deren Summe je nach Zinssatz nach ca. 10 bis 20 Jahren das Doppelte des verliehenen Geldes ausmacht.

Der moderne Finanzkapitalismus bringt diesen Mechanismus der Aneignung immer größerer Anteile der Wertschöpfung auf eine neue Stufe: Investiert wird nicht länger in konkrete Unternehmen und Projekte – dies ist die ursprüngliche Rolle der „Geschäftsbanken“ – sondern in Kapitalfonds, deren Zweck darin besteht, maximale Verwertungschancen eines von jeder weiteren Zweckbindung freigesetzten Kapitals zu finden und zu nutzen. Dies ist das Geschäft der ursprünglichen Investmentbanken, die heute zum Bestandteil aller großen Geschäftsbanken geworden sind.⁴⁷

Der spekulative Geldhandel der modernen „Finanzindustrie“ mit ihren neuen „Finanzprodukten“, den Hedgefonds, dem Derivat Handel, dem Handel mit Leerverkäufen, den Währungsspekulationen, dem spekulativen Rohstoff- und Nahrungsmittelhandel usw. ist ein ins Extrem gesteigerter globaler Aneignungsmechanismus⁴⁸, der im Kern auf der „automatischen“ Kapitalmehrung in Folge des Zinsprinzips basiert. Die hier weltweit gehandelten spekulativen Geldmengen liegen schon lange weit über allen in der Realwirtschaft gebrauchten und gehandelten Gegenwerte. Allein das Volumen der an den Börsen gehandelten Finanzderivate übertraf im Jahr 2008 mit 2,2 Billionen US-Dollar das Weltbruttosozialprodukt (55 Billionen US-Dollar) um das 40-fache.⁴⁹ Die Finanzkrise von 2008 ff. zeigt, dass diese Loslösung des Geldhandels von der Realwirtschaft ganze Volkswirtschaften und Staaten in den Ruin treiben kann.

Diese sich immer weiter hochschaukelnden Mechanismen der zinsbasierten Verschuldungsökonomie haben die Gefahr eines vollständigen globalen Zusammenbruchs heute akut und real werden lassen. Sie eröffnen darüber hinaus avancierten Betrugsmöglichkeiten, die durch die „Konstruktion“ erfindungsreicher („innovativer“) Finanzprodukte zu infamer Perfektion getrieben werden.

Eine **solidarische Ökonomie** will die Abschöpfungs-, Aneignungs- und Bereicherungsfunktionen des Finanzsystems sowie die selbstbezügliche Funktion des Geldes überwinden und das Geld wieder zu seiner produktiven und lebensdienlichen Funktionen zurückführen.

⁴⁵ Gerade bei wachsenden Unternehmen ist die Revalutierung von Krediten ein übliches Mittel, da mit dem Wachstum der Kreditbedarf eher steigt als sinkt und die zwischenzeitlichen Tilgungen die „Kapitaldienstfähigkeit“ des Unternehmens gezeigt haben.

⁴⁶ Auch jeder Hauseigentümer weiß, dass er seinen Kredit selbst bei planmäßiger Tilgung in der Regel in doppelter Höhe an die Bank zurückzahlen muss. Ein Hausbesitzer, der bspw. 100 000,00 € aufnimmt (Zinsen 5%/Anfangstilgung 2%) hat nach 25 Jahre, wenn der Kredit getilgt ist, knapp 80 000,00 € nur Zinsen an die Bank gezahlt.(eigene Berechnungen)

⁴⁷ Die Verflechtung der unterschiedlichen Funktionen der Unternehmensfinanzierung und des Investmentbanking wieder aufzulösen und die Banken entsprechend zu entflechten, gehört zu den konkreten Schritten heute diskutierter Finanzmarktreformen.

⁴⁸ Hier kann grundsätzlich von einem „Aneignungsmechanismus“ gesprochen werden - aber nicht immer von einem „Abschöpfungsmechanismus“, da „Abschöpfung“ reale Wertschöpfung voraussetzt, was oft gar nicht mehr gegeben ist. Angeeignet werden dann künftige Verpflichtungen Dritter, Schulden zu begleichen (was als Letztbürgen in der derzeitigen Praxis die Staaten übernehmen).

⁴⁹ BIZ / Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (2009): BIS Quarterly Review, März 2009. Vgl. auch Basisinformation Attac vom 19.11. 2008.

In einer solidarischen Ökonomie wird Geld als ein wichtiges Instrument des Wirtschaftens aber nicht als Ware genutzt. Geld ist in diesem Sinne v.a. ein vorzügliches Tauschmittel und ein allgemein anerkannter Wertmaßstab. Darüber hinaus bleibt es jedermann freigestellt Geld aufzubewahren, um es zu einem späteren Zeitpunkt als Tauschmittel zu verwenden. Geld kann in einer solidarischen Ökonomie auch als „Kapital“ im Sinne der Vorfinanzierung künftiger Leistungen genutzt werden, damit sind allerdings keine Rechte auf eine Gewinnzuteilung oder Verzinsung verbunden. Die Verwendung des Kapitals wird letztlich die Gesellschaft entscheiden müssen

Dabei ist die Vergesellschaftung des Kapitals nicht gleichzusetzen mit der „alten“ Forderung der sozialistischen Arbeiterbewegung nach einer „Vergesellschaftung der Produktionsmittel“. Vielmehr wird die Vielgestaltigkeit privater, genossenschaftlicher, öffentlicher und staatlicher Eigentumsformen vor dem Hintergrund eines sozialisierten Kapitals als Kennzeichen einer „pluralen“ solidarischen Wirtschaftsstruktur angesehen.

Vorschläge zur Neuordnung

1. Reform des Schuldgeldzinses

Ein Geld- und Finanzsystem, das sowohl die Effekte des „abgekoppelten“ Kapitalwachstums als auch die leistungslosen Aneignungs- und Bereicherungseffekte überwindet, muss zunächst zwei grundlegende Fälle unterscheiden:

- a) Die Anlage von Rücklagen oder Ersparnissen, die aus realer und somit schon erfolgter Wertschöpfung resultieren, also die Anlage von *Realgeld* und
- b) Die Aufnahme von neuem und „geschöpftem“ Geld, das künftige Wertschöpfungen finanzieren soll, also die Aufnahme von *Schuldgeld*.

Eine wesentliche Fehlfunktion des heutigen Geld- und Finanzsystemssystems besteht darin, Schuldgeld, dessen Gegenwert erst noch erarbeitet werden muss, mit einem Zins zu belegen, der 1. einen zusätzliche, nicht im ursprünglichen Bedarf begründete Wertschöpfung erforderlich macht und der 2. diesen zusätzlichen Anteil einem externen Akteur, nämlich dem Kapitalgeber übereignet.

In der Lehre kommt dem Zins als Preis für das geliehene Geld die Aufgabe der Allokation zu. Das heißt, das Geld, bzw. der Kredit fließt dorthin, wo die erwartete Wertschöpfung höher ist als die notwendige Tilgung und die Zinsbelastung. Entscheidend für die Kreditaufnahme ist also die Höhe Zinses im Vergleich zu den Zukunftserwartungen. In der Konsequenz ist gerade in Wachstumsphasen ein außerordentlich hohes Wachstum der Kreditsummen zu beobachten. Eine effektive Tilgung von Kreditvolumina kann volkswirtschaftlich gesehen gar nicht stattfinden. In der Praxis ist sogar eine sich beschleunigende Aufblähung zu konstatieren.

Das zinsbasierende System der Investitionsfinanzierung ist deshalb grundlegend auf das Kriterium der Tilgung umzustellen. Dies schließt die gleichzeitige Erhebung von Zinsen aus, da diese für den dem Kapitalgeber oder –Vermittler gegenüber Tilgungen von Vorteil sind.

Um dies zu erreichen, kann der übliche Zins durch eine einmalige **Kreditgebühr**⁵⁰ ersetzt werden, die vom Kreditnehmer (oder einem Dritten) als Entgelt an die kreditvermittelnde Stelle - also in der Regel an die Bank - gezahlt wird. Damit entfällt das exponentielle Wachstum der Zinsschuld.

Die Kreditgebühr ist dabei kein „Preis“, der sich am Markt bildet und auch keine Risikoprämie. Die Gebühr ist stattdessen die finanzielle Gegenleistung, die die kreditausgebende

⁵⁰ Die Höhe der Kreditgebühr ist abhängig von der Inflationsrate, der aktuellen Knappheit des Geldes und ggf. der Laufzeit des Kredits. Sie kann von der Zentralbank also durchaus als Instrument zur Konjunktursteuerung eingesetzt werden.

Stelle für ihre Aufwendungen der Bonitätsprüfung⁵¹, der Prüfung des Investitionsvorhabens und der technischen Abwicklung sowie Verwaltung des Kredites enthält. Das Risiko des Kreditausfalls kann in dieser Gebühr ebenfalls enthalten sein. Der Kreditmittler müsste in diesem Fall verpflichtet sein, Rücklagen bei der Zentralbank für ausfallende Kredite zu bilden.

Grundsätzlich werden Schuldner nicht aus der Tilgungspflicht entlassen. Kann ein Schuldner einen Kredit nicht zahlen, muss er in einem geregelten Verfahren (Insolvenzrecht) für die Tilgung sorgen. Kann der Kreditgeber das Geld nicht zurückerhalten, muss er auf seine Zentralbankrücklagen zurückgreifen, ist auch dieses erfolglos, zahlt letztlich die Allgemeinheit im ungünstigsten Fall durch eine steigende Inflationsrate den Kreditausfall.⁵²

Eine solche Neuordnung setzt die konsequente Betrachtung neu geschöpften, also „*ex nihilo*“ geschaffenen Geldes als „öffentliches Kapital“ voraus, also als Kapital, das der Allgemeinheit, aus deren Hand es geschaffen wurde, gehört und das entsprechend nur treuhänderisch, nicht aber zu Erzielung eigenständiger, von Zwecken freigesetzter „Kapitalrenditen“ eingesetzt werden darf. Wo immer solche Anfallen, stehen sie im Falle öffentlichen Kapitals der Allgemeinheit zu, die auch die Entlohnung der „Treuhänder“ und festlegt sowie das Maß ihrer Unabhängigkeit (evtl. vergleichbar der von Richtern).

2. Anlageformen von Realgeld und Realkapital

Unter den derzeit weltweit umlaufenden Kapitalien befinden sich Einlagen, Rücklagen oder Ersparnissen, die aus realer und somit schon erfolgter Wertschöpfung resultieren, also durch Leistung schon gedecktes *Realgeld*.⁵³

Im Zuge einer Geld- und Zinsreform mit genannter Zielsetzung gibt es hierfür, was **Spareinlagen** betrifft, im wesentlichen zwei Alternativen:

- a) Für Spareinlagen gibt es keinen Zins; die kostenlose, diebstahlsichere und für Überweisungen verfügbare Sparmöglichkeit muss dann ausreichende Gegenleistung für das Deponieren von Geld auf den Banken sein.⁵⁴ Die Gefahr, die hierbei besteht, ist das Entstehen „grauer“ oder „schwarzer“ Geldmärkte, die Grundlage einer neuen Form der Schattenwirtschaft werden.
- b) Die Verzinsung von Spareinlagen wird als Privileg öffentlicher Geldinstitute behandelt. Diese gleichen den Zinssatz an die durch die Zentralbank gesteuerte Inflationsrate an, um ein stärkeres Wachstum des Kapitals gegenüber der realen Wirtschaftsleistung zu verhindern. Auch hier gibt es die Gefahr der Schattenmärkte, die hier aber relativ kleiner ist, da der „legale“ Anleger hier auch ohne Realzinsgewinne viele Vorteile genießt.

Bei der Geldanlage zur Finanzierung von Unternehmen stellt sich eine Neuordnung schwieriger dar, da ein prinzipieller Anreiz solcher Investitionen bzw. Kapitaleinlagen ein konstitutives Element privaten Unternehmertums ist.

⁵¹ Hier sind Richtlinien zur Bonitätsprüfung notwendig. Um dem Kreditvermittler einen Anreiz für eine sorgsame Prüfung zu geben, kann es sinnvoll sein, dass ein Teil der Gebühren erst nach Abschluss der Tilgung fällig wird.

⁵² In diesem Fall steigt die Geldmenge ohne einen realen Gegenwert, was zu einer Geldentwertung beiträgt.

⁵³ Die heutigen liquiden oder liquidierbaren Mittel, sind allerdings in einem Maße ungleich verteilt das nicht aus den Unterschieden tatsächlicher menschlichen Leistungen resultieren kann. Dem ist so, weil sie „ihren Anteil“ an des historischen Folgen des Kreditzinsregiments enthalten, der alle Unterschiede wie auch die vorhandene Geldmenge in wenigen Jahrzehnten vervielfachend „aufbläht“. Das „Realgeld“ ist vom „Blähgeld“ deshalb praktisch kaum zu unterscheiden.

Um eine Abgrenzung und systematische Behandlung zu ermöglichen, wird es deshalb zu einem großzügig so genannten „Realgeld“ zusammen gefasst, das vom „Schuldgeld“, das nur öffentlich geschöpft werden darf, unterschieden wird.

⁵⁴ Nach dem Modell der „Demokratischen Banken“ bei Christian Felber in „Gemeinwohl-Ökonomie, S. 50 ff.

Hier sind dennoch Formen möglich, die den nominellen Kapitalzins vermeiden und sich an Formen des **Islamic Banking** anlehnen können, die das Zinsinstrument bekanntlich in langer Tradition erfolgreich ausschließen. Investive Geldanlagen können dabei keinen „festen Zins“ beanspruchen, sondern begründen ein Mitentscheidungsrecht bei wichtigen unternehmerischen Entscheidungen. Hierzu zählt dann ggf. auch die Beteiligung am Unternehmenserfolg.⁵⁵

Andere Varianten für die Überwindung des Abschöpfungsmechanismus des Zinses sind dessen **Linearisierung** (jährliche Abschwächung des Zins bis auf 0) oder konsequenter die Besteuerung liquider Guthaben (Liquiditätsabgabe nach Gesell, Keynes u. a.).⁵⁶

3. Reform des Bankwesens

Banken, die kreditiertes Zentralbankgeld, also „Schuldgeld“ ausgeben, sind als öffentliche Einrichtungen des Gemeinwesens oder deren Treuhänder zu organisieren. Darum sollten sie auf ihre gemeinnützige Dienstleistungsfunktion in Verantwortung der Öffentlichen Hand zurückgeführt werden: auf die Aufbewahrungsfunktion, auf die Maklerfunktion zwischen Spareinlagen und Krediten ohne Gewinnabschöpfung für die Bank und auf die gemeinwohlorientierte Allokationsfunktion⁵⁷. Die betriebswirtschaftlichen Aufwendungen werden wie dargelegt aus den Kreditgebühren aufgebracht. Die Mitarbeiter der öffentlichen Banken sind Angestellte mit festen tariflichen Gehältern ohne Boni wie in anderen Verwaltungsbehörden. Öffentliche Banken gibt es auf regional-kommunaler Ebene und auf Länderebene. Darüber hinaus kann es genossenschaftliche Banken und dem Gemeinwohl treuhänderisch verpflichtete Privatbanken geben.⁵⁸ Das Recht zur Geldschöpfung liegt allein bei der Zentralbank. Die bislang praktizierte Geldschöpfung durch die Geschäftsbanken ist nicht mehr möglich.⁵⁹

4. Verbot jeden spekulativen Geldhandels und direkte Risikoversicherung der Wirtschaft ohne Geschäfte Dritter

Das Grundprinzip eines solidarwirtschaftlichen Geldwesens liegt darin, Geld nur mehr als Instrument, nicht aber als Ware einzusetzen. Entsprechend sind spekulativen Geldprodukten, „gehebelten derivativen Instrumenten“, dem Handel mit gedeckten oder ungedeckten Leerverkäufen („setteled und unsetteled shortselling“), spekulativen Wetten auf fallende oder steigende Kurse (Optionsscheinhandel) von Wertpapieren, Währungen oder von Preisen für Rohstoffe und Nahrungsmittel - also der bekannten und berüchtigten Palette des „modernen“ Investment Banking - die Zulassung zu entziehen. Dies gilt auch für sogenannte Hedgefonds.

Dem Bedürfnis der Wirtschaft nach einer Absicherung typischer Risiken soll statt dessen durch direkte Versicherungsbeziehungen – also z.B. Versicherungen gegen einen Preis- oder Devisenkursanstieg bis zum Kaufdatum oder einen Preisverfall bis zum Lieferdatum – nachgekommen werden. Auch dabei wird gegen eine Prämie an das Unternehmen Ersatz geleistet. Es müssen dann aber die Prinzipien gelten, dass a) mit dem Versicherungsschein nicht gehandelt werden darf und b) die Versicherung nur vom betroffenen Akteur und einem zugelassenen Versicherer abgeschlossen werden darf. Eine Situation, wie sie bei den sog. „Credit Default Swaps“ (CDS) auftritt, in der ein völlig unbeteiligtes Investmenthaus eine Wette auf den Kreditausfall zwischen zwei anderen Parteien abschließen

Neue Finanzordnung:

1. Überwindung der Zinsabschöpfung durch Kreditgebühr bzw. Linearisierung des Zins
2. Banken in reiner Dienstleistungsfunktion ohne Gewinnabschöpfung

⁵⁵ vgl. hierzu die Ausführungen in dem Abschnitt zur partizipatorischen Unternehmensverfassung

⁵⁶ Eine differenzierte Diskussion dieser Modelle ist dem Baustein zur Finanzordnung nachzulesen.

⁵⁷ Allokation meint Verteilung, auch Hinfließen des Geldes, wo es der Wirtschaft am besten dient.

⁵⁸ So das Modell der „Demokratischen Banken“ bei Christian Felber in „Gemeinwohl-Ökonomie, S. 50 ff.

⁵⁹ Dies kann z.B. durch eine 100% Mindestreservepflicht der Banken umgesetzt werden.

kann, um bei eintretendes Schadens daran zu verdienen, muss als sittenwidrig und illegal juristisch vollständig ausgeschlossen werden.

Bei einem Verbot jeglicher Geldspekulation und jeglichen Handels mit Schuldtiteln wäre die Börse „nur“ noch ein Ort, an dem tatsächliche Unternehmensanteile gehandelt werden, die Devisenbörse der Ort, an dem sich tatsächliche Wechselkurse bilden und Rohstoffbörsen der Ort, an dem sich entsprechende Marktpreise für Grundstoffe oder Nahrungsmittel bilden.

Ein „Investmentbanking“ wäre an Börsen dann nicht mehr möglich und diese würden einen Großteil ihres Umsatzes verlieren.

Als Weg der Eigenkapitalbeschaffung würden die Börsen aber auch in einem gemischten markt- und solidarwirtschaftlichen System ihre Funktion behalten. Die für die Realwirtschaft nötigen Kapitalbeschaffungen können zwar auch für Großunternehmen und im internationalen Bereich durch Großbanken bzw. Zentralbanken mit dem beschriebenen Kreditverfahren wahrgenommen werden, doch solange auch Eigenkapital in der Wirtschaft eine Rolle spielt bzw. spielen soll, sind Börsen – reduziert auf ihre Rolle als Handelsplatz von Anteilen – notwendig und sinnvoll.

Die Allokation des Geldes kann in dem System einer solidarischen Ökonomie nicht vollständig durch eine Investitions- und Steuerpolitik des Staates also durch öffentliches Fremdkapital geschehen. Eigenkapital ist für die meisten Unternehmensformen ein probates Mittel, die eigene Situation unbürokratisch zu verbessern und Wege der kollektiven Selbsthilfe zu erschließen. Anders kann die Frage der Feststellung von Wechselkursen gesehen werden. Dies kann durch das Zusammenwirken von Zentralbanken geschehen. Hierfür könnte der Vorschlag von John Maynard Keynes hilfreich sein: Die Schaffung eines „Globo“ als internationaler neutraler Verrechnungseinheit, mit dem internationale Geschäfte verrechnet und an dem die Wechselkurse der Nationen oder Regionen gemessen werden.⁶⁰

5. Einführung eines dualen Geldsystems

Regionale Währungen und global-konvertible Währungen können sich einander ergänzen: Regionale Währungen können sofort als reines zinsfreies Tauschäquivalent für Waren und Leistungen in der jeweiligen Region fungieren. Sie haben gegenüber den globalisierten Zentralwährungen eine die Regionalwirtschaft schützende, stärkende und belebende Funktion. Die konvertiblen Landeswährungen dienen dabei weiter dem überregionalen und globalen Handel und bedienen die Spar- und Kreditnotwendigkeiten.

Diese utopisch anmutenden Vorschläge liegen nicht so weit von der Realität entfernt, wie es scheint: Gemeinnützige, nicht abschöpfende Genossenschaftsbanken gibt es schon, z. B. die GLS-Bank; es gibt regionale zinsfreie „Komplementärwährungen“ bzw. ein „Regio-Geld“ neben den üblichen Landeswährungen, es gibt Leihgemeinschaften, die weitgehend auf einen Kreditzins verzichten, es gibt Tauschwährungen, Zeitbanken u. ä.. Alle diese Anfänge sind Ausdruck und Experimentierfelder von alternativen Geldsystemen. Mit den skizzierten Veränderungen des Geldsystems wären noch nicht alle kapitalistischen Abschöpfungsmechanismen überwunden, aber wohl entscheidende Weichen gestellt.

6. Sofort-Schritte zur Finanzmarktkontrolle und zur Dämpfung der Spekulation

Die Steuerung ganzer Volkswirtschaften über die Vorgänge an hoch volatilen Wertpapiermärkten und die Potenzierung der Volatilität – also der Kursausschläge – durch vielfache Effekte systematischer und mit Finanzmarktinstrumenten bewehrter Spekulation macht die Politik zum Handlanger und Reparaturbetrieb des Finanzsystems.

⁶⁰ Felber S. 58ff.

Um überhaupt wider eigenständig gestaltungsfähig zu werden, sind eine Reihe von Sofort-Maßnahmen erforderlich, um a) die Finanzmärkte zu kontrollieren und dabei in ihren Möglichkeiten effektiv zu begrenzen und b) die Instrumente, die durch systematische Spekulation die Volatilität erhöhen, so weit als möglich aus dem Markt zu nehmen.

Die Bewegungen der Wertpapiermärkte stellen für jede konjunkturelle Entwicklung einen „prozyklisch“ verstärkenden Effekt dar und sind oft sogar *Auslöser* von Rezessionen oder eines folgenden Booms (oder umgekehrt). Im Sinne des volkswirtschaftlichen Prinzips der „antizyklischen Globalsteuerung“⁶¹ sind diese Bewegungen prinzipiell zu dämpfen, um die volkswirtschaftlichen Konjunkturen und Zyklen wieder primär wirtschaftspolitisch steuern zu können.

Ein praktischer Maßnahmenkatalog kann heute etwa wie folgt aussehen:

- Trennung von Geschäftsbanken und Investmentbanken
- Zentralbankmonopol der Geldschöpfung
- Demokratische Kontrolle der Zentralbanken
- Verbot von Leerverkäufen („Shortselling“) und dem Handel mit Kreditausfallversicherungen
- Transparente Kontrolle von Hedge-Fonds und Derivaten
- Generelle Begrenzung der Boni und Verbot kurzfristiger („prozyklischer“) Boni
- Erhöhung der notwendigen Eigenkapitalquoten und der Mindestreservesätze für Geschäftsbanken
- Einrichtung öffentlich-rechtlicher Rating-Agenturen
- Finanztransaktionssteuern, um sowohl „große“ als auch „schnelle“ Spekulationen mit ihren prozyklischen Effekten zu erschweren und Mittel zu Kompensation der Schäden zu gewinnen.
- Ein öffentlicher Kredit- und Schulden-Audit, durch den die Ursachen der Verschuldung von Ländern, gegen die an den Finanzmärkten spekuliert wird, transparent werden.

Diese Überlegungen und Vorschläge bringen – das muss hier betont werden – kein neues und solidarisches Geld- und Finanzsystem hervor. Es sind nur Reparaturen, die das bestehende System in seinen Auswirkungen mildern und zum Teil destruktive Effekte auch korrigieren können, aber am Kardinalfehler der Selbstbezüglichkeit des Geldes und der darauf aufgebauten Strukturen grundsätzliches ändern.

5.4. Partizipatorische Unternehmensverfassung und genossenschaftliche Wirtschaftsweise

Analyse

Das private Unternehmertum hat den nicht zu unterschätzenden Vorzug, im Wirtschaften zu einer hohen Eigeninitiative, Innovation und Kreativität zu führen. Darum ist es zu schützen und zu fördern.

Dennoch muss die Frage der Kapitalakkumulation gelöst werden. Die mehrfach zitierte Formel von der „*Akkumulation des gemeinsam geschaffenen Mehrwertes in alleiniger Privatverfügung der Kapitaleigner*“ entspricht zwar ganz dem Prinzip und Bestreben kapitalistischer Wirtschaftsweise, wird aber genau genommen bereits durch die Regeln der Sozia-

⁶¹ Dieses Prinzip den „Aufschwung“ oder „Boom“ zu dämpfen und den „Abschwung“ oder die Rezession abzufedern war bis zum Beginn der neoliberalen Welle Anfang der 80er Jahre und in Deutschland noch bis weit in die 90er Jahre hinein Grundlage staatlicher Wirtschaftspolitik. Erst die Paradigmen der „New Economy“ haben extreme Wachstumsraten als etwas positives dargestellt und zu den unvermeidlichen Gegenbewegungen das Investmentprinzip formuliert „aus jeder Marktbewegung profitieren“ zu können.

len Marktwirtschaft eingeschränkt. Die moderne Betriebswirtschaftslehre hat darüber hinaus erkannt, dass Mitarbeiter, die sich ausgenutzt und bevormundet fühlen, wesentlich unproduktiver arbeiten, als Mitarbeiter, die sich gerecht behandelt fühlen. In einigen Unternehmensführungen gibt es aus dieser Erkenntnis heraus Ansätze einer „Corporate Governance“ (ethisch und sozial verantwortliche Unternehmensführung). Im Idealfall ist hier ein Mitwirken aller am Unternehmen Beteiligten und vom Unternehmen Betroffenen, der sog. „Stakeholder“ vorgesehen. Neben den Kapitaleignern und der Geschäftsführung sind dies die Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten und Vertreter der Öffentlichkeit.

Diese Ansätze bleiben allerdings systemimmanent. Sie dienen in aller Regel der weiteren Profitsteigerung des Unternehmens. Der Wachstumszwang und das Konkurrenzprinzip lassen den Unternehmen auch keine Wahl. Das Deutsche Aktiengesetz verpflichtet die Gesellschaften, eine möglichst hohe Rendite für die Anlieger zu erwirtschaften.⁶² Das „Shareholder-Prinzip“, das Prinzip der Kapitalanlage mit den höchsten Profiten, dominiert vor allem die Großunternehmen.

Vorschläge zur Neuordnung

Ein grundlegend neuer Ansatz der Unternehmensverfassung ist ein zentraler Punkt für eine solidarische, am Gemeinwohl orientierte, Ökonomie, dabei muss sich die neue Unternehmensverfassung an den folgenden Kriterien messen lassen:

- Sie muss gewährleisten, dass keine Gruppe so viel Macht erhält, dass sie die wesentlichen Entscheidungen des Unternehmens in ihrem Sinne dominieren kann. Konkret dürfen die Kapitalgeber nicht das selbstverständliche Recht für sich beanspruchen, den erwirtschafteten Gewinn allein unter sich aufzuteilen. Die fortwährende Akkumulation des Kapitals in alleiniger Privatverfügung der Kapitalgeber muss beendet werden.
- Sie muss den Leitvorstellungen einer gemeinwohlorientierten und nachhaltigen Ökonomie entsprechen. Unternehmerisches Handeln muss sich an drei gleichgewichtigen Zielvorstellungen orientieren:
 - **Ökonomische Nachhaltigkeit**, d.h. die Möglichkeit, den Wertschöpfungsprozess dauerhaft und auch für kommende Akteure und Generationen aufrecht zu erhalten.
 - **Soziale Nachhaltigkeit**, d. h. die Aufrechterhaltung von Lebens- und Teilhabechancen auch für kommende Akteure und Generationen, durch den ökonomischen Prozess.
 - **Ökologische Nachhaltigkeit**, d. h. die dauerhafte Aufrechterhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens und der Wirtschaft auch für kommende Akteure und Generationen.
- Sie muss Rahmenbedingungen und Anreizsysteme zur Verfügung stellen, die es ermöglichen, dass alle an der Produktion beteiligten Menschen (auch die Kapitalgeber) in ihrer Tätigkeit eine Sinnerfüllung finden können, sie sich also aus eigenem Interesse heraus (intrinsisch) für die Belange ihres Unternehmens engagieren.

Wir versuchen, uns diesen Ansprüchen durch das Konzept einer **partizipatorischen Unternehmensverfassung** zu nähern. Die partizipatorische Unternehmensverfassung beinhaltet vier Kernelemente, die im Folgenden kurz vorgestellt werden:

1. Die Ausweitung der Bilanzierung auf soziale und ökologische Kriterien:

Die Unternehmen werden durch den Gesetzgeber verpflichtet, neben den finanzwirtschaftlichen auch vorgegebene ökologische und soziale Bilanzkriterien und Kennzahlensysteme einzustellen. (Hier gibt es bereits differenzierte Verfahren.) Durch unterschiedliche Anreize und Förderungen (Steuern, Kreditkonditionen, öffentlicher Auftrag, Zölle u. ä.) wird die Realisierung dieser Kriterien belohnt oder im Negativfall „bestraft“. Damit wird die unternehmerische Erfolgsrechnung auf eine breitere Basis gestellt und durch marktkonforme Anreizmechanismen konsequent in Richtung ökonomischer, öko-

⁶² Gerhard Scherhorn „Geld soll dienen, nicht herrschen...“, S. 68

logischer und sozialer Nachhaltigkeit gelenkt. In der Erfolgsrechnung werden neben den bisher üblichen betriebswirtschaftlichen auch ökologische und soziale Kosten und Gewinne ausgewiesen.

2. Partizipatorische Betriebsleitung:

Ein Unternehmen ist immer eingebunden in das Flechtwerk sozialer, ökologischer, volkswirtschaftlicher und öffentlicher Bedingungen und Notwendigkeiten. Die Produktion von Gütern und Dienstleistungen ist ein Kernbereich des gesellschaftlichen Zusammenlebens und bedarf deshalb der Kontrolle und der Lenkung durch die Gemeinschaft. In der kapitalistischen Marktwirtschaft vollzieht sich diese Lenkung im Wesentlichen durch einen am Profit orientierten Markt. Diese Art der Steuerung setzt häufig falsche Signale und führt – wie in den vorherigen Kapiteln beschrieben - zu erheblichen Fehlsteuerungen.

Für den Aufbau eines Unternehmens in dem System einer solidarischen Ökonomie stellen sich in diesem Zusammenhang zwei zentrale Fragen:

1. Wer trägt innerhalb der gegebenen Rahmenbedingungen (z.B. Regelung der Bilanzierung wie oben beschrieben, grundsätzliche Beibehaltung des Marktes) die Verantwortung was, wie und wo produziert wird?
2. Wer trägt die Risiken der Produktion?

Diese Fragen müssen in einem gesellschaftlichen Entscheidungsprozess beantwortet werden. Dabei wird man unweigerlich analysieren müssen, welche gesellschaftlichen Gruppen überhaupt an der Produktion und Verteilung von Gütern und Dienstleistungen beteiligt sind. Dies sind die Kapitalgeber (hiermit sind sowohl Eigenkapital als auch Fremdkapital gemeint), die Mitarbeiter, die Vertreter der Öffentlichkeit (Kommune, Land), die Kunde und die Vertreter ökologischer Interessen als die „Anwälte“ der Natur. Diese Gruppen tragen sowohl die Verantwortung als auch die Risiken der Produktion. (ausführlich werden die Verantwortungsbereiche und Risiken in dem Baustein Unternehmensverfassung dargestellt) Akzeptiert man, dass die Produktion von Gütern und Dienstleistungen eine Kernangelegenheit der Gesellschaft ist, sind diese Gruppen mit in die unternehmerischen Entscheidungsprozesse einzubeziehen. Damit wird weder das unternehmerische Handeln noch der Markt (und der Preis) als ein Instrument der Verteilung in Frage gestellt. Es geht vielmehr darum, innerhalb eines solidarisch organisierten Marktes (s.a. Kapitel 4.7) Rahmenbedingungen zu schaffen, die zu einer am Gemeinwohl orientierten Steuerung führen. Zur Gewährleistung der gesellschaftlichen Interessen ist in den größeren Unternehmen die Bildung eines **betrieblichen Wirtschaftsrats** sinnvoll. Zu den zentralen Aufgaben des betrieblichen Wirtschaftsrats gehört unter Berücksichtigung der oben genannten Bilanzierungsregeln die langfristige strategische Ausrichtung des Unternehmens, die Entscheidungsbefugnis über die Gewinnverwendung und die Wahl und die Kontrolle des Vorstands. Der betriebliche Wirtschaftsrat ist somit in etwa mit dem herkömmlichen Aufsichtsrat in Kapitalgesellschaften vergleichbar, verfügt aber über mehr Kompetenzen und setzt sich auch anders zusammen. Das operative Geschäft liegt beim Vorstand. Die Zusammensetzung des betrieblichen Wirtschaftsrats erfolgt drittelparitätisch mit den Gruppen: Kapitalgeber (Eigen- und Fremdkapital), Mitarbeiter und Öffentlichkeit. Ein Recht zur Teilnahme an der Gruppe „Öffentlichkeit“ haben Vertreter der Kommunen bzw. des Landes (dies sind gewählte Vertreter aus den jeweiligen Parlamenten), der Kunden und Umweltverbände. Sollte die Kunden oder die Umweltverbände ihr Recht nicht wahrnehmen wollen, wird dieser Platz durch einen Vertreter der Kommune (bzw. des Landes) wahrgenommen. Die Drittelparität verhindert die Machtanhäufung bei nur einer Gruppe. Bei strittigen Entscheidungen sind Verhandlungen zu führen und ggf. Koalitionen zu bilden. Die Zahl der Teilnehmer sollte immer ungerade sein, so dass es zu keiner Pattsituation kommen kann. Es stellt sich die Frage, wie die Vertreter der Kunden und der Umweltverbände demokratisch legitimiert in einen Wirtschaftsrat (betrieblich oder überbetrieblich) entsandt werden können. Hiermit wird eine zentrale Frage des Demokratieverständnisses in einer solidarisch formierten Gesellschaft angesprochen. Das Subsystem Wirtschaft bedarf in einer solidarischen Gesellschaft einer demokratischen legitimierten Mitbestimmung ohne die Entscheidungsspielraum der einzelnen Unternehmen lahm zu legen. Bekennt sich die Ge-

sellschaft zu ihrer Verantwortung für wirtschaftliche Prozesse sind entsprechende Strukturen zu bilden. In diesem Fall könnte das bedeuten, aus der Gesellschaft heraus bilden sich –ähnlich den heutigen Gewerkschaften - Kundenverbände und Umweltschutzverbände. Alle Bürgerinnen und Bürger haben das Recht, in direkter Wahl Vertreter in diesen Verbände zu wählen. Die Verteilung der gewählten Personen auf die einzelnen Unternehmen und Wirtschaftsräte obliegt dann den Verbänden. Inwieweit dieses oder ein anderes Modell der gesellschaftlichen Mitbestimmung funktioniert ist eine Frage des gesellschaftlichen Bewusstseins. Dort, wo Menschen wirklich mitgestalten können, engagieren sie sich auch. Zur Bewusstmachung der enormen Bedeutung der Kunden- und Umweltverbände sind statt der herkömmlich täglichen Börsenmeldungen in den Nachrichtensendungen auch Nachrichten aus den Aktivitäten der Kunden- oder Umweltschutzverbänden denkbar. Funktion und Aufbau der betrieblichen Wirtschaftsräte ist im Einzelfall von der Betriebsgröße und der Unternehmensform abhängig: In Kleinunternehmen bis zu 50 Beschäftigten wird es keinen Wirtschaftsrat geben. Die gesellschaftlichen Interessen können bei diesen Unternehmen durch gesetzliche Bestimmungen wie den Bilanzierungsregeln und durch die regionalen Wirtschaftsräte wahrgenommen werden. Bei größeren Unternehmen ab etwa 50 Beschäftigten wird die Bildung eines betrieblichen Wirtschaftsrates gesetzlich vorgeschrieben.

Darüber hinaus ist eine differenzierte Besetzung und Gewichtung der Interessensgruppen der betrieblichen Wirtschaftsräte nach den Unternehmensformen bedenkenswert. Bei öffentlich-rechtlichen Unternehmen und bei sogenannten Allmenden ist der Einfluss der Öffentlichkeit stärker zu gewichten und evtl. auch eine Viertel- oder sogar Fünftelparität zu ermöglichen.⁶³

3. Bildung nationaler und regionaler Wirtschaftsräte:

Um die sozialen, ökologischen und gemeinwohlorientierten Kennzahlen für die Bilanzierung der Unternehmen zu finden, bedarf es entsprechender „Leitwerte“ für die Wirtschaft. Diese könnten in einem **Nationalen Wirtschaftsrat** erarbeitet werden.⁶⁴ In **Regionalen Wirtschaftsräten** könnten in Analogie und Weiterentwicklung der schon heute arbeitenden „Raumplanungsbehörden der Länder“ konkretere Rahmenvorgaben für die Region erarbeitet werden.

Kleinere Unternehmen könnten sich in Analogie und Weiterentwicklung der früheren Zünfte und heutigen Handwerkskammern in **den Regionalen Wirtschaftsräten** zusammenfinden: eine Austausch- und Abspracheebene, die nach den gemeinwohlorientierten Leitwerten und Kennzahlen die Angebotspaletten und Markträume für alle Beteiligten sichert, Kooperation ermöglicht und so für ein nachhaltiges Agieren aller in der Region sorgt.

Grundsätzlich erfolgt die Zusammensetzung der nationalen und regionalen Wirtschaftsräte nach den gleichen Überlegungen wie bei den betrieblichen Wirtschaftsräten.

3. Anreizsysteme

Spätestens an dieser Stelle taucht die Frage auf, ob die wirtschaftlich Handelnden bereit sein werden, ihre Kraft und ihr Kapital für ein partizipatorisch organisiertes Unternehmen zur Verfügung zu stellen. Die Vorteile für die Angestellten, die Kunden und Lieferanten liegen auf der Hand: Ihre aktive Beteiligung ist dort, wo sie vorher nur in passiver Abhängigkeit lebten, ein deutlicher Gewinn. Ebenso verhält es sich mit den öffentlichen und ökologischen Interessen.

Für Eigentümer und Unternehmer, deren Motivation allein oder überwiegend in der Profitmaximierung und Machtausübung besteht, scheint diese Wirtschaftsweise eher ein Verlust zu sein. Dennoch gibt es für die Unternehmer und Kapitaleigner entschiedene Vorteile:

⁶³ Detailliertere Überlegungen hierzu sind in dem Baustein „partizipatorische Unternehmensverfassung“ ausgeführt. So kann es beispielsweise durchaus sinnvoll sein, in einem Seniorenheim die Interessen „der Kunden“ stärker zu gewichten als die Interessen der Kapitalgeber.

⁶⁴ Felber spricht hier von einem nationalen „Wirtschaftskonvent“, a.a.O. S. 25ff.

a) Auf der ideellen Seite profitiert der Kapitaleigner durch einen persönlichen Gewinn an Sinnfindung und Selbstverwirklichung. Sowohl die Kapitalbeteiligung an einem großen Unternehmen und erst recht an kleineren und mittelständischen (Familien-)Unternehmen, in dem die Kapitaleigner zusätzlich ihre Arbeitskraft einbringen, wird schon heute – unter kapitalistischen Verhältnissen – als sinngebend empfunden.

b) Auf der monetären Seite ist zunächst daran zu erinnern, dass es in einer solidarischen Ökonomie keine leistungslose Bereicherung durch Kapital geben wird. Eine Verzinsung des Kapitals über Anlageformen (Fonds, einzelne Wertpapiere, Sparanlage etc.) wird es nicht mehr geben. Eine Person, die über Kapital verfügt, was sie „arbeiten“ lassen will, kann dies nur durch Direktbeteiligungen in Unternehmen erreichen. Hier hat sie, im Gegensatz zur reinen Finanzanlage, eine Chance am erwirtschafteten Gewinn des Unternehmens beteiligt zu werden. Wie dieser Gewinn des Unternehmens verteilt wird ist zwischen den Mitarbeitern, den Kunden, der Öffentlichkeit und ggf. den Lieferanten auszuhandeln. Bei kleinen Unternehmen, in denen es keine Wirtschaftsräte gibt, kann der Gesetzgeber über Vorschriften oder über Steuern eine übermäßige Kapitalmehrung leicht deckeln.

Eine besondere Form partizipatorischer Unternehmensverfassung ist die **genossenschaftliche Wirtschaftsweise**. Da die Mitglieder einer Genossenschaft zugleich Kapitalgeber, Eigentümer und Kunden sind, ist eine wesentliche Voraussetzung für eine partizipatorische Unternehmensführung in sich gegeben. Aber auch wenn in einer Genossenschaft die Interessensgegensätze kleiner erscheinen mögen, ist die Bildung eines betrieblichen Wirtschaftsrates notwendig, um die Interessen der Gesellschaft zu berücksichtigen. Die bisherige Praxis zeigt, dass Genossenschaften durchaus nach kapitalistischen Prinzipien arbeiten, wenn sie die Gewinnorientierung an die erste Stelle setzen und ökologische und Gemeinwohlkriterien außen vor lassen. Darum wirken Genossenschaften erst dann voll im Sinne einer Solidarischen Ökonomie, wenn sie nach den oben genannten ökologischen, sozialen und gemeinwohlorientierte Bilanzkriterien arbeiten und in das System der Wirtschaftsrate eingebunden sind.⁶⁵ Eine weiterentwickelte Form genossenschaftlicher Wirtschaftsweise sind **Reproduktionsgenossenschaften**. In ihnen schließen sich genossenschaftliche Produktion und Kunden/Verbraucher zu einer Kooperative zusammen, in der direkt über den konkreten Bedarf und die Bedarfsbefriedigung der ökonomische Prozess funktioniert – gegebenenfalls auch ohne das Tauschmittel Geld.⁶⁶

Partizipatorische Unternehmensverfassung:

1. Gleichwertige Berücksichtigung ökonomischer, sozialer und ökologischer Aspekte in die Rechnungslegung der Unternehmen
2. Beteiligung der Gesellschaft an den Entscheidungsprozessen durch Wirtschaftsrate
3. Kapitaleinlage kann als sinnstiftend empfunden werden.
4. Die Verteilung der Gewinne wird im Wirtschaftsrat ausgehandelt.
5. Genossenschaftliche Wirtschaftsweise

5.5 Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem

Analyse

An der für die kapitalistische Wirtschaftsordnung typischen Umverteilung von Geld und Vermögen von unten nach oben haben die tariflich ungebundenen Vergütungen bestimmter „Spitzenverdiener“ einen großen Anteil. Hier gibt es nicht durch eigene Leistungen gedeckte und in Selbstbemächtigung beanspruchte Vergütungen, die das Vielfache der durchschnittlichen Tarifföhne ausmachen.

⁶⁵ Ausführlicher in Bausteine „Genossenschaftsprinzipien“ und Genossenschaftstypen“

⁶⁶ Zur Besonderheit von Reproduktionsgenossenschaften: Fabricius, Wolfgang: „Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften“, 2008

Das heißt: Unsere Gesellschaft ist tief gespalten in drei Einkommensgruppen:

- a) **Die Einkommensgruppe der tarifgebundenen Lohn- und Gehaltsempfänger:**
- Die durchschnittlichen tariflichen **Bruttomonatslöhne** liegen in Westdeutschland bei etwa 3.300 €, im Osten bei etwa 2.700 €.
 - Die **Spreizung der Tariflöhne** liegt in der Regel zwischen **1 zu 3**, maximal zwischen 1 zu 7.
 - Über diese Durchschnittsgrößen hinaus gibt es eine **Mittelschicht von Besserverdienenden** (Niedergelassene Ärzte, Unternehmensberater, Geschäftsführer, Berufspolitiker, die zwischen 10.000 und 20.000 € monatlich brutto verdienen. Dies ist eine Spreizung zu den Niedrigverdienern bis zu 1 zu 20.
 - Als **Leistungskriterien** zur Errechnung der tariflichen Löhne gelten 1. die Leistungsintensität, 2. der Qualitätsanspruch und Ausbildungsgrad, 3. die Verantwortungslast.
- b) **Die Einkommensgruppe der Spitzenverdiener mit sehr hohen Vergütungen:**
- Die Spitzengehälter der **Manager**, der Vorstände der DAX-Unternehmen und der Banken liegen in Deutschland zwischen 1 und 77 Mill. €; die der leitenden Mitarbeiter zwischen 100.000 und 500.000 € im Jahr. Die Vorstandsgehälter der Deutschen Krankenkassen liegen zwischen 170.000 und 270.000 €. ⁶⁷
 - Hinzu kommen **Boni**, die oft 50 % der regulären Vergütungen ausmachen.
- c) **Menschen im Niedriglohnbereich** durch Ausweitung der Leih- und Zeitarbeit, Arbeitsplatzverlagerung und

Lohndumping mit einer steigenden Zahl von Erwerbstätigen, die trotz Vollbeschäftigung von ihrem Einkommen nicht leben können, sondern vom Staat (Steuerzahler) alimentiert werden müssen. Damit ist unsere Gesellschaft gespalten in zwei Einkommensgruppen: auf der einen Seite die breite Masse der Erwerbstätigen in gebundenen Tariflöhnen mit mittleren Einkommen von etwa 3.000 €, auf der anderen Seite eine Minderheit mit tariflich ungebundenen Vergütungen von dem 10 bis zum 1000-fachen der durchschnittlichen Tariflöhne.

Das **Gravierende und Skandalöse** der letztgenannten Vergütungen liegt 1. in ihren Höhen, die nicht durch eigene, sondern durch fremde Leistungen erarbeitet wurden und darum als „Raubgehälter“ anzusehen sind; 2. in der Selbstbemächtigung, in der die Empfängergruppen diese Vergütungen festlegen (Selbstbedienungsmentalität eines modernen „Raubrittertums“).

Es gibt keinen einzigen logischen Grund, der die Höhe und die Selbstbemächtigung der ungebundenen Vergütungen rechtfertigt. Und es ist unbegreiflich, dass sich eine Gesellschaft diese Einkommensspaltung und Selbstbemächtigung gefallen lässt. Zudem ist diese Entwicklung nicht nur ungerecht und unverschämt, sondern verstärkt auch die sozialen und ökonomischen Crashtendenzen.

Vorschläge zur Neuordnung

Regeln gegen diese Perversionen und **für ein leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem** könnten etwa wie folgt aussehen. Die hier angegebenen konkreten Zahlenangaben dienen der Verdeutlichung und der Illustration der Vorschläge. Sie geben aus heutiger Sicht eine mögliche Richtung vor, die in einer konkreten Situation natürlich differenziert auszuhandeln wäre.

1. Für nicht voll leistungsfähige Menschen und sehr leistungsschwache Tätigkeiten gibt es einen **Solidarischen Lohnausgleich**, so dass auch hier Min-

Beispiele für ein leistungsgerechtes und solidarisches Lohn- und Gehaltssystem:

1. Leistungs- und anreizgerechte Tariflöhne für alle berufliche Tätigkeiten; in Spreizung zwischen 0,5 und dem 5-fachen (max. 10-fachen) der Durchschnittslöhne
2. Abschaffung der Selbstbemächtigung
3. Begrenzung oder Abschaffung des Knappheitskriteriums
4. Anreiz- und Begrenzungsprinzip für Unternehmensgewinne
5. Solidarischer Lohnausgleich für leistungsschwache Tätigkeiten

⁶⁷ Genauere Zahlen im ausgeführten Baustein „Leistungsgerechtes und solidarische Lohnsystem“ und im Internet

destlöhne gezahlt werden können. Erst so kommt die Gesellschaft dem Verfassungsgebot der Menschenwürde und der Solidarität auch im Arbeitsbereich nach.

2. **Alle berufliche Tätigkeiten**, auch die der Banker, Manager, Vorstände usw. werden **nach leistungsgerechten Tariflöhnen** vergütet.

Als **Leistungskriterien** gelten wie in bisherigen Tarifberechnungen: 1. die Leistungsintensität, 2. der Qualitätsanspruch und Ausbildungsgrad, 3. die Verantwortungslast.

Das **menschliche Leistungsvermögen** schwankt bei gleichem Zeiteinsatz in der Regel zwischen dem 0,5 bis zum 5-fachen der Durchschnittsleistung eines Menschen. Darum werden alle Vergütungen wie in den bisherigen tariflichen Löhnen in der Regel zwischen **der Hälfte bis zum 5-Fachen der Durchschnittslöhne gezahlt** - bei besonders hoher Bereitschaft zur Mobilität, Qualifikation und Verantwortung gegebenenfalls bis zum 10-fachen der Durchschnittslöhne. Das wären bei 3.000 € Durchschnittslohn zwischen 1.500 und 15.000 € (max. 30.000 €) monatlich. Variante: die Spreizung der Löhne wird zwischen dem Mindestlohn und der Höchstvergütung mit einer Spanne von 1 zu 20 vorgeschlagen, also in einer Dimension von 1.000 bis 20.000 €.⁶⁸

Alle **Boni** und sonstigen **Sondervergütungen** werden **auf max. 20 % des Gehaltes begrenzt** und müssen an gemeinwohlfördernde Aspekte der Tätigkeit gebunden sein.

Die **Einkünfte von Privatunternehmern** werden nach dem oben beschriebenen Anreiz- und Begrenzungsprinzip geregelt (s. 5.4)

Auch wenn man es eher als ein zweitrangiges Problem ansehen mag, ist eine Begrenzung der Honorare für Künstler, Spitzensportler, Medienstars, u.ä. auf dem freien Markt sinnvoll. Die teilweise astronomisch hohen Gagen mancher Sportler, Künstler und Fernsehstars zahlt natürlich letztlich der sogenannte kleine Mann, der durch die entsprechenden Preise von kulturellen oder sportlichen Angeboten ausgeschlossen wird.

Zusätzliche **Einkünfte aus Vermögen, Kapital, und große Erbschaften** u.ä., soweit es diese in einer solidarischen Ökonomie noch gibt, werden **durch starke Progression so besteuert**, dass sie ab einer Höhe von über dem 20-fachen der Durchschnittseinkommen wieder der Gemeinschaft zufallen (mehr unter 5.7?).⁶⁹

5.6. Neue Arbeitskultur

Analyse

Die rasante Zunahme der Arbeitsproduktivität und die damit enorm wachsende Wertschöpfung haben in den letzten 120 Jahren zu einem Absinken der Arbeitszeit von 70 - 80 Wochenstunden auf ca. 35 Wochenstunden Mitte der achtziger Jahre geführt.

Die **Paradoxie der heutigen Arbeitskrise** liegt darin, dass trotz des noch schnelleren Wachsens der Arbeitsproduktivität und der Wertschöpfung der letzten Jahrzehnte, dies nicht zu einer Entlastung in der Arbeit und zu weiterem Absenken der Arbeitszeit führte, sondern zu mehr Stress und Ausbeutung in der Arbeit und zu längeren Arbeitszeiten von 45 bis 50 Stunden - und gleichzeitig zur Ausgrenzung qualifizierter Menschen aus der Erwerbsarbeit.

Die **Folgen** sind die Spaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Nichtarbeitsplatzbesitzer, die psychische und soziale Destabilisierung der aus Erwerbsarbeit Ausgegrenzten, als auch der im Stehenden die Überlastung des Sozialstaates und die Gefährdung der wirtschaftlichen Stabilität durch Schwund an Kaufkraft und sozialem Frieden.

Die **Ursachen** sind einmal ein einseitiges materielles Arbeitsverständnis, das den Sinn der Arbeit allein in einem möglichst hohen Einkommen sieht⁷⁰, und zum anderen in den Abschöpfungs- und Bereicherungsstrategien kapitalistischer Wirtschaftsweise, die Arbeitskräf-

⁶⁸ Felber-Modell, siehe Felber „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 40, 79ff.

⁶⁹ Vgl. Felber „Gemeinwohl-Ökonomie“ S. 62ff.

⁷⁰ Darum haben es die Gewerkschaften so schwer, ihre Mitglieder für Arbeitszeitverkürzung zu Gunsten der Arbeitslosen zu motivieren.

te nur als Kostenfaktor betrachtet, der durch Rationalisierung, sprich Arbeitsplatzabbau zu minimieren ist („Entlassungsproduktivität“).

Vorschläge zur Neuordnung

Voraussetzung für die Überwindung der Arbeitskrise ist ein **ganzheitliches Verständnis von Arbeit**: Die Erkenntnis, dass der Wert der Arbeit nicht allein in materieller Wertschöpfung (Produktion, Gewinne, Lohn) liegt, sondern ebenso in ihrer sozial-psychologischen, kulturellen und sinngebenden Wertschöpfung, ohne die der Mensch nicht Mensch sein kann.

Die **ganzheitlichen Werte der Arbeit** sind: a) der materielle Wert: Produktivität, Entlohnung, Gewinn; b) der soziale Wert: soziale Einbindung, Anerkennung, soziale Sicherheit; c) der psychische Wert: Kreativität, Selbstentfaltung, Kommunikation, Verantwortung; d) der ideelle und ethische Wert: individuelle Sinnfindung, dem Guten, der Gemeinschaft dienen. Diese umfassende Wertschöpfung durch Arbeit geschieht in **drei Bereichen der Arbeit**: a) in bezahlter Lohn-, bzw. Erwerbsarbeit als Arbeiter, Angestellter, Beamter, als Selbstständiger; b) in unentgeltlicher Eigenarbeit wie Familienarbeit, Arbeit an Wohnung, Haus, Garten, Hobby u.ä.; c) in ehrenamtlicher Gemeinwohlarbeit wie Freiwillige Feuerwehr, Chor, Mitarbeit in Bürgerinitiativen, Vereinen, Parteien, Kirchen, Nachbarschaft...

Der Anteil der unentgeltlichen Eigenarbeit und der ehrenamtlichen Gemeinwohlarbeit an der gesamtgesellschaftlichen zivilisatorischen Wertschöpfung wird von vielen Fachleuten größer als die monetäre Wertschöpfung der Wirtschaft eingeschätzt. Ziel einer neuen Arbeitskultur ist es, die drei Bereiche menschlichen Tätigseins, die Eigenarbeit, die Gemeinwohlarbeit und die Erwerbsarbeit in ein gleichgewichtiges und einander befreiendes Verhältnis zu bringen.

Dennoch muss der besondere **Wert der Erwerbsarbeit** gesehen werden. Er liegt auf drei Ebenen: Zum einen, dass hier der Arbeitende in den ökonomischen Prozess von Arbeit – Produktion – Einkommen – Konsum – Teilhabe am Steuer- und Sozialsystem integriert wird, ohne den eine hochentwickelte arbeitsteilige Gesellschaft nicht funktionieren kann. Zum anderen, dass der Arbeitende durch seine Erwerbsarbeit Geld als Tauschmittel für den eigenen Lebensunterhalt und für die Bedienung des Sozial- und Steuersystems erhält. Zum dritten, dass in der beruflichen Tätigkeit der Mensch die stärkste öffentliche soziale Integration und Wertschätzung erfährt. Diese Werte sind grundlegend für die psychische Gesundheit des Einzelnen wie für die Stabilität der Gesellschaft.

Zur Erreichung dieses Zieles schlagen wir folgende **gesetzliche Regelungen** vor: dass das **Volumen der Erwerbsarbeit** so **geteilt** wird, dass jeder arbeitsfähige Mensch an ihr Anteil haben kann;

dass es bei einem Überhang an Arbeitskräften zum **Absenken der Regelarbeitszeit** kommt – das wäre heute bei 27-30 Wochenstunden gegeben⁷¹ - bei Arbeitskräftemangel zu einem Anheben der Regelarbeitszeit (gegebenenfalls branchenspezifisch);

dass die **Arbeitszeiten sehr flexibel** z. B. mit Arbeitszeitkonten gestaltet werden können, dass das **Renteneintrittsalter** ebenso flexibel und in altersgerechten Abstufungen gestaltet wird.

Dass das **Recht auf Einkommen** als Menschenrecht verfassungsmäßig garantiert werden sollte, um eine Entscheidung zwischen Erwerbs- Familien- und Gemeinwohlarbeit zu ermöglichen.

Ziel ist durchaus eine neue Art der „Vollbeschäftigung“, diese im solidarischen Teilen der Erwerbsarbeit, in einer deutlichen Entlastung in der Erwerbsarbeit und im Schaffen größerer Freiräume für Eigenarbeit und Gemeinwohlarbeit.

Neue Arbeitskultur:

1. Gesichertes Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen für alle Bürgerinnen und Bürger.
2. Teilen des Arbeitsvolums unter allen Erwerbsfähigen durch flexibles Senken der Regelarbeitszeit
3. Leistungsgerechtes und solidarisches Lohnsystem
4. Flankierend Ablösen der Sozialabgaben von den Arbeitsplätzen, dafür Wertschöpfungsabgabe nach Arbeitsplatzkoeffizient

⁷¹ Vgl. Memorandum 2011

Damit das ökonomisch machbar ist und sich daraus eine wirklich neue Arbeitskultur entwickelt, sind verschiedene **flankierende** bzw. verzahnende **Maßnahmen anderer Neuordnungen** einer Solidarischen Ökonomie nötig. Diese sind:

Ablösen der Sozialabgaben der Unternehmen von den Arbeitsplätzen und ihre Bindung an die Wertschöpfung des Unternehmens. Die Höhe der Sozialabgaben kann mit einem „Arbeitsplatzkoeffizienten“ errechnet werden, der höher besteuert wird bei wenigen Arbeitsplätzen pro Produktionseinheit, geringer besteuert bei mehr Arbeitsplätzen pro Produktionseinheit (siehe 5.7. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem);

Einführung eines **Bedingungslosen Grundeinkommens**, das als soziale Grundsicherung an die Stelle bisheriger Sozialleistungen wie Sozialhilfe, Arbeitslosengeld, Kindergeld, Grundbafög, Grundrente tritt (siehe 5.7. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem);

Einführung eines **leistungsgerechten und solidarischen Lohnsystems**, wie es unter 5.5 beschreiben wurde.

Im Zusammenwirken dieser Systemveränderungen würde eine neue befreite und befreiende Arbeits- und Sozialkultur entstehen: Die Ängste und Nöte der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsüberlastung, des sozialen Abstiegs und der Altersarmut wären gebannt. Es bliebe viel Zeit für Eigenarbeit, Familienleben, Freizeit und Muße. Ehrenamtliche Gemeinwohlarbeit und Kultur würden aufleben. Das kreative Tätigsein des Menschen könnte sich in allen Bereichen des Lebens frei entfalten.

5.7. Solidarisches Steuer- und Sozialsystem

Analyse

Die Prinzipien und Regelungen der Sozialen Marktwirtschaft der 50er bis 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts versuchten zwischen den Kapitalmehrungsinteressen und den sozialen Interessen der Lohnempfänger und des Staates einen Ausgleich zu schaffen – entsprechend der Verpflichtungen des Grundgesetzes der sozialen Absicherung eines jeden Bürgers und der Sozialpflichtigkeit von Eigentum.⁷²

Im Zuge der Neoliberalisierung der Marktwirtschaft seit den 90er Jahren sind die ausgleichenden sozialen Regelwerke zunehmend eingeschränkt worden. Deutlich ist das einmal in der **Steuerbelastung** der verschiedenen Einkommensgruppen: Der Anteil des Steueraufkommens aus Gewinnen und Vermögen hatte eine deutlich sinkende Tendenz: er lag 1950 bei etwa 23 %, 1970 bei 25 %, 2004 bei 15 %. Der Anteil des Steueraufkommens aus Lohnsteuern hatte eine deutlich steigende Tendenz: er lag 1950 bei 9 %, 1970 bei 25 %, 2004 bei 28 %. Dies, obwohl sich das Sozialprodukt seit 1960 versiebenfacht hat, das Einkommen aus Unternehmen und Vermögen fast um das Zwölffache gestiegen ist, das Nettoeinkommen der Lohnabhängigen nur um das Dreifache.⁷³

Zum anderen werden die **Prinzipien des Bismarckschen Sozialsystems** zunehmend abgebaut: Die solidarische und paritätische Beteiligung der Beschäftigten und Unternehmer an den Sozialabgaben verschiebt sich zu Lasten der Beschäftigten und zur Entlastung der Unternehmer (z. B. durch „Kopfpauschale“); das solidarische Umlageverfahren wird zu Gunsten des Anlageverfahrens über Privatversicherungen schrittweise zurückgenommen. Damit geht der Weg deutlich in Richtung einer Zweiklassengesellschaft, das Solidarprinzip unserer Gesellschaft wird aufgeben, der Sozialstaat droht zu zerbrechen.

Vorschläge zur Neuordnung

Das **Steuer- und Sozialsystem einer solidarischen Ökonomie** will diesen Weg wieder umkehren und das solidarische Sozialstaatsprinzip sichern. Dabei ist es gut, die **elementaren Grundfunktion** von Steuern neu zu begreifen: Die Notwendigkeit einer „Staatssteuer“ zur Finanzierung aller hoheitlichen und öffentlichen Aufgaben des Gemeinwesens und die

⁷² Artikel 1, 14, 20(1), 28(1)

⁷³ Vgl. Horst Afheldt, „Wirtschaft die arm macht“, S. 32ff.. Mehr dazu im ausgeführten Baustein „Steuer und Sozialsystem einer Solidarischen Ökonomie“

Notwendigkeit einer „Sozialsteuer“ zur Finanzierung der sozialen Absicherungen im solidarischen Füreinandereinstehen.

Von daher ergeben sich für die Erhebung von Steuern folgende Prinzipien:

1. das **Einheitsprinzip**: es werden von allen Bürgern, von allen Einkünften und Gewinnen Abgaben gezahlt (Prinzip Bürgerversicherung);
2. das **Leistungsfähigkeitsprinzip** durch progressive Besteuerung: die wirtschaftlich Stärkeren zahlen höhere Anteile als die wirtschaftlich Schwächeren;
3. das **Solidarische Prinzip**: die öffentlichen Ausgaben kommen den Schwächeren überproportional zugute
4. das **Paritätische Prinzip**: zu gleichen Anteilen zahlen Unternehmen und Angestellte Sozialabgaben;
5. das **Lenkungsprinzip**: die Höhe der Abgaben richtet sich nach sozialen und ökologischen Zielorientierungen.

Konkret werden unter anderem folgende Änderungen im Steuersystem vorgeschlagen:⁷⁴

- An Stelle der bisherigen arbeitsplatzgebundenen Sozialabgaben der Unternehmen tritt eine **Wertschöpfungssteuer**. Diese besteuert die Wertschöpfung eines Unternehmens, unabhängig davon, ob diese Wertschöpfung durch den Einsatz von Arbeit, Kapital oder Boden erzeugt wurde. Aus dieser Wertschöpfungssteuer fließen beispielsweise 50 % an die Sozialkassen. Die bisherige einseitige Belastung des Produktionsfaktors Arbeit entfällt damit.
- Die Grundlage für die Besteuerung eines Unternehmens liegt nicht mehr ausschließlich in dem finanziellen Ergebnis dieses Unternehmens, sei es der Gewinn, die Wertschöpfung oder Umsatz. Neben diesen monetären Größen werden andere **Kennziffern aus der Gemeinwohlbilanz** herangezogen, z. B. ökologische Nachhaltigkeitskennziffern, Mitarbeiterbeteiligung, Arbeitsplatzsicherung, regionale Auswirkung, soziales Engagement etc.. Aufgrund dieser Kennziffern können Steuersätze angehoben bzw. gesenkt werden. Sie bieten damit ein geeignetes Anreizsystem für ein gemeinwohlorientiertes Verhalten des Unternehmens (z. B. durch Berechnung der Sozialsteuer nach einem „Arbeitsplatzkoeffizienten“, s.o.).
- Die **Besteuerung der Ressourcen** direkt an der Quelle der Ressourcenerschließung (Mengensteuer). Endliche Ressourcen werden mit einer höheren Steuer belegt als regenerative Ressourcen. Diese Besteuerung ist wesentlich zielgenauer als die jetzt praktizierte allgemeine Verbrauchssteuer.

Das Sozialsystem arbeitet mit **zwei Grundsicherungen**:

a) mit der Einführung eines **bedingungslosen Grundeinkommens** (BGE), das an die Stelle der Sozialhilfe, des Arbeitslosengeldes, des Kindergeldes, des Grundbafög, der

Grundrente tritt und jedem Bürger, allein auf Grund der Tatsache, dass er Bürger des Landes ist, ohne Bedürftigkeitsprüfung ausbezahlt wird. Die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens als Grundsicherung in einer solidarisch organisierten Wirtschaft ist in innerhalb der Akademie umstritten. Sie wird hier zumindest als eine in der Bevölkerung schon weitgehend bekannte Grundsicherung vorgestellt. Von den vielen Varianten des BGE wird seitens der Akademie das Modell der negativen Einkommenssteuer favorisiert. Dieses Modell sieht bei Einkommen von 0€ einen bestimmten Transferbetrag vor (z.B. 8000,00 €/Jahr), der dann sukzessiv mit steigenden Einkommen kleiner wird. Die Wirkung lässt sich anhand einer einfachen Formel darstellen. Bei einem Grundfreibetrag von 8000,00 € und einem einheitlichen Steuersatz von 50% gilt:

Solidarisches Steuer- und Sozialsystem:

1. Einheitsprinzips: Abgaben von allen Einkünften aller Bürger (Prinzip Bürgerversicherung)
2. Solidaritätsprinzip: Progressive Besteuerung zu Gunsten der Schwächeren
3. Paritätisches Prinzip: Unternehmer und Angestellte zahlen Sozialabgaben zu gleichen Anteilen
4. Lösen der Sozialabgaben der Unternehmen von Arbeitsplätzen, dafür von Wertschöpfung
5. Lenkungsprinzip: Höhe der Abgaben nach sozialen und ökologischen Kriterien
6. Bedingungslose Soziale Grundsicherung
7. Gemeinsame gesetzliche Krankenversicherung für alle Bürger

⁷⁴ Ausführlich in der Langfassung Baustein „Steuer und Sozialsystem in einer solidarischen Ökonomie“

Steuerschuld/Jahr= (0,5 * Einkommen)- 8000,00€

b) mit einer gemeinsamen **gesetzlichen Krankenversicherung**, die von allen Bürgern aus allen Einkünften nach gleichen Kriterien und Regelsätzen für Krankheitskosten, Pflegeversicherung u. ä. bezahlt wird (Bürgerversicherung).

Neben diesen beiden sozialen Grundsicherungen kann es durchaus **Zusatzversicherungen** geben, z. B. für eine Zusatzrente, für eine zusätzliche Ausbildungsversicherung, für Lebensversicherungen u. ä. Das hier entstehende Kapital wird nicht verzinst und kann nicht in Finanzpapiere angelegt werden. Es steht der Realwirtschaft zur Verfügung. Diese werden aus zusätzlichen Abgaben finanziert. Hier kann es auch genossenschaftliche oder Privatversicherungen geben.

5.8 Ökologische Kreislaufwirtschaft

Analyse

Die **kapitalistische Wirtschaftsweise** der Profitmaximierung und des ständigen Wachstums zwingt zur Externalisierung der sozialen und ökologischen Kosten. Das führt zu dem benannten Überschreiten der ökologischen Belastungsgrenzen – dies mit den Folgen drohender Klimakatastrophen, Kriege um die knapper werdenden Ressourcen und schwerer soziale Unruhen, die die Existenz der Menschheit bedrohen. Deutlich ist, dass die ökologische Frage eng mit der Gerechtigkeitsfrage und der Friedenssicherung verknüpft ist.⁷⁵

Ziel einer lebensdienlichen Ökonomie ist es, das **Primat der Ökologie** gegenüber der Wirtschaft durchzusetzen, ohne dass die Wirtschaft selbst nicht nachhaltig arbeiten kann.

Leitendes Paradigma ist die Rückkehr zur natürlichen Kreislaufwirtschaft im umfassenden Sinne:

- Konsequentes Hineingehen und Aufnehmen der Energiekreisläufe der Natur (regenerative Energiewirtschaft);
- Alle Materialnutzung so weit wie möglich in Kreisläufe der Wiederverwertung zurückführen (Recyclingwirtschaft);
- die Belastung des Ökosystems und den Verbrauch von Ressourcen, die nicht regeneriert werden können, drastisch reduzieren, möglichst auf Null runterfahren und durch andere Stoffe oder Nutzungen ersetzen.

Für das Erreichen dieser Ziele sind **drei Strategien** zu realisieren:

Konsistenzstrategie: ökologische Übereinstimmung (Konsistenz) aller technischen und wirtschaftlichen Prozesse, naturverträgliche Gestaltung der Stoff- und Energieströme;

Effizienzstrategie: bessere Nutzung von Ressourcen und Energie durch technische und logistische Innovationen (höherer Wirkungsgrad), Erhöhung der Dauerhaftigkeit, Langlebigkeit und des Recyclinggrades von Produkten und Materialien, bis hin zur „Dematerialisierung“ von Funktionen;

Suffizienzstrategie: Überprüfung und Wandel von Einstellungen, Konsum und Verhaltensmustern im Hinblick auf eine umweltverträglichere Gestaltung von Lebensstilen; „*Mit weniger besser leben*“ durch ressourcen- und umweltschonendere Konsum- und Verhaltensformen.

Das Letzte wird oft übersehen, für nicht notwendig gehalten oder als „Verzichtsforderung“ abgelehnt. Wir halten diese dritte Strategie für unerlässlich, einmal weil durch den sog. Rebound-Effekt („Bumerang-Effekt“) bei alleiniger Effizienzsteigerung die Mengenzunahme des effizienteren Produkts den ökologischen Vorteil aufheben kann. Zum anderen ist eine ökologische Wende ohne Bewusstseins- und Lebensstilwende nicht machbar: Es geht um eine Abkehr vom „materialistischen Grundirrtum“, dass Leben im immer Mehrhaben zu finden sei, und um ein Lebensverständnis, das den Reichtum des Lebens in Übereinstimmung mit der Natur, den geistig-seelischen Werten und den Bedürfnissen der anderen sieht und lebt.

⁷⁵ Ausführlich dazu und zum Ganzen im ausgeführten Baustein „Ökologischer Wohlstand“

Vorschläge zur Neuordnung

Als **Hebel und Regelwerke** zum Umsetzen der Ziele und Strategien halten wir für besonders wichtig:

Bemessen der Wohlfahrt und des Fortschritts der Gesellschaft nicht mehr mit dem BIP, sondern auch mit ökologischen, sozialen, kulturellen und Gemeinwohlindizes (z. B. mit dem „Human Development Index“ der UNDP)

Überwindung des Wachstumszwangs in der Wirtschaft durch die Abschaffung des exponentiellen Kapitalwachstums und des Renditezwangs (s. o.), Entschleunigung überhitzter Entwicklungen;

Durchsetzen des **Verursacherprinzips** auf allen Ebenen und Einbeziehen aller ökologischen Folgekosten in die **Preise** (z. B. Atomenergie!);

Einstellen **ökologischer Kennzahlen** in die Bilanzierung der Unternehmen;

Installieren von **Steuer- und Fördersystemen**, die nach ökologischen Kriterien fördern oder belasten,

Fördern der **ökologischen Aufklärung** auf allen Ebenen;

Ideelle, politische und finanzielle Förderung von **Pionierprojekten** ökologischer Zukunftstechnologien, Unternehmen, Gemeinschaften und Lebensweisen;

Förderung **internationalen Austauschs ökologischer Technologien** und Verfahren besonders zu Gunsten der Entwicklungsländer;

Durchsetzung internationaler Regelwerke

und Institutionen für eine ökologisch nachhaltige Weltwirtschaft - insbesondere gegen die Ressourcenausbeutung und Naturzerstörung der neoliberalen Globalisierung.

Ökologische Kreislaufwirtschaft:

1. Möglichst vollständiges Aufnehmen der natürlichen Energie- und Materialkreisläufe
2. Höchste Effizienz im Energie- und Materialdurchsatz, Absenken des Verbrauchs
3. Verursacherprinzip und Aufnahme der Folgekosten
4. Ökologische Kennzahlen in allen Bilanzrechnungen, entsprechende Steuer- und Förderpolitik
5. Ganzheitliche Parameter für Wohlfahrt statt BIP
6. Werte- und Lebensstiländerung

5.9 Ökosoziale Globalisierung und Regionalisierung ⁷⁶

Analyse

Die seit den 90er Jahren rasant beschleunigte Globalisierung „*ist unvermeidbar, ambivalent und unberechenbar, aber steuerbar*“ (Hans Küng).

Zu den **positiven und ambivalenten Auswirkungen** der Globalisierung gehören vor allem: die verstärkte Begegnung der Kulturen und Religionen, die internationale Vernetzung und gegenseitige Verstärkung von zivilgesellschaftlichen Bewegungen, Aufbrüchen, Demokratisierungsprozessen, die rasche Ausbreitung von technisch-wissenschaftlichem Know-how und Innovationsschüben, insb. in den Schwellenländern neue Arbeitsplätze und die Verringerung der Armut sowie Wachstumsschübe für die Industrieländer durch offene Weltmärkte...

Zu den **negativen Auswirkungen** der Globalisierung gehören vor allem: der Wettlauf um Standorten mit den geringsten Löhnen, Sozial- und Umweltstandards mit den Folgen des Verlustes von Arbeitsplätzen, des Lohndumping, der Umweltzerstörung, der Wettlauf um Steuersenkungen und Steuerhinterziehungen auf globalem Parkett (Steuerparadiesen) mit der Konsequenz der Verarmung der öffentlichen Haushalte in allen Ländern, die Privatisierung vieler öffentlicher Dienste und Einrichtungen in Nord und Süd, selbst von Grundbedürfnisleistungen (zugunsten von Kapitaleignern und Investoren), die Überflutung der Märkte in den Entwicklungsländern (EL) durch industrielle Billigexporte der Multis (Freihandel) sowie eine Schwächung der kleinen, mittelständischen und regionalen Wirtschaft, da sie in den globalen Wettläufen nicht mithalten kann. Daraus ergibt sich zugleich: eine wachsende Schere zwischen den wenigen extrem Reichen und den vielen Armen (in allen Ländern

⁷⁶ Ausführlicher dazu in den ausgeführten Bausteinen „Globalisierung heute – Für eine solidarische und umweltfreundliche Weltwirtschaft“ und „Globalisierung, Regionalisierung, Subsistenzwirtschaft“

sowie zwischen Nord und Süd), das Verfehlen der Millenniumsziele, Hunger, Armut, Kindersterblichkeit bis 2015 weltweit zu halbieren, kein Durchbruch bei der Bewältigung der ökologischen Krise, die Zunahme von Armuts- und Umweltmigration, das Aufkommen neuer Kriege um Ressourcen und zunehmende internationale Gewalt, bis hin zu neuem Terrorismus („Kampf der Kulturen“).

Den größten Anteil an diesen negativen Auswirkungen der Globalisierung haben die **Transnationalen Konzerne** (TNC) und die **Finanzmarktakteure**. Sie erwirtschaften mehr als die Hälfte des weltweiten Sozialprodukts, beherrschen damit die regionalen Wirtschaftskreisläufe und sind in ihrer übergroßen wirtschaftlichen Macht politisch kaum steuerbar. Regierungen müssen nationale Grenzen beachten, Multis praktisch nicht.

Das Dogma, die Praxis und Lüge des „**Freihandels**“ hat eine verschärfende Wirkung: Die Liberalisierung des Außenhandels und des Kapitalverkehrs soll Wohlstand für alle Beteiligten bringen. Das Gegenteil ist der Fall: Die Industrieländer (IL) und ihre Konzerne diktieren noch immer weitgehend die Bedingungen. Daraus folgt zwingend eine Benachteiligung der Schwächeren, abzulesen am Agrar- und Rohstoffhandel mit den EL mit seinen verheerenden Auswirkungen.

Das **Paradoxe** unserer Weltsituation liegt darin, dass durch die neuen Möglichkeiten der Globalisierung die Voraussetzungen für ein Zusammenwachsen der Völker und Kulturen in Frieden und Wohlstand wie noch nie in der Menschheitsgeschichte gegeben wären. Warum geht die Entwicklung eher in entgegengesetzte Richtung? Die **Ursachen** liegen nicht allein, aber primär in der neoliberalen Ausformung der Globalisierung: In den Leitvorstellungen der kapitalistischen Wirtschaftsweise, dem Primat der Profitmaximierung, des ständigen Wirtschaftswachstums, der Konkurrenzwirtschaft. Unter diesen „Leitsternen“ kann Globalisierung gar nicht anders funktionieren.

Vorschläge zur Neuordnung

Eine Solidarische Ökonomie will diese Fehlentwicklungen überwinden. Ihr Ziel ist es, die neoliberale in eine **ökosoziale und solidarische Globalisierung** zu verwandeln. Entgegen häufigen Behauptungen gibt es Ansätze einer menschen- und umweltfreundlichen Politik. Dazu müssten die Regierungen allerdings koordiniert das Gemeinwohlinteresse gegen die Partikularinteressen von Profit und Komfort durchsetzen können und wollen und so die Selbstdemontage des Staates und der öffentlichen Finanzen beenden. Die Solidarität mit anderen Ländern, die Würde aller Menschen, die Achtung der Menschenrechte und der Schutz globaler Gemeinschaftsgüter müssen die Ziele aller Nationen werden. Stichworte dazu sind:

- Alle Länder, insb. auch die IL und ihre Konzerne, müssen menschenrechtliche, soziale, ökologische und kulturelle Ziele beachten
- Es sollte den Schwellenländern und EL Gleichberechtigung zugestanden werden, denn Demokratie heißt gleichberechtigte Mitsprache auch kleinerer Partner
- Die IL sollten nicht nur ihren Schadstoffausstoß, sondern auch ihren Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren und damit eine Vorreiterrolle in der Völkergemeinschaft übernehmen
- Schwellenländer und EL dürfen nicht dieselben Fehler machen, wie sie die IL gemacht haben; sie müssen auf eine den IL nachahmende Entwicklung verzichten.

Die Chancen für einen Systemwechsel haben sich seit der Weltwirtschafts- und Finanzkrise erhöht (vgl. die Diskussionen über die Transaktionssteuer). Eine sozialökologische Regulierung der Weltwirtschaft kann nur durch radikale **Reformen oder Neuerfindung der internationalen Organisationen** (UN, OECD, WTO, IWF, Weltbank und G 20) und durch internationale Koordinierung der nationalen Politiken umgesetzt werden. Dies sollte neben grundlegender Veränderungen der Welthandelsstrukturen insb. auf den folgenden fünf Gebieten erfolgen:

- Kontrolle des internationalen Kapitalverkehrs zur Verhinderung spekulativen Geldhandels und zur Vermeidung von Finanz- und Verschuldungskrisen,
- Vereinbarung von Mindeststandards in der Sozialpolitik, zur Vermeidung von Sozial-Dumping,

- Vereinbarung von Mindeststandards in der Umweltpolitik, zur Vermeidung von Umwelt-Dumping,
- Harmonisierung der Steuerpolitik, zur Vermeidung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung (Vereinbarung von Mindeststeuersätzen), sowie
- Harmonisierung der Wettbewerbspolitik, zur Vermeidung des Missbrauchs von Marktmacht (insb. durch Kartelle, Oligopole und Monopole).

Maßnahmen auf all diesen Gebieten können weniger radikal erfolgen (quasi Reformen⁷⁷) oder aber radikaler (Systemwechsel). Radikalere, d. h. an die Wurzeln gehende systemische Veränderungen sind in den anderen Bausteinen oben beschrieben worden, insb. in den Bausteinen Neue Eigentumsordnung, neue Finanzordnung und Partizipatorische Unternehmensverfassung. Die Realisierung dieser Veränderungen würde der neoliberalen Globalisierung die Grundlage entziehen und eine konsequente „Ökosoziale Globalisierung“ ermöglichen.

Dabei ist neben der **Abschaffung der spekulativen Finanzmärkte auch die Aufspaltung der Transnationalen Konzerne** in kleinere Wirtschaftseinheiten von Nöten. Ihr „too big to fall“ (zu groß, um zu fallen) macht Politik und Wirtschaft zur Geisel und muss überwunden werden.

Diese Veränderungen sind durch internationale Konferenzen und Institutionen bisher kaum zu erreichen. Zu sehr stehen nationale Interessen und wirtschaftliche Abhängigkeiten im Vordergrund (vgl. die Klimakonferenz in Kopenhagen 2009). Aber es kann Vorreiterländer bzw. **Vorreiterregionen** geben (z. B. die EU?). Sie werden von der weltweiten Zivilgesellschaft zunehmend und nachdrücklich dazu aufgerufen. Hier werden **Nicht-Regierungsorganisationen (NROs), Basisgruppen, Bürgerinitiativen und Netzwerke, auch Kirchen und Gewerkschaften**, immer bedeutsamer. Sie engagieren sich weltweit für eine **Globalisierung der Solidarität** - der Solidarität mit den Schwächeren, den Entwicklungsländern und der gefährdeten Natur. Sie zeigen Alternativen auf und realisieren schon modellhafte Lösungen. Somit haben sie eine eminent wichtige Pionier- und Wächterrolle übernommen.⁷⁸

Neben diesen Ansätzen gibt es ein weiteres wichtiges Instrument, die neoliberale in eine ökosoziale und solidarische Globalisierung zu transformieren. Es geht um eine generelle **Dezentralisierung**, um die **Stärkung der Region** und um die Entwicklung einer modernen regionalen **Subsistenzwirtschaft**.

Gemeint sind der Schutz und die Stärkung der kleinen, mittelständischen und regionalen Wirtschaft mit dem Ziel, möglichst viele Bereiche der Wirtschaft, auch der Kultur, des Gesundheits- und Sozialwesens, der Bildung usw. in der eigenen Region in eigener Regie und in eigenen Wirtschaftskreisläufen zu betreiben. Hier werden möglichst viele Produkte und Angebote durch, innerhalb und für die Region erstellt, in vorteilhafter Kooperation der einzelnen Akteure. Das macht die Region, ihre Wirtschaft und Kultur unabhängiger, stärkt sie gegenüber Außenbestimmungen, senkt den Umweltverbrauch durch kürzere Transportwege, schafft mehr Arbeitsplätze und Kleinunternehmen und nimmt so mehr Menschen in die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Prozesse hinein.

Voraussetzung für diese Möglichkeiten wäre neben der Auflösung Transnationaler Konzerne vor allem die **Überwindung des Dogmas und der Regeln des „Freihandels“**. Es

Ökosoziale Globalisierung und Regionalisierung:

1. Kontrolle, Regulierung oder Auflösen der TNC und internationalen Finanzwirtschaft
2. Durchsetzung internationaler sozialer und ökologischer Mindeststandards
3. Reform, Stärkung oder Neuerfindung internationaler Organisationen (nicht nur der UN-Organisationen!)
4. Aufhebung des Dogmas vom Freihandel
5. Dezentralisierung und Stärkung der Regionalwirtschaft und ihre globale Vernetzung.

⁷⁷ Diesen reformerischen Weg geht z.B. die Initiative des „Global-Marshall-Planes“, vertreten u.a. von F.J. Radermacher, in „Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung“, 2004

⁷⁸ Besonders deutlich in der Weltsozialforen.?? Wesentlich wirksamer sind bisher Organisationen wie Greenpeace, Transparency Int., Oxfam u.a. NROs

muss wieder legitim und entsprechend geregelt werden, dass sich schwächere Regionen und Märkte durch **Schutzzölle** und Kapitalverkehrskontrollen vor einem Überschwemmt- und Beherrschtwerden von außen schützen können.⁷⁹

Das Ganze kann allerdings nur im Zusammenspiel von zwei Prinzipien gelingen: im Zusammenwirken von Dezentralisierung und Subsidiarität einerseits und der weitmöglichsten Vernetzung und Kooperation andererseits. D. h., immer wo möglich Eigenständigkeit und Verlagerungen nach unten, aber nicht abgekapselt und isoliert, sondern in Vernetzung und regem Austausch mit Außenbezügen und übergeordneten Einheiten bis in die globalen Bereiche hinein (ökonomische Subsidiarität).⁸⁰

IV. Schlussbemerkungen

Auch im letzten Absatz ist deutlich geworden, dass erst das synergetische Zusammenwirken der verschiedenen Bausteine eine wirkliche Systemveränderung bringen kann. Jeder Baustein hat für die anderen eine im einzelnen zwar unterschiedliche, aber oft eine bedingende, zumindest ergänzende und flankierende Funktion, wobei die Bausteine neue Eigentumsordnung, neue Finanzordnung, partizipatorische Unternehmensverfassung sowie das Primat der Ökologie grundlegend für alle anderen systemischen Veränderungen sind. Wenn auch erst im Zusammenwirken aller Bausteine die Abschöpfungs-, Bereicherungs- und Externalisierungsmechanismen der kapitalistischen Wirtschaftsweise gänzlich überwunden werden, sind doch Anfänge im Einzelnen wichtig und möglich. Wie reformerische und systemverändernde Ansätze zusammengebracht werden können, ist eine Frage der Strategien und anzustrebenden politischen Rahmenbedingungen.

„Die Welt von morgen wird, ja muss eine Gesellschaft sein, die sich auf Gewaltfreiheit gründet. Dies mag ein entferntes Ziel sein, ein unpraktisches Utopia... Die Menschen zögern oft, einen Anfang zu machen, da sie fühlen, dass das Ziel nicht vollständig erreicht werden kann. Diese Geisteshaltung ist genau unser größtes Hindernis auf dem Weg zum Fortschritt, ein Hindernis, das jeder Mensch, sofern er nur will, aus dem Weg räumen kann.“ Mahatma Gandhi

V. Literaturauswahl

Afheldt, Horst „Wirtschaft die arm macht“, 2003

Altwater, Elmar / Nicola **Sekler** (Hrsg.): „Solidarische Ökonomie“, 2006

Amery, Carl: Global Exit. Die Kirchen und der Totale Markt“, 2002

Bahro, Rudolf: „Die Logik der Rettung. Wer kann die Apokalypse aufhalten?“ 1989

Bauer, Joachim: „Prinzip Menschlichkeit. Warum wir von Natur aus kooperieren“ ,Hamburg 2006

Beck, Ulrich (Hg.): „Die Zukunft von Arbeit und Demokratie,“ Frankfurt a.M. 2000

Bolz, Norbert / **Bossart**, David: „Kultmarketing. Die neuen Götter des Marktes“, 1995

Breidenstein, Gerhard: „Hoffen inmitten der Krise. Von Krankheit und Heilung unserer Gesellschaft“, 1990

BUND und Brot für die Welt: „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt. Ein Anstoß zur gesellschaftlichen Debatte.“ Eine Studie des Wuppertal Instituts, 2008

Capra, Fritjof „Wendzeiten. Bausteine für ein neues Weltbild“, 1990

Gorbatschow, Michail: „Perestroika. Die zweite russische Revolution“, 1987

⁷⁹ Z.B. durch starke Korrektur bzw. Ablösung des GATS-Abkommens

⁸⁰ So bei Silke Helfrich: „Wem gehört die Welt?“, 2006; Susanne Elsen „Die Ökonomie des Gemeinwesens“ in Giegold/Embshoff „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“ S.101 ff.; Elinor Ostrom: „Die Verfassung der Allmende“, 1999; Christian Felber: „50 Vorschläge für eine gerechtere Welt“, 2006, Kapitel „Faire Spielregeln für den Welthandel“, S. 165 ff.

- Ditfurth**, Hoimar, von: „So lasst uns denn ein Apfelbäumchen pflanzen. Es ist so weit!“ 1985
- Duchrow**, Ulrich „Alternativen zur kapitalistischen Weltwirtschaft. Biblische Erinnerungen und politische Ansätze zur Überwindung einer lebensbedrohenden Ökonomie“, Mainz 1994
- Duchrow**, Ulrich / Hinkelammer, Franz Josef: „Leben ist mehr als Kapital. Alternativen zur Diktatur des Eigentums“, 2002
- Duchrow**, Ulrich / Bianchi, Reinhold / Krüger, Rene / Petracca, Vincenzo: „Solidarisch Mensch werden. Psychische und soziale Destruktionen im Neoliberalismus – Wege zu ihrer Überwindung“, 2006
- Engler**, Wolfgang: „Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft“, 2005
- Fabricius**, Wolfgang: „Solidarische Ökonomie auf der Basis von Reproduktionsgenossenschaften“, 2008
- Faraclas**, Nicholas (Hrg): „Subsistenz und Widerstand. Alternative zur Globalisierung“, 2003
- Felber**, Christian: „50 Vorschläge für eine gerechte Welt. Gegen Konzernmacht und Kapitalismus“, 2006
- Felber**, Christian: „Neue Werte für die Wirtschaft. Eine Alternative zu Kommunismus und Kapitalismus“, 2008
- Felber**, Christian: „Kooperation statt Konkurrenz. 10 Schritte aus der Krise“, Wien 2009
- Felber**, Christian: „Gemeinwohl-Ökonomie. Das Wirtschaftsmodell der Zukunft“, 2010
- Fischer**, Joschka: „Für einen neuen Gesellschaftsvertrag. Eine politische Antwort auf die globale Revolution“, 1998
- Fromm, Erich: „Haben oder Sein“, 1979**
- Galuska**, Joachim (Hg.): „Pioniere für einen neuen Geist in Beruf und Business. Die spirituelle Dimension im wirtschaftlichen Handeln“, 2004
- Geißler**, Heiner; « Ou Topos. Such nach dem Ort, den es geben müsste“, 2009
- Gensichen**, Hans Peter: „Nur die Armut wird uns retten. Geteilter Wohlstand in einer Gesellschaft des Weniger“, 2009
- Giegold**, Sven / **Embshoff**, Damar: „Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“, 2008
- Groll**, Franz „Von der Finanzkrise zur solidarischen Gesellschaft“, 2009
- Helfrich**, Silke: „Wem gehört die Welt“, 2009
- Hengsbach**, Friedhelm: „Wirtschaftsethik. Aufbruch, Konflikte, Perspektiven“, 1993
- Henkel**, Hans-Olaf: „Die Ethik des Erfolgs. Spielregeln für die globalisierte Gesellschaft“, 2004
- Jakubowicz**, Dan: „Genuss und Nachhaltigkeit. Handbuch zur Veränderung des persönlichen Lebensstils“, 2002
- Kessler**, Wolfgang: „Aufbruch zu neuen Ufern. Ein Manifest für eine sozial-ökologische Wirtschaftsdemokratie“, 1990
- Kessler**, Wolfgang: „Weltbeben. Auswege aus der Globalisierungsfalle“, 2004
- Küng**, Hans: „Anständig wirtschaften. Warum Ökonomie Moral braucht“, 2010
- Leggewie**, Claus: Die Globalisierung und ihre Gegner“, 2003
- Linz**, Manfred: „Was wird aus der Wirtschaft? Über Suffizienz, Wirtschaftswachstum und Arbeitslosigkeit“, 2006
- Lüpke**, Geseko, von: „Die Alternative. Weg und Weltbild des Alternativen Nobelpreises“, 2003
- Meadows**, Dennis: „Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update, Signale zum Kurswechsel“, 2009
- Miegel**, Meinhard : „EXIT. Wohlstand ohne Wachstum“, Berlin 2010
- Moewes**, Günther: „Geld oder Leben. Umdenken und unsere Zukunft nachhaltig sichern“, 2004
- Ostrom, Elinor: „Die Verfassung der Allmende“, 1999**
- Paech**, Niko: „Nachhaltigkeit zwischen ökologischer Konsistenz und Dematerialisierung: Hat sich die **Wachstumsfrage** erledigt?“ in Natur und Kultur 6/1 2005
- Pax Christi** (Hg.): „Der Gott Kapital. Anstöße zu einer Religions- und Kulturkritik“, 2006
- Precht**, Richard David „Die Kunst kein Egoist zu sein“, 2010

Radermacher, Franz Josef: „Balance oder Zerstörung. Ökosoziale Marktwirtschaft als Schlüssel zu einer weltweiten nachhaltigen Entwicklung“, 2004

Radermacher, Franz Josef: „Global Marshall Plan. Ein Planetary Contract. Für eine Ökosoziale Marktwirtschaft“, 2004

Reheis, Fritz: „Entschleunigung. Abschied vom Turbokapitalismus“, 2004

Scherhorn, Gerhard „Geld soll dienen, nicht herrschen. Die unaufhaltsame Expansion des Finanzkapitals“, 2009

Schumann, Harald / Hans Peter Martin: „Die Globalisierungsfalle. Der Angriff auf Demokratie und Wohlstand“, 1997

Schmidt, Susanne: „Markt ohne Moral. Das Versagen der internationalen Finanzelite“, 2010

Soros, George: „Die offene Gesellschaft. Für eine Reform des globalen Kapitalismus“, 2001

Vester, Frederic: „Neuland des Denkens. Vom technokratischen zum kybernetischen Zeitalter“, 1984

Voß, Elisabeth „Wegweiser Solidarsicher Ökonomie. Anders Wirtschaften ist möglich!“, 2010

Weizsäcker, Ernst Ulkrich, von: „Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiertes Naturverbrauch“, 1997

Winkelmann, Bernd: „Damit neu werde die Gestalt der Erde. Politische Spiritualität im Umbruch unserer Zeit“, 1997

Winkelmann, Bernd: „Friedliche Revolution 1989/90. Das Wirken christlicher Basisgruppen in der DDR“, 2009

Zinn, Karl Georg „Rezeptionslücken des Keynesianismus“, Hamburg 2008